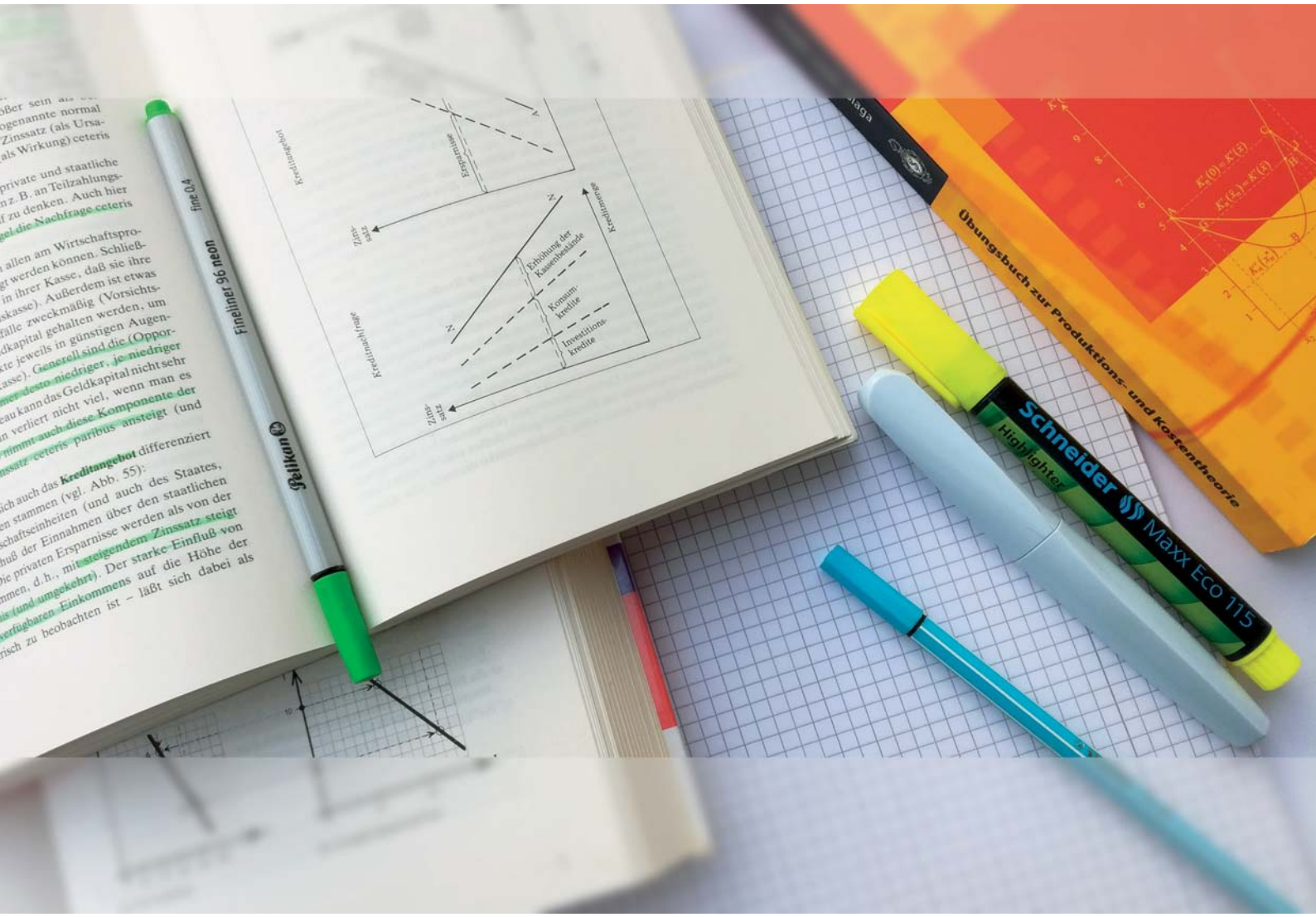
RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

03 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Hochschulen 2015/16
Unternehmensstatistiken
Konjunkturberichterstattung

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Zu Beginn des Wintersemesters 2015/16 studierten 121 500 junge Erwachsene an einer der 21 rheinland-pfälzischen Hochschulen. Im Vorjahresvergleich waren das rund 1 200 Studierende weniger. Damit wurde erstmals seit 1998/99 ein leichter Rückgang der Studierendenzahlen verzeichnet.

B e i l a g e : Faltblatt „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“

03 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE

70. Jahrgang

kurz + aktuell 125

Konjunktur ■ Industrie ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Reallohnindex ■ Bildung Umwelt ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 138

Verbraucherpreise 140

Rheinland-Pfalz in Karten: Baulandpreise 2015 nach Verwaltungsbezirken 141

Hochschulen 2015/16 – Teil I: Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten, Studienanfängerinnen und Studienanfänger, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen unter Einbezug geschlechter- und herkunftsspezifischer Disparitäten 142

Konzepte zur Weiterentwicklung der Unternehmensstatistiken – FRIBS und die Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs 153

Die Konjunkturberichterstattung des Statistischen Landesamtes 160

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 171

Neuerscheinungen 187

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Anstieg der Industrieproduktion im Dezember 2016

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Dezember 2016 kräftig gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um vier Prozent über dem Niveau des Vormonats. Gegenüber Dezember 2015 ergab sich ein Zuwachs von 0,9 Prozent.

In den drei umsatzstärksten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die bereinigte Produktion im Dezember unterschiedlich. In der Chemischen Industrie, der umsatzstärksten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, war der Güterausstoß 4,2 Prozent höher als im November. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich ein Zuwachs von 2,5 Prozent. Die Produktion im Fahrzeugbau, der Branche mit dem zweitgrößten Umsatz, fiel im Dezember 4,9 Prozent geringer aus als im Monat zuvor. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren starke Einbußen von über 14 Prozent zu verzeichnen. Der Maschinenbau, die Industriebranche mit dem drittgrößten Umsatz, drosselte im Dezember ebenfalls seine Produktion (–5,7 Prozent). Zugleich lag der Güterausstoß 4,4 Prozent unter dem Niveau von Dezember 2015. Dass die Industrieproduktion insgesamt trotz des Rückgangs im Investitionsgüterbereich kräftig stieg, ist auch auf das starke Plus in der Konsumgüterherstellung zurückzuführen. Der Ausstoß an Konsumgütern, zu denen u. a. pharmazeutische Erzeugnisse zählen, war im Dezember um 19 Prozent höher als im Monat zuvor; gegenüber dem Vorjahresmonat stieg der Güterausstoß um zwölf Prozent.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Dez. 16		Jan. bis Dez. 2016
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Nov. 16	Dez. 2015	Jan. bis Dez. 2016
Entwicklung der Produktion			
Industrie	4,0 %	0,9 %	-0,2 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	1,9 %	2,1 %	-0,3 %
Investitionsgüterproduzenten	-5,6 %	-10,5 %	-0,8 %
Konsumgüterproduzenten	18,7 %	12,2 %	0,2 %
Chemie	4,2 %	2,5 %	-0,1 %
Fahrzeugbau	-4,9 %	-14,3 %	-2,5 %
Maschinenbau	-5,7 %	-4,4 %	1,3 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	1,0 %	4,9 %	2,0 %
Inland	-0,7 %	2,8 %	0,6 %
Ausland	2,0 %	6,3 %	3,0 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	3,4 %	11,1 %	2,5 %
Investitionsgüterproduzenten	-0,4 %	4,4 %	0,2 %
Konsumgüterproduzenten	-4,4 %	-14,0 %	6,2 %
Chemie	5,4 %	12,5 %	1,0 %
Fahrzeugbau	-1,0 %	5,4 %	-2,3 %
Maschinenbau	-1,1 %	6,8 %	4,6 %

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Mehr Auftragseingänge im Dezember 2016

Im Dezember 2016 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um ein Prozent über dem Niveau des Vormonats. Während das Ordervolumen aus dem Inland leicht sank (–0,7 Prozent), gingen aus dem Ausland mehr Bestellungen ein als im November (+2 Prozent). Zugleich war die Nachfrage um 4,9 Prozent höher als im Dezember 2015. Aus dem In- und Ausland gingen mehr Aufträge ein als ein Jahr zuvor (+2,8 bzw. +6,3 Prozent).

In zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes fiel das Ordervolumen

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

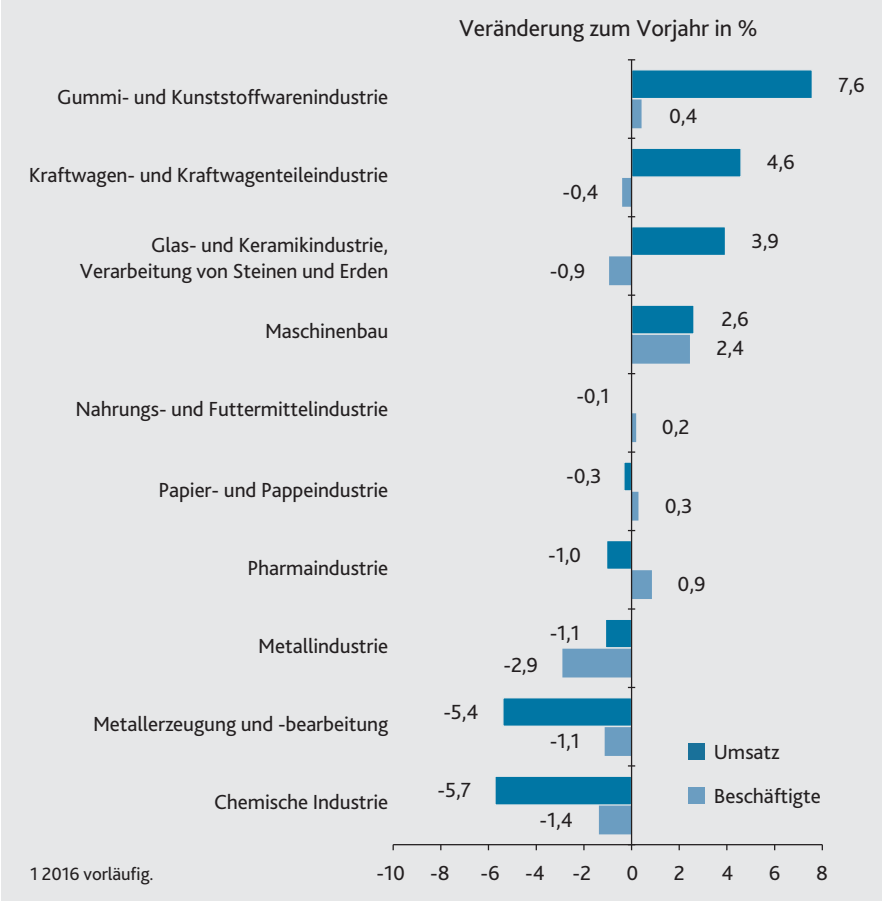
im Dezember 2016 geringer aus als im November. Lediglich in der Chemischen Industrie lag die Nachfrage deutlich über dem Niveau des Vormonats und des Vorjahresmonats (+5,4 bzw. +12,5 Prozent). Im Fahrzeugbau gingen im Dezember weniger Bestellungen ein als im Monat zuvor (–1 Prozent). Zugleich war das Ordervolumen 5,4 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Auch im Maschinenbau waren die Auftragseingänge im Vergleich zum Vormonat rückläufig (–1,1 Prozent). Trotzdem war die Nachfrage um 6,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Umsätze und Beschäftigung in der Industrie 2016 nahezu unverändert

Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete 2016 Umsätze in Höhe von 86,6 Milliarden Euro. Damit blieben die Erlöse gegenüber dem Vorjahr aufgrund vorläufiger Ergebnisse nahezu unverändert (Deutschland: +0,4 Prozent). Einer Umsatzsteigerung im Inlandsgeschäft um 1,4 Prozent (Deutschland: –0,2 Prozent) stand ein Rückgang der Erlöse um 1,2 Prozent im Ausland gegenüber (Deutschland: +1,1 Prozent). Das Auslandsgeschäft machte 55,4 Prozent der Umsätze aus (Deutschland: 49,7 Prozent). Die Exportquote war damit 0,6 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr.

In der rheinland-pfälzischen Industrie waren im Durchschnitt des Jahres rund 253 200 Personen tätig. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Beschäftigtenzahl fast gleich (Deutschland: +0,8 Prozent). Auch die Zahl der

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie 2016[1] nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 2016 vorläufig.

geleisteten Arbeitsstunden änderte sich nicht: Im Jahr 2016 waren es, wie im Jahr zuvor, 387,2 Millionen Arbeitsstunden (Deutschland: +0,5 Prozent).

In vier der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse höher als im Jahr zuvor. Die größte Umsatzsteigerung gab es in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+7,6 Prozent). Die Produzenten von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die Hersteller von Glas und Glaswaren sowie der Maschinenbau verbuchten ebenfalls steigende Umsätze. Alle vier Branchen profitierten von einer günstigen Entwicklung des In- und Auslandsgeschäfts. In den übrigen sechs Branchen lagen die Erlöse unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Chemische Industrie verzeichnete den stärksten Rückgang (–5,7 Prozent). Dahinter folgte die Metallerzeugung und -bearbeitung (–5,4 Prozent). In dieser Branche gab es starke Einbußen im Auslandsgeschäft, während der Inlandsumsatz nur leicht zurückging.

Die Beschäftigung entwickelte sich in den Industriebranchen ebenfalls unterschiedlich. In fünf der zehn

größten Branchen lag die Zahl der tätigen Personen über dem Niveau des Vorjahres. Deutliche Zuwächse verzeichnete der Maschinenbau (+2,4 Prozent), in der Pharmaindustrie nahm die Beschäftigung um 0,9 Prozent zu. In fünf Branchen verringerten sich die Beschäftigtenzahlen. Den größten Rückgang gab es in der Herstellung von Metallerzeugnissen (–2,9 Prozent), gefolgt von der Chemischen Industrie (–1,4 Prozent).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe 2016 höher als im Vorjahr

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Dezember 2016 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge sanken im Vergleich zum November 2016 – kalender- und saisonbereinigt – um 5,5 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verbesserte sich leicht um 0,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Auftragseingänge dagegen um 15 Prozent. Die Umsätze fielen um 4,1 Prozent höher aus als 2015.

Im Vergleich zum November 2016 verringerte sich die Nachfrage nach Bauleistungen sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau (–8,8 bzw. –6,4 Prozent). Die stärksten Auftragseinbußen verzeichnete der öffentliche Tiefbau (–16 Prozent). Für den gewerblichen Hochbau sowie den Straßenbau errechneten sich ebenfalls deutliche Rückgänge (–13 bzw. –11 Prozent). Dagegen verbuchte der öffentliche Hochbau ein kräftiges Auftragsplus von 17 Prozent.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Dez. 2016		2016
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Nov. 2016	Dez. 2015	2015
Auftragseingang	-5,5 % ↓	-8,6 % ↓	15,1 % ↑
Hochbau insgesamt	-6,4 % ↓	-21,9 % ↓	11,9 % ↑
Wohnungsbau	3,1 % ↑	8,6 % ↑	28,5 % ↑
gewerblicher Hochbau	-13,1 % ↓	-36,6 % ↓	4,1 % ↑
öffentlicher Hochbau	16,9 % ↑	-20,3 % ↓	5,2 % ↑
Tiefbau insgesamt	-8,8 % ↓	3,9 % ↑	17,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	6,8 % ↑	5,6 % ↑	9,0 % ↑
öffentlicher Tiefbau	-16,1 % ↓	9,8 % ↑	30,0 % ↑
Straßenbau	-11,2 % ↓	0,0 % →	15,3 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	0,9 % ↗	5,4 % ↑	4,1 % ↑
Hochbau insgesamt	3,8 % ↑	8,1 % ↑	5,6 % ↑
Wohnungsbau	-5,0 % ↓	16,5 % ↑	15,6 % ↑
gewerblicher Hochbau	12,0 % ↑	6,1 % ↑	2,4 % ↑
öffentlicher Hochbau	5,2 % ↑	-2,9 % ↓	-2,9 % ↓
Tiefbau insgesamt	-0,8 % ↘	3,4 % ↑	2,8 % ↑
gewerblicher Tiefbau	4,8 % ↑	-8,7 % ↓	-7,9 % ↓
öffentlicher Tiefbau	-11,7 % ↓	1,4 % ↗	5,1 % ↑
Straßenbau	2,4 % ↑	9,8 % ↑	6,9 % ↑

1 Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Gegenüber 2015 zogen die Aufträge im Tiefbau und im Hochbau deutlich an (+17 bzw. +12 Prozent). Die höchsten Zuwächse verzeichneten der öffentliche Tiefbau sowie der Wohnungsbau (+30 bzw. +28,5 Prozent).

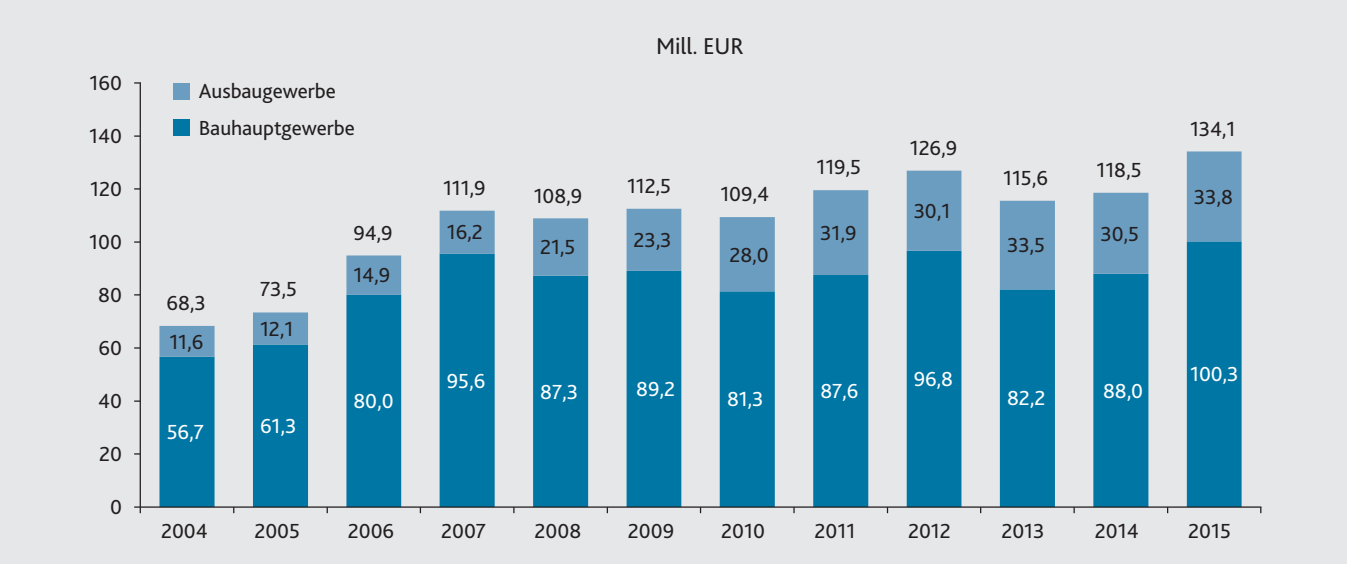
Im Vergleich zum November 2016 verbesserten sich die bereinigten Umsätze im Hochbau um 3,8 Prozent. Der Tiefbau verzeichnete dagegen einen leichten Rückgang (–0,8 Prozent). Die höchsten Umsatzsteigerungen gab es im gewerblichen Hochbau (+12 Prozent). Der öffentliche Tiefbau sowie der Wohnungsbau blieben dagegen hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–12 bzw. –5 Prozent).

Gegenüber 2015 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze im Hochbau um 5,6 Prozent. Im Tiefbau gab es ebenfalls eine Verbesserung (+2,8 Prozent). Die höchsten Zuwächse verzeichnete der Wohnungsbau (+16 Prozent). Für den gewerblichen Tiefbau errechneten sich dagegen die stärksten Umsatzeinbußen (–7,9 Prozent).

Mehr Investitionen im Baugewerbe

Die Investitionen im rheinland-pfälzischen Baugewerbe sind 2015 kräftig gestiegen. Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes und des Ausbaugewerbes tätigten zusammen Investitionen in Höhe von 134,1 Millionen Euro. Dies bedeutet

Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe 2004–2015



eine Steigerung um 13 Prozent bzw. 15,6 Millionen Euro gegenüber 2014. Die Investitionsquote, die die Bruttoanlageinvestitionen zum Gesamtumsatz in Beziehung setzt, belief sich auf 2,7 Prozent (2014: 2,4 Prozent). Je tätige Person wurden 3 830 Euro investiert.

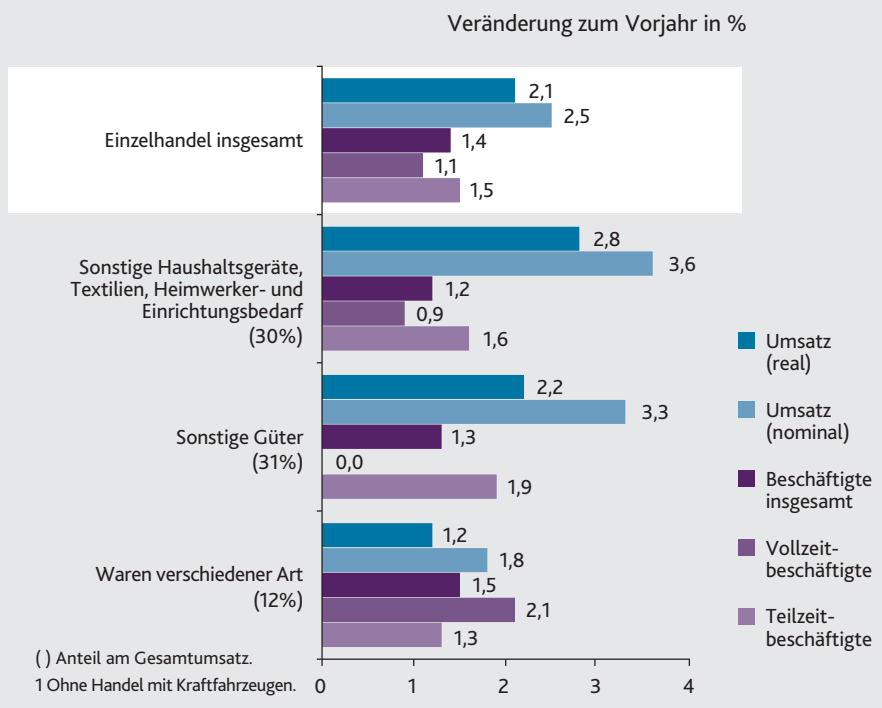
Auf die Unternehmen des Bauhauptgewerbes entfielen Investitionen in Höhe von 100 Millionen Euro, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent entspricht. Je tätige Person lagen die Investitionen bei 5 300 Euro. Die Investitionsquote belief sich auf 3,2 Prozent (2014: 2,7 Prozent). Innerhalb des Bauhauptgewerbes tätigten die Unternehmen des Wirtschaftszweigs „Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken" mit 44,3 Millionen Euro die höchsten Investitionen. In diesem Bereich war auch die größte prozentuale Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (+34 Prozent). Gemessen am Investitionsvolumen folgte der Bereich „sonstige spezialisierte Bautätigkeiten" mit Abstand an zweiter Stelle; dort wurden 16 Millionen Euro investiert. In diesem Bereich, zu dem Dachdeckereien, Zimmereien und Gerüstbauunternehmen zählen, stiegen die Investitionen um 3,4 Prozent. Die Unternehmen im Bereich „Bau von Gebäuden" investierten 2015 deutlich mehr als im Vorjahr (+30,5 Prozent). Mit einem Gesamtvolumen von 15,6 Millionen Euro lag dieser Bereich an dritter Stelle. Ein Großteil der Bruttoanlageinvestitionen des Bauhauptgewerbes – rund 92 Millionen Euro – entfielen auf Maschinen und maschinelle Anlagen; das waren 13 Prozent mehr als 2014.

Die Unternehmen des Ausbaugewerbes tätigten 2015 Investitionen in Höhe von 34 Millionen Euro, was einen deutlichen Zuwachs um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Die Investitionsquote erhöhte sich auf 1,9 Prozent (2014: 1,8 Prozent). Je tätige Person wurden 2 100 Euro investiert. Der Anstieg der Investitionen ist auf die günstige Entwicklung im Bereich Bauinstallation zurückzuführen. In diesem Bereich, zu dem u. a. die Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation zählt, erhöhten sich die Investitionen um 13 Prozent auf 28 Millionen Euro. Bei den Unternehmen des „sonstigen Ausbaugewerbes", die 6,1 Millionen Euro investierten, fiel der Zuwachs mit 1,8 Prozent wesentlich geringer aus.

Einzelhandel 2016 mit Umsatz- und Beschäftigtenplus

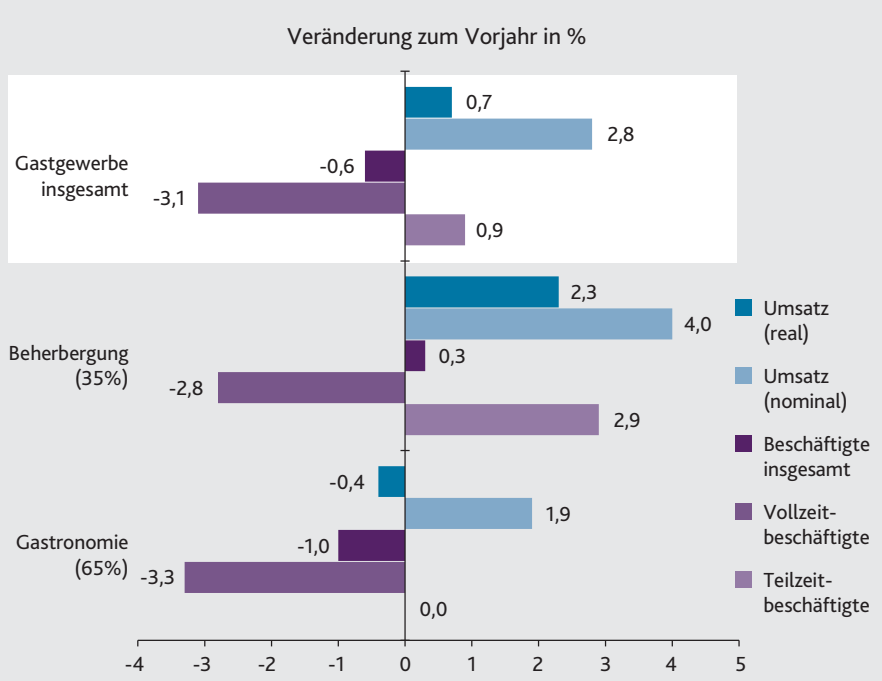
Der rheinland-pfälzische Einzelhandel beendete das Jahr 2016 mit einer positiven Bilanz. Nach vorläufigen Berechnungen setzten die Einzelhandelsbetriebe nominal – also zu jewei-

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel[1] 2016 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



( ) Anteil am Gesamtumsatz.
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2016



( ) Anteil am Gesamtumsatz.

ligen Preisen – 2,5 Prozent mehr um als 2015. Aufgrund des stabilen Preisniveaus stiegen die Erlöse real – also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung – in ähnlicher Größenordnung (+2,1 Prozent). Deutschlandweit verbuchte der Einzelhandel nominale Umsatzsteigerungen von 2,3 Prozent; preisbereinigt ergab sich ein Plus von 1,8 Prozent.

Ein starkes Umsatzplus war im Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren zu verzeichnen. Hier stiegen die Umsätze nominal um 6,9 und real um 4,8 Prozent. Im „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ lagen die Umsätze in jeweiligen Preisen um 3,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahres; preisbereinigt nahmen sie um 2,8 Prozent zu. Beim „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“ – dazu zählen u. a. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren – verlief die Entwicklung ähnlich. In diesem Segment stiegen die Erlöse 2016 nominal um 3,3 und real um 2,2 Prozent. Der „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, steigerte seine Erlöse in jeweiligen Preisen um 1,8 und preisbereinigt um 1,2 Prozent. Im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik legten die nominalen Umsätze nur geringfügig um 0,3 Prozent zu. Preisbereinigt fiel der Zuwachs mit +0,5 Prozent etwas höher aus, was auf leichte Preisrückgänge in diesem Handelssegment schließen lässt.

Mit der günstigen Umsatzentwicklung ging ein Anstieg der Beschäftigung einher. Im Jahr 2016 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel um 1,4 Prozent. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitkräfte um 1,1 und die der Teilzeitbeschäftigten um 1,5 Prozent zu.

Gastgewerbe 2016 mit Umsatzanstieg und sinkenden Beschäftigtenzahlen

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe erwirtschaftete 2016 höhere Umsätze als im Vorjahr. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Erlöse nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 2,8 Prozent über dem Niveau von 2015. Real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – stiegen die Umsätze um 0,7 Prozent. In Deutschland erhöhten sich die Erlöse im Gastgewerbe nominal um 2,9 und preisbereinigt um 0,9 Prozent.

Die Gastronomiebetriebe, in denen etwa zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, verzeichneten 2016 nominale Erlössteigerungen um 1,9 Prozent. Real waren die Umsätze um 0,4 Prozent geringer als im Vorjahr. In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, nahmen die Erlöse in jeweiligen Preisen um 2,4 Prozent zu. Preisbereinigt lagen die Umsätze jedoch um 0,2 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen verbuchten einen nominalen Umsatzanstieg von 1,8 Prozent; real belief sich der Zuwachs auf 0,3 Prozent. Das Beherbergungsgewerbe, das mehr als ein Drittel zu den Erlösen des Gastgewerbes beiträgt, setzte 2016 nominal vier Prozent mehr um als im Jahr zuvor; preisbereinigt entsprach das einer Erlössteigerung um 2,3 Prozent.

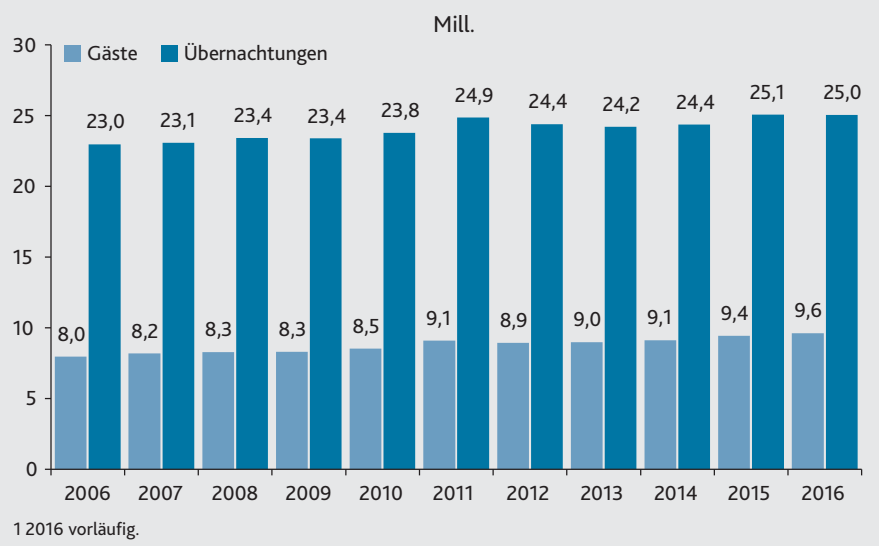
Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe ist 2016 um 0,6 Prozent gesunken. Während die Zahl der Vollzeitkräfte um 3,1 Prozent abnahm, erhöhte sich die Zahl der Teilzeitkräfte um 0,9 Prozent.

Neuer Gästerekord 2016 – Übernachtungen fast unverändert

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche konnte 2016 im vierten Jahr in Folge mehr Besucherinnen und Besucher begrüßen. Es übernachteten 9,6 Millionen Gäste im Land; das waren 1,8 Prozent mehr als im Jahr 2015, das den bisherigen Höchststand markierte. Die Übernachtungszahlen überschritten zum zweiten Mal die 25-Millionen-Grenze. Mit 25,02 Millionen Übernachtungen wurde das Rekordergebnis aus dem Jahr zuvor allerdings knapp verfehlt (–0,2 Prozent).

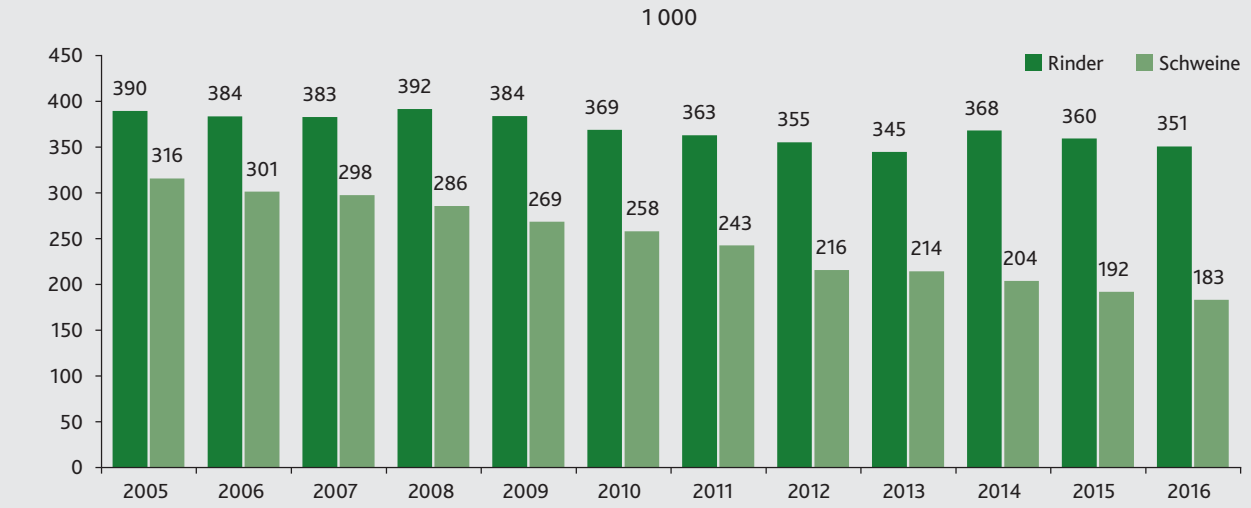
In vier der neun Tourismusregionen lagen die Übernachtungszahlen 2016 über dem Niveau des Vorjahres, wobei Rheinhessen mit einer Steigerung um 5,4 Prozent den Spitzenplatz belegte. An zweiter Stelle folgte das Rheintal mit einem Übernachtungsplus von 2,2 Prozent. Die Regionen Mosel-Saar und Westerwald-Lahn erzielten ebenfalls Zuwächse. In den übrigen Regionen waren die Übernachtungszahlen niedriger als 2015. Der starke Rückgang in der Eifel beruht zum Teil auf einem Sondereffekt, der auf Änderungen im Berichtskreis der Erhebung zurückzuführen ist. Aber auch Einbußen im Campingbereich trugen zu diesem Ergebnis bei. Sieben der neun Tourismusregionen verzeichneten steigende Gästezah-

Gäste und Übernachtungen 2006–2016[1]



1 2016 vorläufig.

Bestände an Schweinen und Rindern 2005–2016[1]



1 Vergleichbarkeit aufgrund geänderter Stichtage eingeschränkt.

len. Mit einem Plus von 4,9 Prozent erreichte auch hier Rheinhessen die höchste Zunahme.

Unter den elf Betriebsarten verbuchten die Hotels garnis den höchsten Übernachtungszuwachs (+4,8 Prozent). Ferienhäuser und -wohnungen folgten mit +3,9 Prozent an zweiter Stelle. Hotels sowie Jugendherbergen und Hütten profitierten ebenfalls von einer gestiegenen Nachfrage. Privatquartiere, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken mussten Einbußen hinnehmen. Das Übernachtungsaufkommen der Gasthöfe sowie der Camping- und Reisemobilplätze fiel ebenfalls niedriger aus als 2015. Zum neuen Gästerekord trug die Mehrzahl der Betriebsarten bei, wobei Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie Hotels garnis überdurchschnittlich zulegten.

Der neue Spitzenwert bei den Gästeankünften ist in erster Linie auf die gestiegene Nachfrage von Besucherinnen und Besuchern aus dem Inland zurückzuführen. Die Zahl der Gäste aus Deutschland erhöhte sich um 2,6 Prozent auf 7,56 Millionen. Die Zahl ihrer Übernachtungen lag fast unverändert bei 19,19 Millionen (+0,1 Prozent). Aus dem Ausland kamen 2016 weniger Gäste ins Land (2,04 Millionen; –1 Prozent). Die Übernachtungen gingen um 1,2 Prozent auf 5,83 Millionen zurück. Unter den Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland bilden Gäste aus den Nachbarländern Niederlande und Belgien die größten Gruppen. Auf sie entfielen fast zwei Drittel der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland. Danach folgten mit Abstand die Besucherinnen und Besucher aus den USA und dem Vereinigten Königreich mit Anteilen von 5,7 bzw. 5,5 Prozent.

Schweinehaltung verliert weiter an Bedeutung

Die Schweinehaltung verliert in Rheinland-Pfalz immer mehr an Bedeutung. Die Zahl der Schweine, die insgesamt in den knapp 300 Betrieben standen, sank von November 2015 bis November 2016 um 4,5 Prozent auf 183 300. Ursächlich für diesen Rückgang sind die für eine wirtschaftliche Schweinehaltung zu geringen Erlöse. Der Schweinebestand in Deutschland nahm binnen eines Jahres um ein Prozent auf 27,3 Millionen Tiere ab. Der rheinland-pfälzische Anteil lag bei 0,7 Prozent.

Im November 2016 wurden in Rheinland-Pfalz noch 5 100 Rinderhaltungen mit insgesamt 350 900 Tieren registriert. Das bedeutet gegenüber der Erhebung im November 2015

eine Abnahme bei den Haltungen von 4,6 Prozent und beim Bestand von 2,4 Prozent. Bundesweit war im gleichen Zeitraum eine Abnahme des Rinderbestandes um 1,3 Prozent auf 12,5 Millionen Tiere festzustellen, die in 147 100 Haltungen standen (–2,7 Prozent). Der rheinland-pfälzische Anteil am deutschen Rinderbestand belief sich auf 2,8 Prozent.

Der in rund 500 Betrieben gehaltene Schafbestand nahm um knapp drei Prozent auf 68 000 Tiere zu. Bundesweit gab es bei den Schafen eine Abnahme von 0,5 Prozent auf knapp 1,6 Millionen Tiere. Rheinland-Pfalz kam damit auf einen Anteilswert von 4,3 Prozent.

Im November 2016 entfiel ein Drittel des Rinderbestandes auf Milchkühe (113 600 Tiere). Im Vorjahresvergleich sank ihre Zahl um vier Prozent. Ein Grund für die Abnahme dürften die niedrigen Erlöse für Milch gewesen sein. Der Bestand der sonstigen Kühe, z. B. Ammen- und Mutterkühe, blieb mit 39 600 Tieren nahezu unverändert. Ein weiteres Viertel (27 Prozent) des Rinderbestandes stellten die Kälber und Jungrinder mit einem Alter bis zu einem Jahr. Auf die Altersklasse zwischen einem Jahr und zwei Jahren entfielen 21 Prozent des Bestandes.

In der Schweinehaltung verzeichnete der Ferkelbestand einen Rückgang von fünf Prozent auf 52 800 Tiere. Der Jungschweinebestand wurde um sieben Prozent auf 38 000 Tiere reduziert. Der Mastschweinebestand verringerte sich geringfügig (–1,8 Prozent) auf 81 000 Tiere. Der Bestand an Zuchtschweinen nahm um zwölf Prozent auf 11 400 Tiere ab.

Den größten Teil des rheinland-pfälzischen Schafbestandes machten mit 70 Prozent die zur Zucht gehaltenen weiblichen Schafe aus (47 500 Tiere). Ihr Bestand nahm gegenüber November 2015 um gut ein Prozent zu. Auf die Schafe in einem Alter unter einem Jahr entfielen 28 Prozent des Gesamtbestandes. Ihre Zahl nahm um sieben Prozent auf 18 800 Tiere zu.

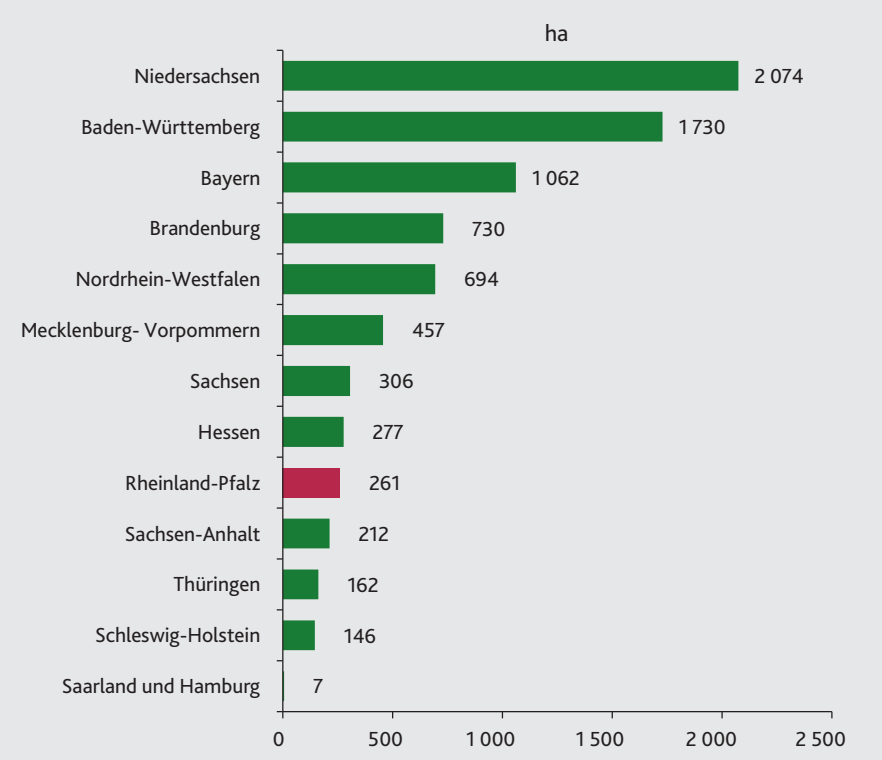
Strauchbeerenanbau legt 2016 zu

Im Jahr 2016 erzeugten in Rheinland-Pfalz 59 landwirtschaftliche Betriebe rund 1 550 Tonnen Strauchbeeren. Das waren zehn Prozent mehr als im Jahr 2015. Die Anbaufläche wuchs um gut 40 Hektar auf 303 Hektar.

Die flächenmäßig wichtigste Strauchbeere ist mit 160 Hektar Holunder. Als Beeren wurden rund 530 Tonnen geerntet, das waren fast 28 Prozent weniger als im Jahr 2015. Neben den Holunderbeeren wurden 4,4 Tonnen Holunderblüten gepflückt. Eine größere Bedeutung haben daneben noch rote und weiße Johannisbeeren mit rund 52 Hektar sowie Himbeeren mit 40 Hektar. Geerntet wurden etwa 350 Tonnen Johannisbeeren und 360 Tonnen Himbeeren.

Der Anbau von Strauchbeeren hat in den zurückliegenden Jahren leicht zugenommen; er stellt aber für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft

Anbaufläche von Strauchbeeren 2015 nach ausgewählten Bundesländern



nach wie vor ein Nischenprodukt dar. Rheinland-Pfalz rangierte im Jahr 2015 – gemessen an der Anbaufläche – auf Rang neun der Länder. Spitzenreiter war Niedersachsen mit 2 074 Hektar.

Strauchbeerenflächen von weniger als zwei Hektar bewirtschafteten 34 der 59 Betriebe. Die von diesen Betrieben genutzte Fläche betrug rund 36 Hektar. Die neun größten Betriebe, die auf jeweils mehr als zehn Hektar Strauchbeeren anbauen, vereinigten 185 Hektar der Erzeugerflächen auf sich.

Gemüseanbau regional und betrieblich konzentriert

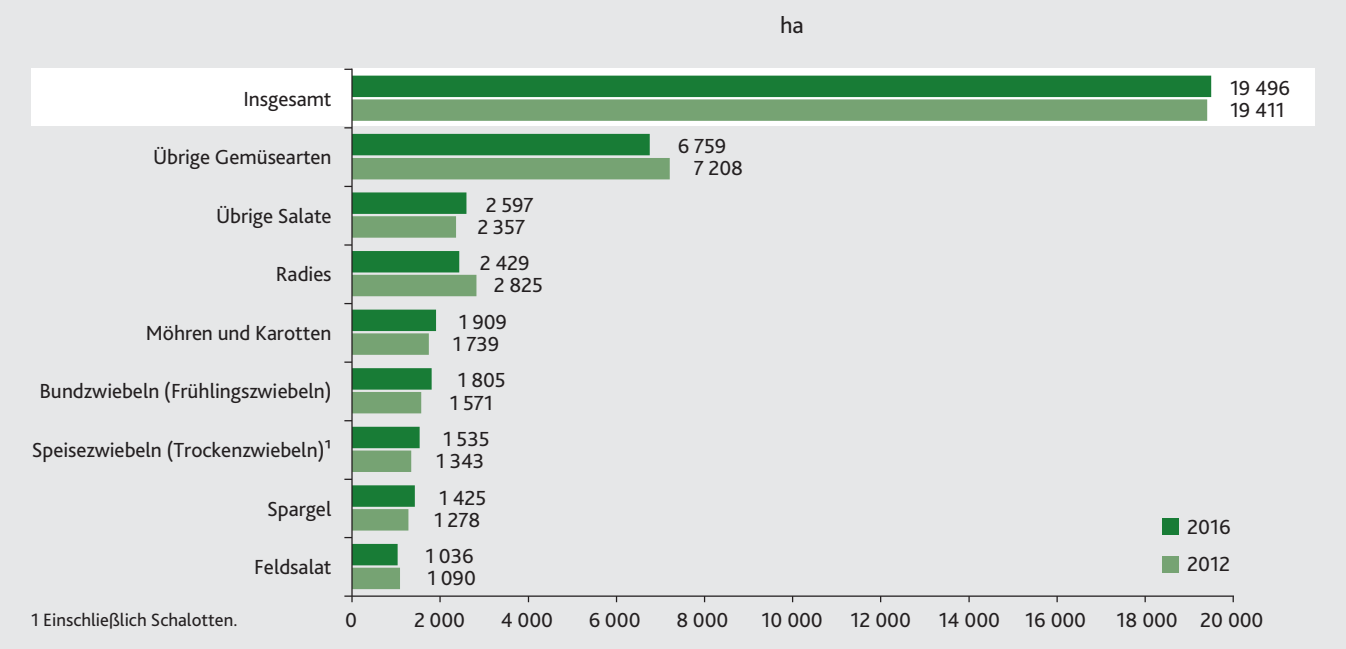
Im Jahr 2016 gab es in Rheinland-Pfalz 449 Betriebe mit Flächen, die ganz oder überwiegend für den Gemüsebau einschließlich der Produktion von Gemüsejungpflanzen genutzt wurden. Das waren 47 Betriebe weniger als bei der letzten Strukturerhebung 2012. Trotz des Rückgangs der Zahl der Betriebe um 9,5 Prozent nahm die Grundfläche für den Gemüseanbau um zwölf Prozent auf 14 660 Hektar zu.

In Rheinland-Pfalz, wie in ganz Deutschland, wird Gemüse überwiegend im Freiland und nur wenig in Gewächshäusern erzeugt. Die Flächen in Gewächshäusern bzw. unter begehbaren Schutzabdeckungen wurden seit 2012 weiter verkleinert, und zwar um 8,2 Prozent auf nur noch 33 Hektar.

Die Erzeugung im Freiland als Feldgemüseanbau erfolgt vor allem in größeren Betrieben mit Grundflächen für den Gemüsebau von 20 Hektar und mehr. Diese Betriebe machten 2016 ein Drittel der Erzeuger aus; auf sie entfielen 89 Prozent der 14 600 Hektar Grundfläche. Im Durchschnitt erzeugte jeder dieser größeren Betriebe auf 86 Hektar Gemüse; im Jahr 2012 waren es 72 Hektar je Betrieb.

Im Laufe eines Jahres kann auf einer Grundfläche im Freiland mehrmals Gemüse gepflanzt oder gesät werden. Deshalb ergab sich 2016 in Rheinland-Pfalz eine Gemüseanbaufläche von insgesamt 19 550 Hektar; das ist etwa das 1,3-fache der Grundfläche, die für den Gemüseanbau genutzt wurde. Der ökologische Anbau umfasste davon sechs Prozent. In der Regel stellt ein Betrieb ganz auf ökologische Wirtschaftsweise um, zumal die Inanspruchnahme von Fördermitteln an eine Gesamtbetriebsumstellung gekoppelt ist. Die Zahl der Betriebe

Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland 2012 und 2016 nach ausgewählten Arten



1 Einschließlich Schalotten.

mit ökologischem Feldgemüsebau hat gegenüber 2012 um 38 Prozent auf 58 Betriebe zugenommen.

Verschiedene Salate und wenige weitere Gemüsearten beherrschen etwas mehr als zwei Drittel des Anbaus. Radieschen erreichten 2016 mit 2 400 Hektar den größten Anbauanteil von zwölf Prozent. An zweiter und dritter Stelle stehen mit jeweils neun bis zehn Prozent Möhren bzw. Karotten und Bundzwiebeln, auch als Frühlingszwiebeln bekannt. Auf jeweils sieben bis acht Prozent des Anbaus kamen Trockenzwiebeln und Spargel. Feldsalat folgt nach Spargel mit einem Flächenanteil von fünf Prozent. Er ist die flächenmäßig bedeutendste Salatart. Zusammen mit den anderen angebauten Salatarten entfallen auf Salate fast 19 Prozent der Anbaufläche.

Der einheimische Gemüseanbau kann vor allem im Sommerhalbjahr die Verbraucherinnen und Verbraucher regional mit Gemüse bedienen. In Rheinland-Pfalz hat der Gemüseanbau klimatisch bedingt seinen Schwerpunkt in der Pfalz. Sie gilt als das größte geschlossene Anbaugebiet für Freilandgemüse in Deutschland. Im Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise dominiert der Rhein-Pfalz-Kreis. Dort sind 28 Prozent der rheinland-pfälzischen Betriebe mit Freilandanbau ansässig, auf die 57 Prozent der Anbaufläche entfallen. Nimmt man den benachbarten Kreis Germersheim hinzu, der an zweiter Stelle rangiert, vereinen diese beiden Kreise mit 45 Prozent der Betriebe 77 Prozent der Anbauflächen auf sich.

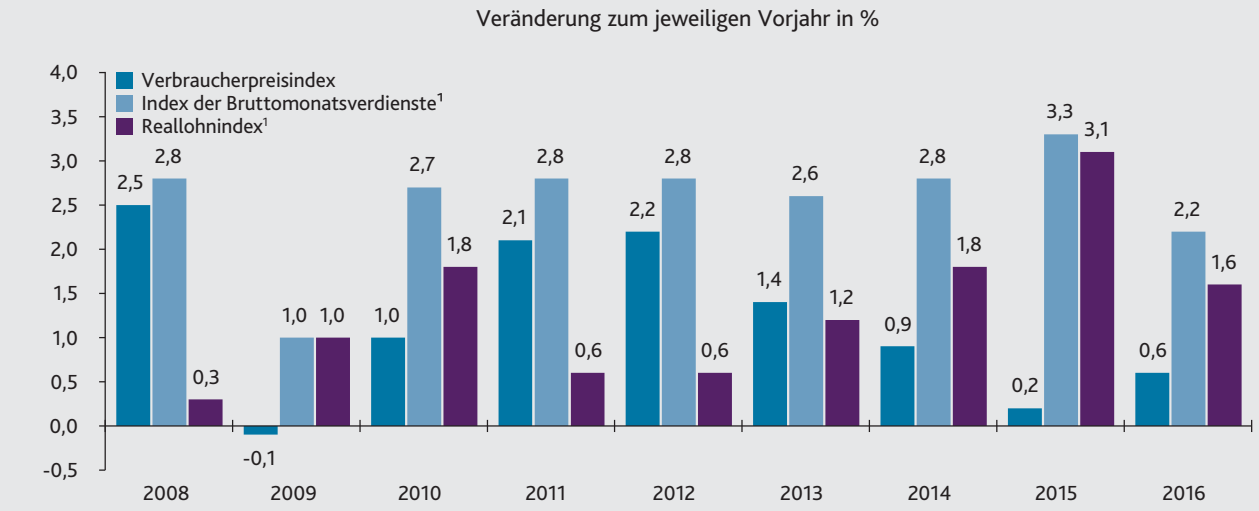
Reallöhne 2016 um 1,6 Prozent gestiegen

Nach vorläufigen Ergebnissen sind 2016 in Rheinland-Pfalz die Reallöhne um 1,6 Prozent gestiegen (Deutschland: +1,8 Prozent). Die Zunahme war zwar wesentlich geringer als im Vorjahr, lag aber über dem Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2015 (+1,3 Prozent).

Die Entwicklung des Reallohnindex hängt von der Entwicklung der Verdienste und der Entwicklung der Verbraucherpreise ab. Mit einem Plus von 2,2 Prozent fiel die Steigerung der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen 2016 niedriger aus als in den Vorjahren. Seit 2010 hatten die Zuwächse mit Ausnahme des Jahres 2015 (+3,3 Prozent) zwischen 2,6 und 2,8 Prozent gelegen.

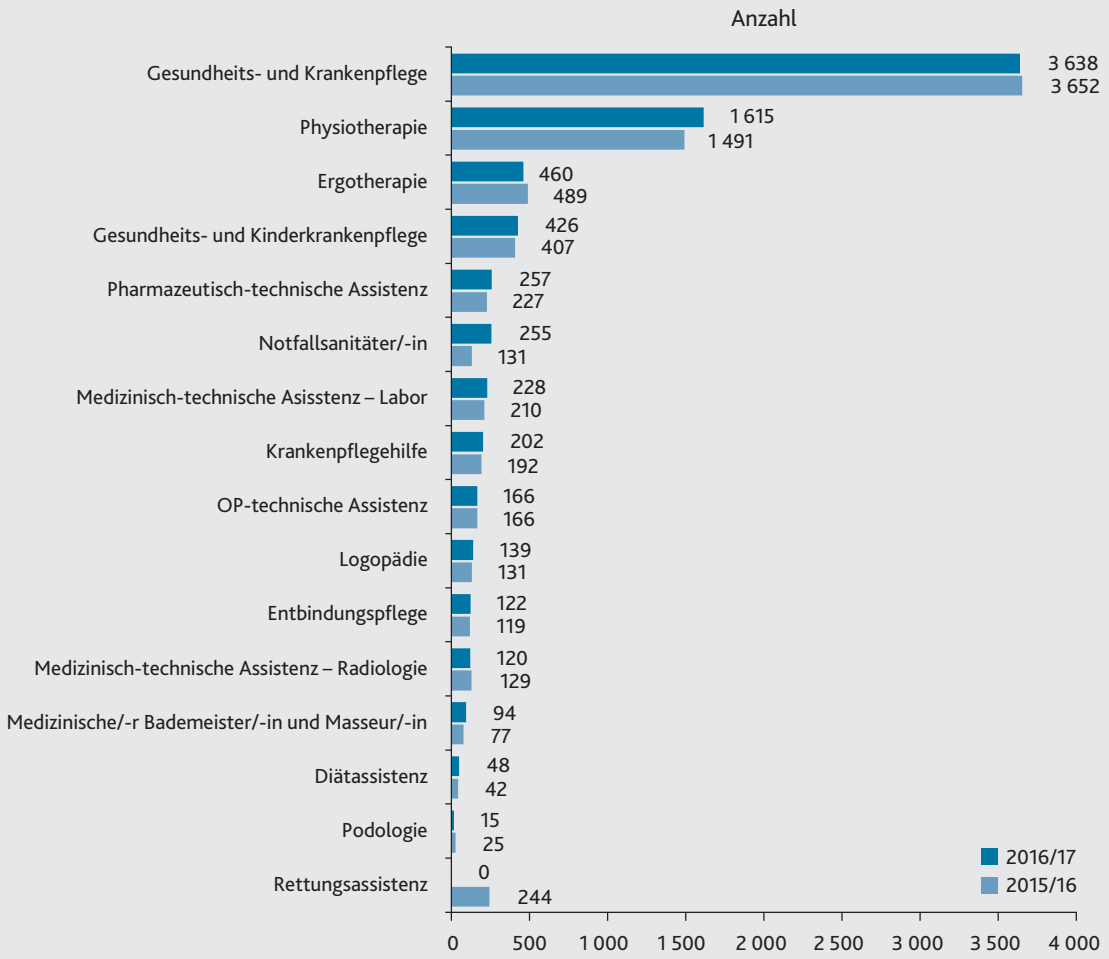
Dass die Reallohnerhöhung trotz des etwas geringeren Anstiegs der nominalen Verdienste überdurchschnittlich ausfiel, ist auf die moderate Preisentwicklung zurückzuführen. Die Verbraucherpreise lagen 2016 im Durchschnitt um 0,6 Prozent über dem Vorjahres-

Verbraucherpreise, Bruttomonatsverdienste und Reallöhne 2008–2016



1 2016 vorläufig.

Schüler/-innen an Schulen des Gesundheitswesens 2016/17 und 2015/16 nach Bildungsgängen[1]



1 Einschließlich der Teilzeitausbildung bei Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen und bei Physiotherapeuten/-innen.

niveau. Damit war die Teuerung zwar höher als 2015, aber im längerfristigen Vergleich weiterhin niedrig.

Mehr Absolventinnen und Absolventen in Pflegeberufen

Im Schuljahr 2016/17 besuchten insgesamt 18 400 Schülerinnen und Schüler eine berufliche Ausbildung im Gesundheitswesen. Das waren 25 Auszubildende weniger als im Vorjahr (–0,1 Prozent). Gegenüber dem Schuljahr 2011/12 ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 6,5 Prozent gestiegen.

Während im Vorjahresvergleich die Auszubildendenzahl in der Altenpflege um 74 Schülerinnen und Schüler bzw. 2,7 Prozent gesunken ist, nahm die Absolventenzahl um elf Prozent zu (+72 Personen). Auch in den anderen Pflegeberufen, beispielsweise in der Gesundheits- und Krankenpflege, zeigte sich ein Anstieg der Zahl der Absolventinnen und Absolventen. Insgesamt schlossen 2016 rund 2 600 junge Erwachsene eine Ausbildung in einem Pflegeberuf erfolgreich ab. Das waren 5,9 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der Bedarf an Nachwuchs im Gesundheitswesen nimmt durch eine alternde Bevölkerung zu. Da immer mehr Menschen pflegebedürftig werden, entsteht ein zunehmender Fachkräftemangel in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen. Der berufliche Nachwuchs lässt sich in die-

sem Bereich dabei nicht alleine über die Auszubildenden an den Schulen des Gesundheitswesens, die von 7 800 Schülerinnen und Schülern besucht wurden, abbilden. So findet die Ausbildung zur Altenpflege, Altenpflegehilfe und Heilerziehungspflege an Fachschulen, zur bzw. zum medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten an Berufsschulen und zur Sozialassistenz an Höheren Berufsfachschulen statt.

Unter den dreijährigen Ausbildungen wurden die Bildungsgänge „Gesundheits- und Krankenpflege", „Altenpflege" und „Medizinische/r Fachangestellte/r" am häufigsten belegt. Alle drei Bildungsgänge werden an unterschiedlichen Schulen des Berufsbildungssystems angeboten. Während die Schülerzahl zwischen 2011/12 und 2016/17 in den beiden pflegerischen Berufsausbildungen zunahm, ist sie im Berufsschullehrgang „Medizinische/r Fachangestellte/r" um 6,3 Prozent gesunken.

Im Rahmen der Fachkräftesicherung wird neben der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse auch die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Berufsbildungssystem gefördert. Im Vergleich zu 2011/12 stieg der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer von 6,2 auf 9,5 Prozent. Besonders deutlich zeichnete sich dieser Anstieg in den Pflegeberufen und den therapeutischen Gesundheitsfachberufen ab. Im Schuljahr 2016/17 wiesen die Ausbildungen „Krankenpflegehilfe" (21 Prozent), „Medizinische/r Bademeister/-in und Masseur/-in" (20 Prozent) und „Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r" (19 Prozent) den höchsten Ausländeranteil auf.

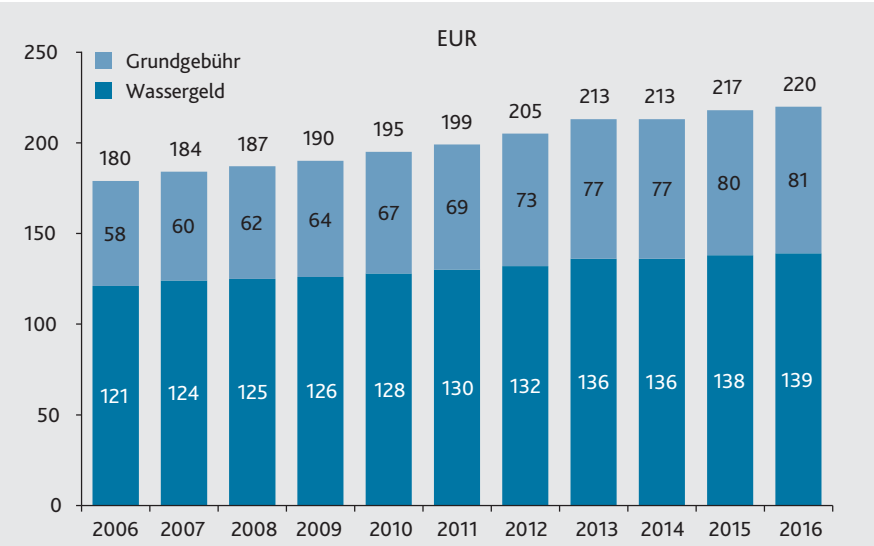
Durch die zunehmende Professionalisierung und Akademisierung der Gesundheitsfachberufe werden die Auszubildendenzahlen künftig beeinflusst werden. Bestimmte Gesundheitsfachberufe werden vollständig akademisiert, andere werden zunehmend dual oder parallel als Berufsausbildung und Bachelorstudium angeboten. Zu Beginn des Wintersemesters 2016/17 gab es beispielsweise Studienangebote im Hebammenwesen, der Pflege und Physiotherapie. Daneben waren nach vorläufigen Berechnungen rund 3 600 Studierende in einen human- oder zahnmedizinischen Studiengang eingeschrieben.

Trinkwasserpreise steigen

Für einen Kubikmeter Trinkwasser musste ein rheinland-pfälzischer Haushalt 2016 durchschnittlich 1,73 Euro bezahlen. Das war ein Cent bzw. 0,6 Prozent mehr als im Vorjahr und 14 Prozent mehr als im Jahr 2006, als ein Kubikmeter noch 1,52 Euro kostete.

Neben diesem Entgelt müssen die Haushalte verbrauchsunabhängige Grundgebühren an die Wasserversorgungsunternehmen entrichten. Eine für 2016 aktualisierte Modellrechnung für einen Haushalt mit einem Trinkwasserverbrauch von 80 Kubikmeter im Jahr ergab Grundgebühren von durchschnittlich 81 Euro. Im Jahr 2006 lagen sie noch bei 58 Euro je Haushalt. Damit sind die festen Kosten innerhalb der vergangenen zehn Jahre mit einem Plus von 39 Prozent deutlich stärker gestiegen als das

Durchschnittliches Jahresentgelt[1] für Trinkwasser 2006–2016



1 Für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 80 Kubikmetern.

verbrauchsabhängige Wassergeld. Im Landesdurchschnitt erhöhte sich der Fixkostenanteil in der Jahresentgeltabrechnung eines Haushalts von 32 Prozent im Jahr 2006 auf 37 Prozent im Jahr 2016.

Wie die Modellrechnung weiter ergab, fallen 2016 je Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 80 Kubikmeter Gesamtkosten für die Wasserbeschaffung in Höhe von rund 220 Euro an; im Jahr 2006 waren es noch 180 Euro. Die Gesamtausgaben für Trinkwasser stiegen mit +22 Prozent stärker als die Verbraucherpreise insgesamt (+14 Prozent). Mit knapp 0,3 Cent pro Liter ist Trinkwasser im Vergleich zu anderen Getränken aber noch immer günstig: Ein Erwachsener, der täglich zwei Liter Trinkwasser trinkt, kommt auf einen Betrag von zwei Euro im Jahr.

Die Trinkwasserpreise weisen starke regionale Unterschiede auf. So reicht die Preisspanne bei einem Jahresverbrauch von 80 Kubikmeter in den kreisfreien Städten von 149 Euro in Speyer bis 259 Euro in Mainz. Ähnlich groß sind die Unterschiede in den Landkreisen. Der günstigste Preis errechnet sich für den Landkreis Germersheim mit einem durchschnittlichen Jahresentgelt von 150 Euro; am teuersten ist das Trinkwasser im Landkreis Birkenfeld mit 358 Euro.

Werden die Preisveränderungen der vergangenen zehn Jahre zugrunde gelegt, rangieren die Städte Frankenthal und Kaiserslautern mit einer Steigerung von jeweils 65 Prozent an der Spitze, gefolgt vom Landkreis Birkenfeld mit einer Erhöhung von 62 Prozent. Die Trinkwasserentgelte in der kreisfreien Stadt Speyer blieben im Betrachtungszeitraum unverändert. Für die Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt Mainz errechnet sich sogar ein Rückgang um 8,7 Prozent.

Die Möglichkeiten, mit Wassersparen die Kosten zu senken, sind im Land unterschiedlich ausgeprägt. Tendenziell haben die Verbraucherinnen und Verbraucher in den Städten durch ihr Konsumverhalten einen größeren Einfluss auf die Höhe ihrer Wasserrechnung als die Einwohnerinnen und Einwohner in den Landkreisen. Legt man einen Musterhaushalt mit einem jährlichen Verbrauch von 80 Kubikmetern zu Grunde, so entfallen drei Viertel der Jahresrechnungen der Haushalte in Speyer, Landau und Zweibrücken jeweils auf das verbrauchsabhängige Entgelt (Wassergeld). Demgegenüber ist das Kostenverhältnis aus Wassergeld und Grundgebühr in Mainz sowie in den Landkreisen Cochem-Zell und Neuwied nahezu ausgeglichen. Die Spanne beim Wassergeldanteil in den kreisfreien Städten und Landkreisen reicht von 82 Prozent in Speyer bis zu 55 Prozent in der Landeshauptstadt.

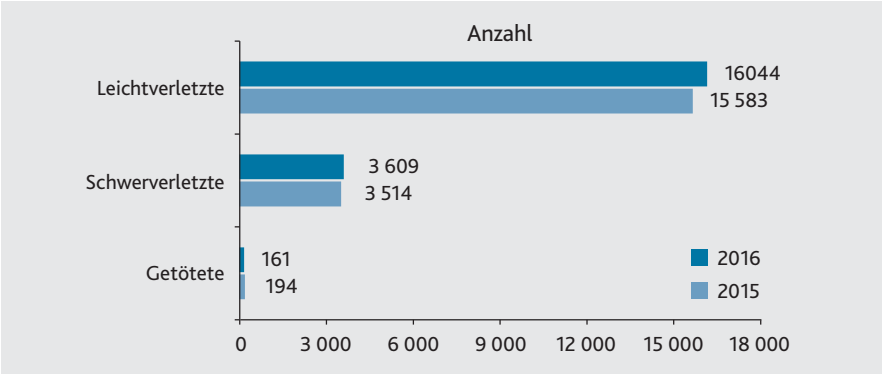
Nur wenige Verkehrstote 2016

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren im Jahr 2016 insgesamt 161 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren dies 33 Personen (17 Prozent) weniger als 2015. Damit erreicht die Zahl der Verkehrstoten den niedrigsten Stand seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1953. Den bisher niedrigsten Wert gab es im Jahr 2013, als 174 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer tödlich verunglückten.

Die Zahl der Schwerverletzten stieg 2016 um 2,7 Prozent auf 3 609. Leicht verletzt wurden 16 044 Verunglückte und damit drei Prozent mehr als im Jahr davor.

Insgesamt registrierte die Polizei 142 672 Verkehrsunfälle, 3,8 Prozent mehr als im Jahr 2015. Bei 127 484 Unfällen blieb es beim Sachschaden (+3,9 Prozent).

Verunglückte im Straßenverkehr 2015 und 2016



Aus der amtlichen Statistik

Konjunktur in der Großregion im dritten Quartal 2016 durchwachsen

Im dritten Quartal 2016 zeigen die Konjunkturindikatoren in der Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Wallonie – nach einer mehrheitlich positiven Entwicklung im vorherigen Quartal – durchwachsene Tendenzen. Überwiegend positive Signale kamen weiterhin vom Arbeitsmarkt und aus dem Baugewerbe sowie dem Einzelhandel und dem Gastgewerbe. Die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe haben jedoch im Vergleich zum Vorjahresquartal durchgängig und zum Teil deutlich nachgelassen. Die Exporte gingen vor allem im Saarland und in Lothringen zurück. Dies ist der neuen Ausgabe des Konjunkturberichts zu entnehmen, den das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Nachbarregionen erstellt hat.

Nach einer kurzen Erholung im zweiten Quartal gingen die Industrieumsätze in der Großregion deutlich zurück: Das Saarland (–11 Prozent) und Luxemburg (–4,7 Prozent) mussten dabei gegenüber dem dritten Quartal 2015 die größten Einbußen hinnehmen. In der Wallonie und in Luxemburg setzte sich damit der seit 2014 anhaltende Umsatzrückgang im Verarbeitenden Gewerbe fort. In Rheinland-Pfalz verringerten sich die (unbereinigten) Umsätze in der Industrie (–1 Prozent), nachdem es in den Vorquartalen überwiegend Zuwächse gegeben hatte. Für Lothringen sind keine Daten zum Industrieumsatz verfügbar.

Der Außenhandel entwickelte sich durchwachsen. Während die Warenexporte in Luxemburg (+2 Prozent), in Rheinland-Pfalz (+1,5 Prozent) und der Wallonie (+1,9 Prozent) im Vorjahresvergleich gestiegen sind, melden das Saarland (–8,7 Prozent) und Lothringen (–5 Prozent) deutliche Rückgänge. In der Wallonie liegt die Exportentwicklung damit erstmals seit einem Jahr im positiven Bereich. Die Importe sind mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz (+2,2 Prozent) in allen Teilregionen zurückgegangen: Saarland (–25 Prozent), Wallonie (–12 Prozent), Luxemburg (–4,5 Prozent), Lothringen (–3 Prozent).

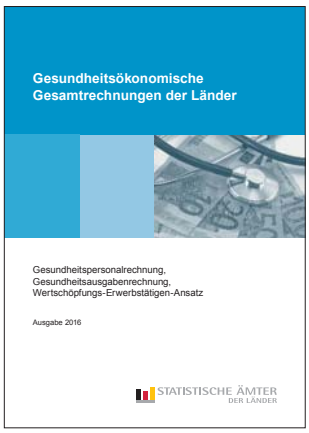
In den anderen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung im dritten Quartal 2016 mehrheitlich positiv. Im Baugewerbe lagen die Umsatzsteigerungen im Saarland (+11 Prozent) und in Rheinland-Pfalz (+4,5 Prozent) auf einem hohen Niveau. Die wallonische Bauwirtschaft verzeichnete immerhin ein leichtes Umsatzplus von 1,1 Prozent. Das Gastgewerbe entwickelte sich in allen Teilregionen dynamischer als noch im zweiten Quartal 2016 (Rheinland-Pfalz: +4,8 Prozent, Wallonie: +4,7 Prozent, Saarland: +3,7 Prozent, Luxemburg: +2,7 Prozent). Auch im Einzelhandel konnte die Mehrheit der Teilregionen Umsatzzuwächse verbuchen, wenngleich sie etwas schwächer ausfielen als im Gastgewerbe. Die Erlöse sind gegenüber dem Vorjahresquartal in Rheinland-Pfalz (+2,2 Prozent), in Luxemburg (+1,8 Prozent) und im Saarland (+0,6 Prozent) gestiegen. Eine Ausnahme ist die Wallonie. Hier nahmen die Umsätze im Einzelhandel gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,6 Prozent ab. Für Lothringen liegen keine Umsatzzahlen für diese Wirtschaftsbereiche vor.

Die Arbeitsmarktdaten sind zwar überwiegend positiv, zeigen jedoch vereinzelt verhaltene Tendenzen: Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Luxemburg deutlich und Rheinland-Pfalz moderat zunahm, sank sie im Saarland erstmals seit 2013 (–0,2 Prozent). Lothringen verzeichnete seit 2014 in allen Quartalen Beschäftigungsrückgänge.

Die Verbraucherpreise waren auch im dritten Quartal 2016 relativ stabil und lagen in den drei Teilregionen, die einen eigenen Verbraucherpreisindex ausweisen, deutlich unter der Zielmarke der EZB für den Euroraum (+2 Prozent). Auffällig ist jedoch, dass die Verbraucherpreise in Belgien insgesamt bereits zum zweiten Mal in Folge um 2,1 Prozent gestiegen sind.

Der zweisprachige Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (www.statistik.rlp.de) und im gemeinsamen Datenportal der Statistischen Ämter der Großregion (www.grossregion.lu) veröffentlicht.

Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder" publiziert Gemeinschaftsveröffentlichung



Gut 250 000 Beschäftigte in Rheinland-Pfalz, eine Wertschöpfung von knapp 14 Milliarden Euro und Ausgaben von mehr als 4 000 Euro pro Kopf: Das sind Kennzahlen des Gesundheitssektors, den die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder" jetzt in einer gut 30-seitigen Veröffentlichung porträtiert. „Aufgrund des wachsenden Gesundheitsbewusstseins des Menschen und der zunehmenden Alterung der Gesellschaft steigt die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft stetig. Die Broschüre gibt einen fundierten Überblick über die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz und den anderen Bundesländern", so der Präsident des Statistischen Landesamtes Jörg Berres.

Im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen waren 2014 rund 252 100 Personen beschäftigt. Das waren 13 Prozent bzw. 29 500 mehr als 2008 (Deutschland: +14 Prozent). Auf 1 000 Einwohnerinnen oder Einwohner kommen knapp 63 Beschäftigte im Gesundheitswesen. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder, für die eine Gesundheitspersonalrechnung durchgeführt wird, auf Rang sieben.

Die bedeutendsten Arbeitgeber im Gesundheitswesen sind die ambulanten Einrichtungen, zu denen u. a. Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Apotheken gehören. Hier arbeiteten 2014 rund 101 800 Menschen, das waren 40 Prozent aller Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen. Die stationären und teilstationären Einrichtungen wie Krankenhäuser und stationäre Pflegeeinrichtungen sind der zweitgrößte Arbeitgeber. In dieser Einrichtungsart arbeiteten 91 100 Beschäftigte (36 Prozent der im Gesundheitswesen Beschäftigten).

Das Gesundheitswesen zeichnet sich durch einen hohen Anteil weiblichen Personals aus. Im Jahr 2014 waren in Rheinland-Pfalz in diesem Wirtschaftsbereich 192 000 Frauen tätig, was einem Anteil von 76 Prozent entspricht (Deutschland: ebenfalls 76 Prozent).

Auf jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfielen 2014 rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 4 081 Euro. Damit lag Rheinland-Pfalz etwas über dem bundesdeutschen Durchschnitt (4 050 Euro pro Kopf). Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich seit 2008 um 0,9 Prozentpunkte und betrug 2014 knapp 13 Prozent.

Den überwiegenden Teil der Gesundheitsausgaben tragen die Gesetzlichen Krankenversicherungen, die im Jahr 2014 in Rheinland-Pfalz für 56 Prozent der Ausgaben aufkamen (Deutschland: 58 Prozent).

In Rheinland-Pfalz wurde in der Gesundheitswirtschaft 2015 eine Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen von gut 14 Milliarden Euro erzielt. Mit einem Anteil von knapp zwölf Prozent an der gesamten Wertschöpfung ist das Rang sieben unter den Bundesländern.

Von den rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen (knapp zwei Millionen) waren 2015 etwa 14 Prozent bzw. 279 000 in der Gesundheitswirtschaft tätig. Damit lag Rheinland-Pfalz auf Rang fünf und gut einen Prozentpunkt hinter Schleswig-Holstein, das den höchsten Anteil an Arbeitsplätzen in der Gesundheitswirtschaft aufwies.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Februar 2017

Im Februar 2017 lag der Verbraucherpreisindex 2,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahres und überstieg damit zum ersten Mal seit mehr als vier Jahren die Zwei-Prozent-Marke. Eine Preissteigerung in dieser Höhe wurde zuletzt im Oktober 2012 registriert.

Energie war im Februar 7,4 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte erhöhten sich spürbar (+21 Prozent). Die Preise für Nahrungsmittel lagen ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+4,8 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag bei +1,1 Prozent.

In neun der zwölf Hauptgruppen sind die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Starke Preissteigerungen waren im Bereich Verkehr zu verzeichnen (+5,2 Prozent). In der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" erhöhten sich die Preise ebenfalls deutlich (+4,4 Prozent). In den Bereichen Nachrichtenübermittlung sowie Bekleidung und Schuhe gab es Preissenkungen (–0,9 bzw. –0,7 Prozent).

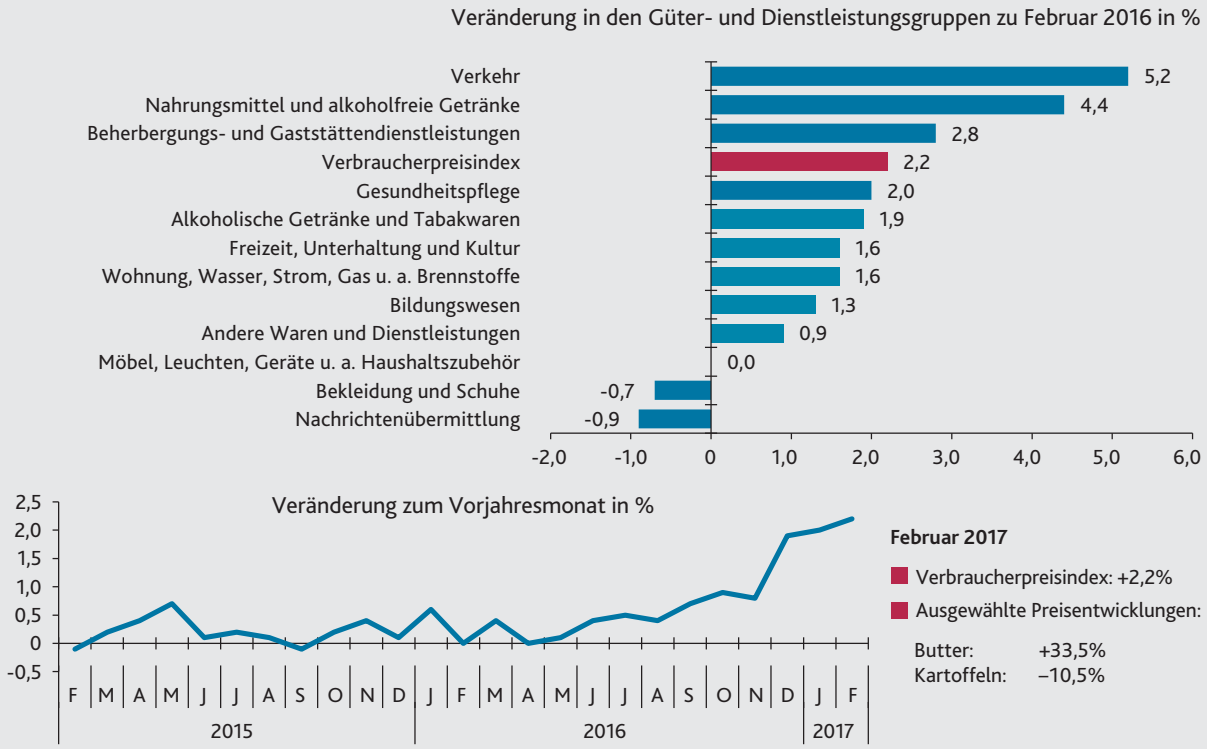
Der Verbraucherpreisindex lag im Februar 2017 um 0,6 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Am höchsten waren die Preissteigerungen bei „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (+2,3 Prozent). Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich um 1,8 Prozent. Preisrückgänge waren in den beiden Hauptgruppen Bekleidung und Schuhe sowie Nachrichtenübermittlung zu verzeichnen (–0,6 bzw. –0,1 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2017

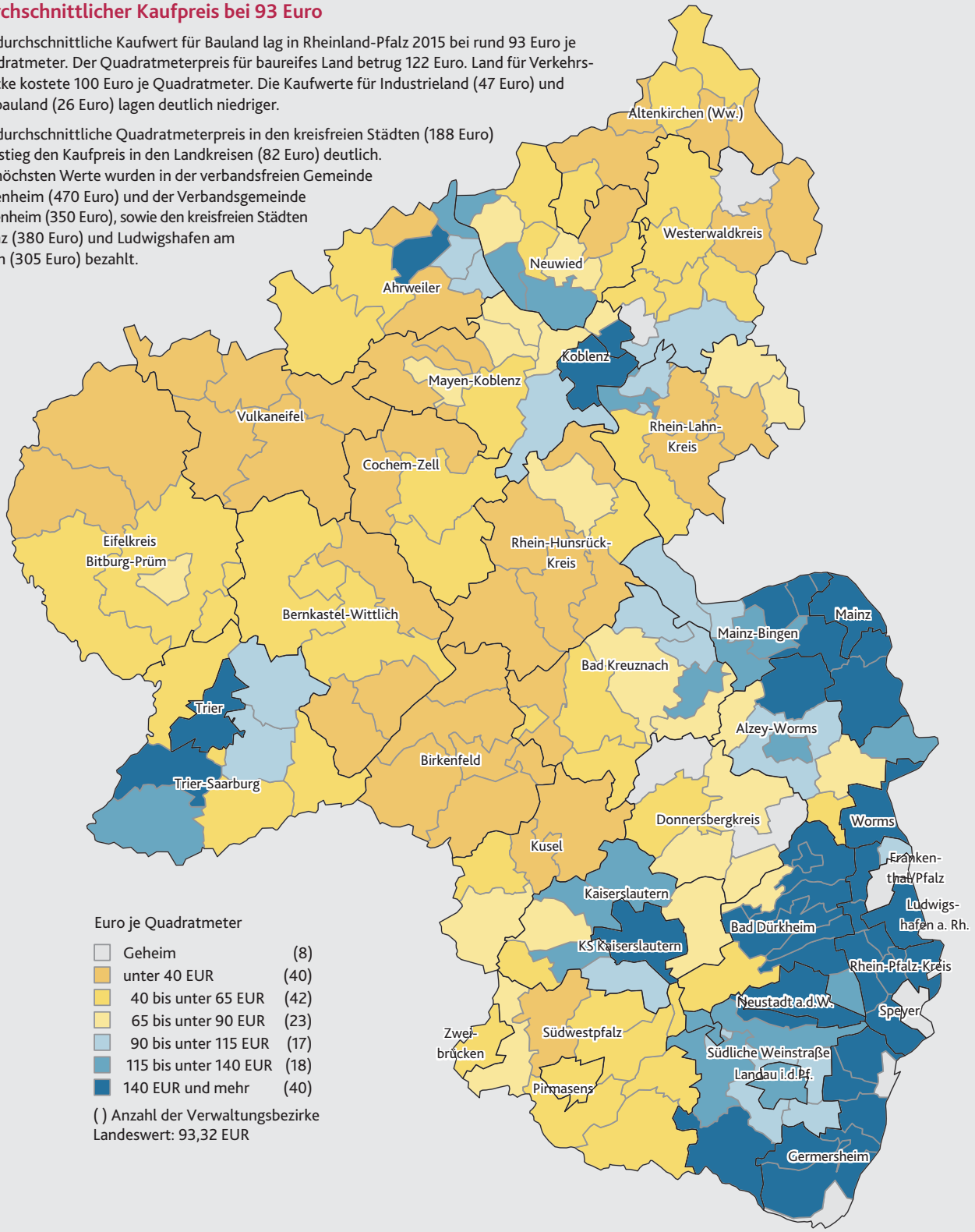


Baulandpreise 2015 nach Verwaltungsbezirken

Durchschnittlicher Kaufpreis bei 93 Euro

Der durchschnittliche Kaufwert für Bauland lag in Rheinland-Pfalz 2015 bei rund 93 Euro je Quadratmeter. Der Quadratmeterpreis für baureifes Land betrug 122 Euro. Land für Verkehrszwecke kostete 100 Euro je Quadratmeter. Die Kaufwerte für Industrieland (47 Euro) und Rohbauland (26 Euro) lagen deutlich niedriger.

Der durchschnittliche Quadratmeterpreis in den kreisfreien Städten (188 Euro) überstieg den Kaufpreis in den Landkreisen (82 Euro) deutlich. Die höchsten Werte wurden in der verbandsfreien Gemeinde Budenheim (470 Euro) und der Verbandsgemeinde Bodenheim (350 Euro), sowie den kreisfreien Städten Mainz (380 Euro) und Ludwigshafen am Rhein (305 Euro) bezahlt.



Hochschulen 2015/16

Teil I: Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten, Studienanfängerinnen und Studienanfänger, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen unter Einbezug geschlechter- und herkunftsspezifischer Disparitäten

Von Dr. Marco Schröder

Hochschulen müssen unter steigenden Studierendenzahlen ihre Bildungsangebote an eine in Bezug auf Herkunft, Geschlecht und Vorbildung zunehmend heterogener werdende Studierendenschaft anpassen. Einhergehend stehen Studierende und Studieninteressierte vor der komplexen biografischen Herausforderung, eine Studien- und Fächerwahl unter hoch differenzierten Studienangeboten sowie unter geschlechter- und herkunftsspezifischen Einflüssen zu treffen. Die Daten und Kennzahlen der amtlichen Hochschulstatistik geben Hinweise darauf, wie erfolgreich Hochschulen, Studieninteressierte und Studierende mit den aktuellen Anforderungen umgehen.

Verdoppelung der Studierendenzahl zwischen 1985 und 2015

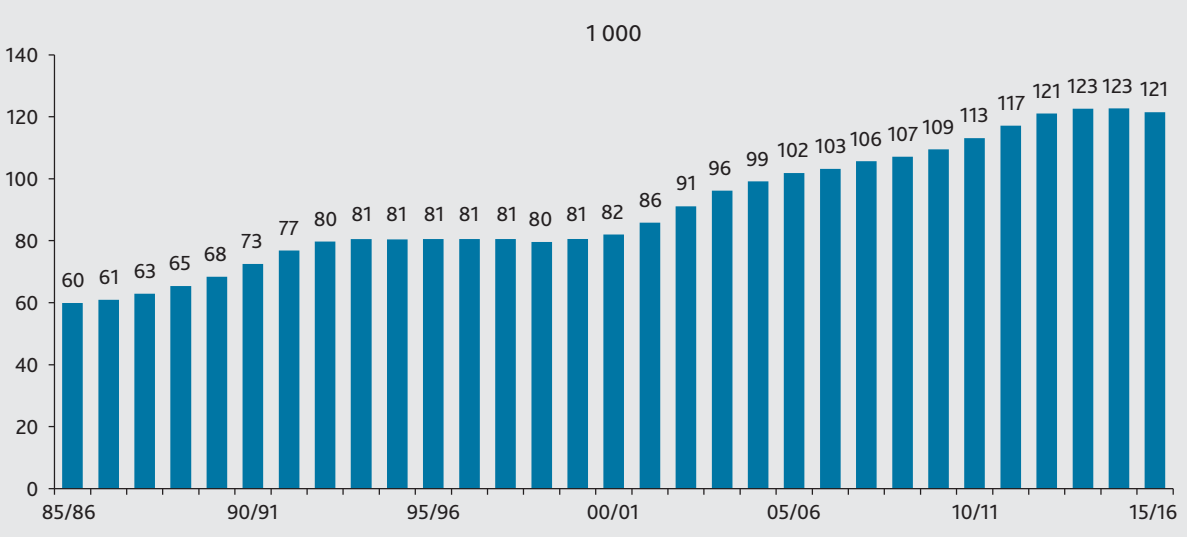
Erstmals seit 1998/99 rückläufige Studierendenzahlen

Zu Beginn des Wintersemesters 2015/16 studierten 121 500 junge Erwachsene an einer der 21 rheinland-pfälzischen Hochschulen. Im Vorjahresvergleich waren das rund 1 200 Studierende weniger. Damit wurde erstmals seit 1998/99 ein leichter Rückgang der Studierendenzahlen verzeichnet. Verglichen mit den Zahlen der vergangenen drei Dekaden hat die Studierendenzahl hingegen deutlich zugenommen: Gegenüber 2005/06 hat sie sich um 19 Prozent erhöht und im Vergleich zu 1985/86 sogar verdoppelt.

In den kommenden Jahren ist weiterhin mit einer insgesamt hohen Zahl an Studierenden zu rechnen. Dies begründet sich im Wesentlichen mit dem anhaltenden Trend der Höherqualifizierung, also der Tendenz, dass immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene einen höheren Bildungsabschluss anstreben. Damit geht einher, dass Bildungspolitik und Hochschulen Rahmenbedingungen etablieren, um Studiengänge vermehrt für Studieninteressierte ohne Abitur oder Fachhochschulreife zu öffnen. Rheinland-Pfalz nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein und öffnete mit dem Ziel einer erhöhten Durchlässigkeit des Bildungssystems im Wintersemester 2015/16 insgesamt 18 Studiengänge für studieninteressierte Berufsschulabsolventinnen und -absolventen ohne Hochschulreife.[1]

1 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: „Studium für mehr beruflich Qualifizierte öffnen", Pressemeldung vom 27.07.2015.

G 1 Studierende 1985/86 bis 2015/16



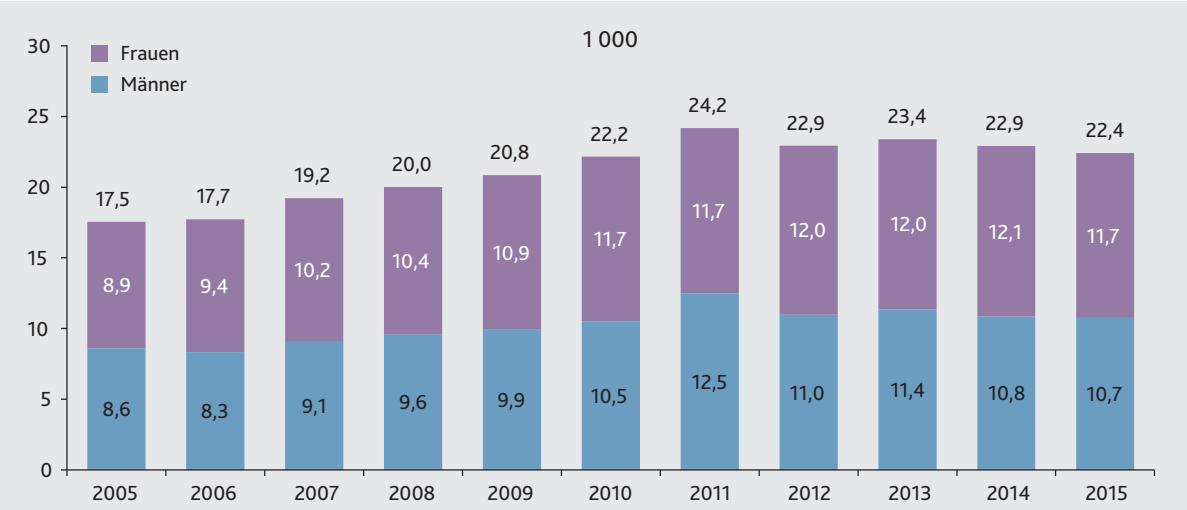
Schwankende Studienanfängerzahlen seit 2012

Leichter Rücklauf der Studienanfängerinnen und -anfänger im Jahr 2015

Zum Studienjahr 2015 wurde mit 22 400 Studienanfängerinnen und Studienanfängern im Vergleich zum Vorjahr ein leichtes Minus von rund 500 Personen bzw. 2,1 Prozent verzeichnet. Die Höchstzahl von 24 200 Anfängerinnen und Anfängern aus dem Jahr 2011 ist im Wesentlichen auf die Aussetzung der Wehrpflicht zurückzuführen. Dies zeigt sich insbesondere in der Zunahme der Männer, die sich für ein Studium in Rheinland-Pfalz entschieden. Deren Anzahl ist zwischen 2010 und 2011 um 19 Prozent gestiegen. Seit 2012 pendelte sich die Studienanfängerzahl bei 22 900 mit Abweichungen von 500 Personen nach oben und unten

Höchststand im Jahr 2011

G 2 Studienanfänger/-innen in den Studienjahren[1] 2005–2015 nach Geschlecht



1 Sommersemester und daran anschließendes Wintersemester.

in den Folgejahren ein. Während 2011 durch das Aussetzen der Wehrpflicht mehr Männer als Frauen ein Studium begannen, lag der Frauenanteil in den anderen Jahren der letzten Dekade über dem der Männer. Auffällig ist, dass seit 2005 die Zahl der Frauen mit einem Zuwachs von 31 Prozent deutlicher stieg als die der Männer (+25 Prozent).

Studienanfängerquote und Studienberechtigtenquote unter dem Bundesniveau

Studienanfängerquote deutlich über der Vorgabe des Wissenschaftsrats

Die sogenannte Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Im Jahr 1950 lag die Studienanfängerquote in Deutschland bei rund fünf Prozent, 1960 bei zwölf Prozent und Anfang der 90er-Jahre bei 20 Prozent.[2] Der Wissenschaftsrat setzte 2006 die Zielsetzung, eine Studienanfängerquote von 40 Prozent zu erreichen.[3] Dieser Wert wurde in Rheinland-Pfalz mit beinahe 50 Prozent 2015 deutlich übertroffen. Dennoch lag die Quote damit unter dem Bundesdurchschnitt, der mit 58 Prozent den dritthöchsten Wert der vergangenen zehn Jahre aufwies. Seit 2005 ist die Studienanfängerquote in Rheinland-Pfalz um elf und in Deutschland um 21 Prozentpunkte gestiegen. Damit nimmt ein immer größerer Teil der jungen Bevölkerung ein Studium auf.

Studienberechtigtenquote knapp unter 50 Prozent

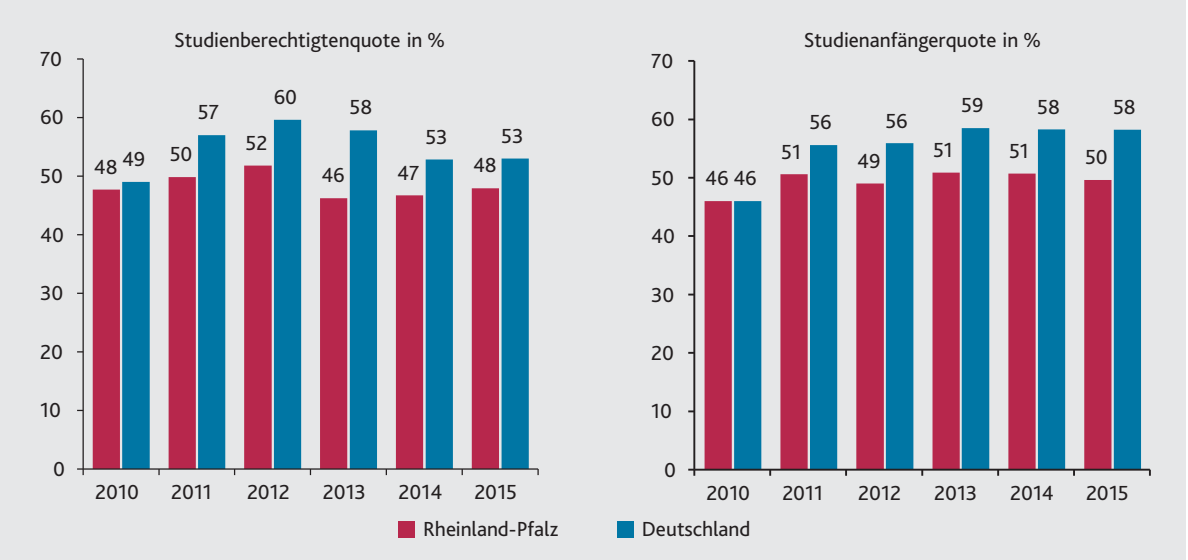
Die Unterschiede der Studienanfängerquote zwischen Rheinland-Pfalz und Deutschland zeichnen sich auch bei der Studienberechtigtenquote ab. Diese gibt an, welcher Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen eines Altersjahrgangs einen Schulabschluss hat, der zur Aufnahme eines Studiums berechtigt. Bei der Studienberechtigtenquote schlug der Wissenschaftsrat das Ziel vor, mindestens 50 Prozent der Schulabsolventinnen und -absolventen eines Altersjahrgangs sollen eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben.[4] Während auf Bundesebene dieser Zielwert mit 53 Prozent erreicht wurde, lag Rheinland-Pfalz mit 48 Prozent knapp darunter.

2 Teichler, U.: Hochschulbildung. In: Tippelt, R./ Schmidt, B. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. 2. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 431.

3 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Berlin 2006, S. 65.

4 Ebd.

G 3 Studienberechtigtenquote und Studienanfängerquote 2010–2015 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Erläuterungen

■ Universität, Wissenschaftliche Hochschule

Wissenschaftliche Hochschulen und Universitäten zeichnen sich in der Regel durch das Promotions- und Habilitationsrecht sowie durch einen umfassenden Fächerkanon aus. Sie sind sowohl Orte der universitären Lehre als auch der Forschung. Voraussetzung zur Aufnahme eines Studiums ist üblicherweise die fachgebundene oder Allgemeine Hochschulreife.

■ Fachhochschule, Hochschule für angewandte Wissenschaften

Fachhochschulen, inzwischen meist als „Hochschulen für angewandte Wissenschaften" betitelt, legen ihren Schwerpunkt auf eine anwendungsorientierte Hochschullehre und häufig auf einen Wissenschaftstransfer zur Wirtschaft. Voraussetzung zur Aufnahme eines Studiums ist in der Regel die Fachhochschulreife.

■ Verwaltungsfachhochschulen, Universität für Verwaltungswissenschaften

An Verwaltungsfachhochschulen werden Anwärterinnen und Anwärter auf den gehobenen Dienst ausgebildet. Daneben wurde im Jahr 1947 die Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften gegründet, die heute als Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer den Status einer wissenschaftlichen Hochschule hat. Sie gilt als Hauptausbildungsstätte für Verwaltungswissenschaften in Deutschland.

■ Studienberechtigtenquote

Seit dem Berichtsjahr 2006 erfolgt die Berechnung – wie auch bei der Studienanfänger- und der Absolventenquote – nach dem sogenannten Quotensummenverfahren. Das neue Verfahren führt zu einer belastbareren Kennzahl, die nicht durch Ausreißer in der Bevölkerungsentwicklung beeinflusst ist. Seit dem Jahr 2013 wird der ausschließlich schulische Teil der Fachhochschulreife nicht mehr als Studienberechtigung gezählt.

■ Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Land, in dem die Studienberechtigung erworben wurde, oder das Land des Studienortes gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren.

■ Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelorabschluss ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den Statistischen Berichten zu:

- Studienanfängerinnen und -anfängern,
- Studierenden, Gasthörerinnen und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal- und Personalstellen sowie Habilitationen
- Deutschlandstipendium und
- Hochschulfinanzen

auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bildung/.

Tendenz der Höherqualifizierung hält weiterhin an

Die langfristige Zunahme der Studienberechtigtenquote und der Studienanfängerquote deutet auf die zunehmende Tendenz der Höherqualifizierung der jungen Bevölkerung hin. Dem Erfolg eines höheren gesamtgesellschaftlichen Bildungsniveaus steht mit steigender Studienanfängerquote die von den Kammern und Berufsverbänden häufig betonte Schwierigkeit gegenüber, dass sich damit die Zahl der Ausbildungsinteressierten auf Facharbeiterebene verringere. Dies lässt sich nur teilweise belegen. Zwar sinkt die Zahl der Auszubildenden im dualen Berufsbildungssystem seit 2008 kontinuierlich. Gleichzeitig steigen die Schülerzahlen in vollschulischen Ausbildungen, beispielsweise an den Schulen des Gesundheitswesens oder an Fachschulen. Allerdings belegt dies den Trend der Höherqualifizierung ebenso: Denn viele Bildungsgänge an Schulen des Gesundheitswesens und an Fachschulen stehen im Kontext von Professionalisierungsbestrebungen an der Schwelle zur Akademisierung. Bereits heute werden bisherige Ausbildungen im Gesundheitswesen als Studiengänge zur Pflege (u. a. Philosophisch-theologische Hochschule Vallendar), zum Hebammenwesen (Hochschule Ludwigshafen) oder zur Physiotherapie (u. a. Hochschule Trier) angeboten.

Studienfachangebot stark ausgeweitet

Zunehmende Differenzierung des grundständigen Studienfachangebots

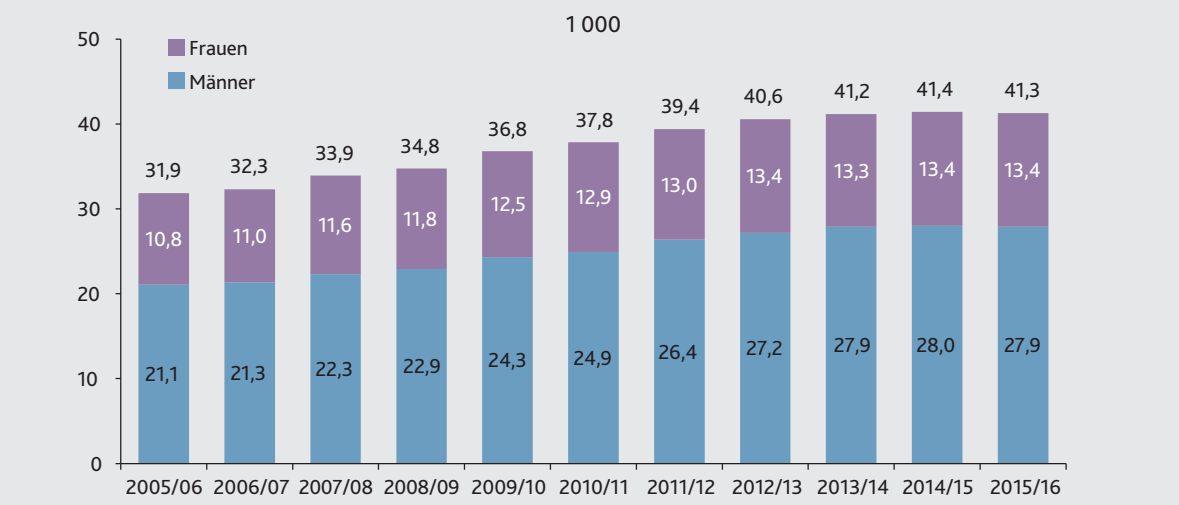
Bildungsübergänge wie die Studienwahl gelten als zunehmend komplexer werdende biografische Herausforderung für einzelne Individuen. Mit einer höheren strukturellen und fachlichen Differenzierung wird die Entscheidung für einen Studiengang, für einen Hochschulstandort oder für eine Hochschulart zunehmend schwieriger. Seit der Bologna-Reform 1999 hat sich dieses Phänomen als nicht intendierte Folge deutlich verschärft. Während sich das Studienfachangebot in den 30 Jahren vor der Bologna-Reform um 160 Prozent erhöhte, stieg das grundständige Studienangebot in den ersten zehn Jahren nach der Bologna-Reform um 1 400 Prozent.[5] Wo früher zwischen Elektrotechnik und Informatik unterschieden werden musste, stehen heute allein in der Informatik über 140 unterschiedliche grundständige Studienrichtungen deutschlandweit zur Auswahl. Eine rational abgewogene Studienwahl scheint unter dieser strukturell bedingten Multioptionalität ausgeschlossen – und dennoch wird gewählt. Neben rationalen Elementen der Entscheidung fließen insbesondere Sozialisations- und Geschlechtereinflüsse, aber auch räumliche, strukturelle und zufallsbedingte Faktoren in die Wahl mit ein.

Folgen einer zunehmenden Komplexität der Studienfachwahl

Aufgrund der Komplexität der Studienwahl kann dies zu Unsicherheiten, unvollendeten Entscheidungen oder Grenzen der Begründbarkeit, aber auch zu einer zunehmenden Öffnung zuvor geschlechterdifferenzierter Fachrichtungen führen. Ein typisches Beispiel ist die Belegung sogenannter MINT-Studienfächer. Unter MINT werden im Allgemeinen die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik verstanden. Die MINT-Studiengänge haben in der hochschul- und bildungspolitischen Diskussion einen hohen Stellenwert. Dies begründet sich in der weitreichenden Bedeutung technisch und naturwissenschaftlich hochqualifizierter Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Doch Frauen haben in der Vergangenheit eher selten einen MINT-Studiengang gewählt. Während in Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 insgesamt 10 814 Frauen einen mathematischen oder naturwissenschaftlich-technischen Studiengang belegten, waren es 2015 bereits 13 368 Studentinnen. Die zunehmende Zahl der Frauen in MINT-Fächern ist mitunter auf die Differenzierung der Studi-

5 Schröder, M.: Studienwahl – unter den Folgen einer radikalen Differenzierung. Bad Heilbrunn 2015.

G 4 Studierende in MINT-Studiengängen[1] 2005/06–2015/16 nach Geschlecht



1 MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik.

enfachangebote und auf die Forderung des Wissenschaftsrates zurückzuführen, Studienangebote und deren Curricula so zu entwickeln, dass diese durch „interdisziplinäre Themen mit gesellschaftlicher Relevanz" für junge Frauen besonders attraktiv werden.[6] So lag der Frauenanteil in ausgewählten anwendungsorientierten, interdisziplinären und gesellschaftsbezogenen MINT-Studiengängen wie Umwelt-Biowissenschaften (Universität Trier), Ecotoxicology (Universität Koblenz-Landau) oder Lebensmitteltechnik (Hochschule Trier) im Wintersemester 2015/16 bei über 50 Prozent.

Andererseits hat sich der Anteil der studierenden Frauen in den MINT-Fächern zwischen 2005 und 2015 nur geringfügig verändert. Dieser Befund deutet auf eine eher stereotypische Studienwahl hin, die durch Sozialisations- und Geschlechtereffekte geprägt ist. Dies zeigt sich insbesondere in der Darstellung der beliebtesten Studienfächer nach Geschlecht.

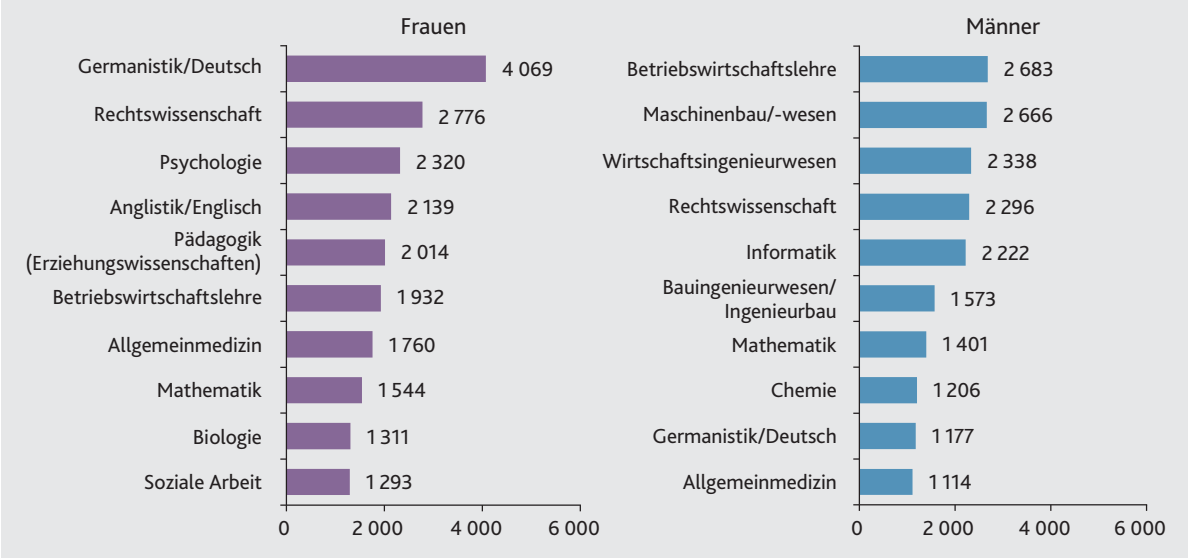
Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Studienfachwahl

In den zehn am häufigsten gewählten Studienfächern stehen bei Männern sechs MINT-Fächer, während bei Frauen lediglich Mathematik und Biologie, also klassische Lehramtsfächer, in der Spitzengruppe vertreten sind. Deutlich beliebter sind unter den jungen Frauen dagegen geistes-, sozial- und rechtswissenschaftliche Fächer. Mit rund 4 100 Studentinnen waren im Wintersemester 2015/16 die meisten Frauen in das Fach Germanistik/Deutsch eingeschrieben, gefolgt von den Fächern Rechtswissenschaft (2 800), Psychologie (2 300), Anglistik/Englisch (2 100) und Pädagogik (2 000). Bei den jungen Männern standen hingegen Betriebswirtschaft (2 700), Maschinenbau bzw. Maschinenwesen (2 700), Wirtschaftsingenieurwesen (2 300), Rechtswissenschaft (2 300) und Informatik (2 200) an der Spitze der meistgewählten Studienfächer. Auch wenn bildungspolitisch durch Initiativen wie dem MINT-Pakt[7] oder der Förde-

6 Wissenschaftsrat: Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Bremen 2012, S. 37.

7 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Memorandum zum nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen. Berlin 2008.

G 5 Studierende 2015/16 nach Geschlecht und den zehn am stärksten besetzten Studienfächern



rung des Girl's Day[8] den Genderstereotypen entgegengewirkt wird, sind geschlechterspezifische Unterschiede in der Studienfachwahl weiterhin vorhanden.

Internationalisierung der Hochschulen

Zunehmende Internationalisierungsstrategien seit Einführung der ERASMUS-Programme

Die Internationalisierung ist ein Entwicklungstrend der auch in der Hochschulpolitik zunehmend wahrgenommen, diskutiert und in der strategischen Ausrichtung der Hochschulen berücksichtigt wird. Im Rahmen der Bologna-Ministerkonferenz 2012 und der nationalen Wissenschaftskonferenz 2013 wurde die Mobilitätsstrategie 2020 für den Europäischen Hochschulraum und die Internationalisierung als Querschnittsaufgabe der Hochschulen festgelegt.[9]

Neben dem weltweiten Informationsaustausch und internationalen wissenschaftlichen Kooperationen soll in diesem Zusammenhang insbesondere die Bildungsmobilität gefördert werden, die spätestens mit Einführung der ERASMUS-Programme 1987 und der Bologna-Reform 1999 zu den strategischen Hochschulzielen gehört.[10] Die Wissenschaftsministerinnen und -minister haben einhergehend das Ziel ausgegeben, eine Willkommenskultur für Studierende aus dem Ausland auf- bzw. auszubauen. Parallel hierzu unterstützen das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) bereits seit Einführung der ERASMUS-Programme die studentische und wissenschaftliche Mobilität mit einer Vielzahl an Kampagnen und Austauschprogrammen.[11]

Zur empirischen Erfassung der Internationalisierung von Hochschulen sind zwei Merkmale der amtlichen Statistik hervorzuheben: (1) die Zahl der Studierenden mit

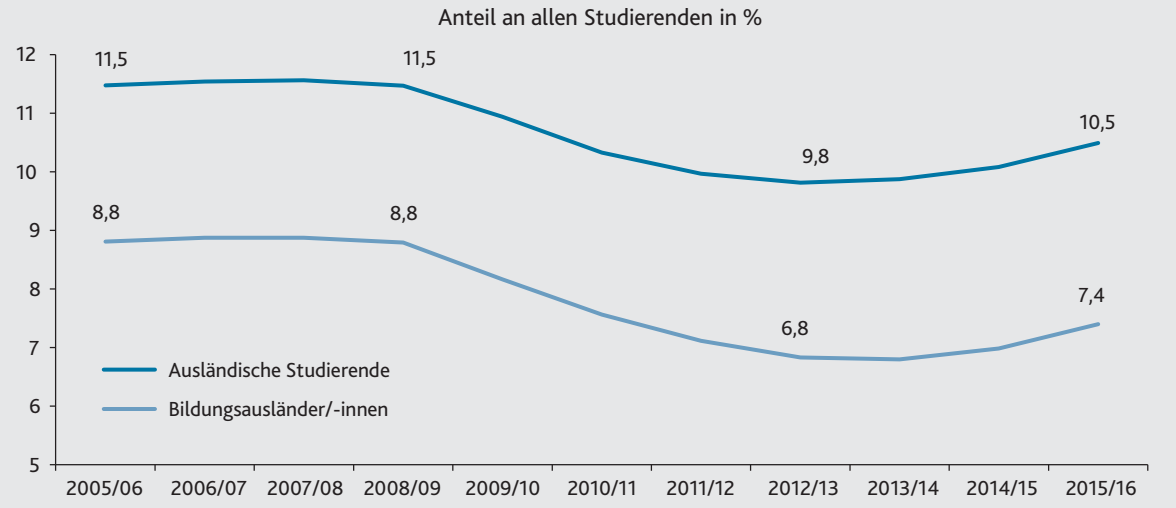
8 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Frauen in Bildung und Forschung. MINT-Pakt und Girls' Day. Berlin 2016.

9 Gemeinsame Wissenschaftskonferenz: Strategie der Wissenschaftsminister/innen von Bund und Ländern für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland. Beschluss der 18. Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz. Berlin 12.04.2013.

10 Teichler, U.: Hochschulbildung. In: Tippelt, R., Schmidt, B. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. 2. Aufl. Wiesbaden 2009, S. 439.

11 Bildungsministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Internationalisierung der Hochschulen. Berlin 2017.

G 6 Ausländische Studierende und Bildungsausländer/-innen[1] 2005/06–2015/16



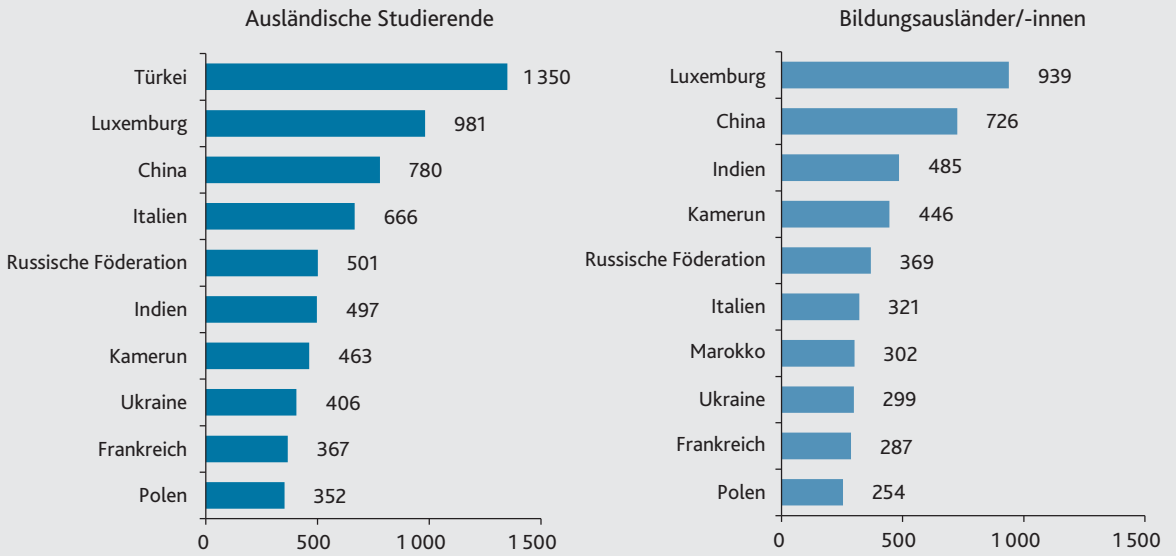
1 Studierende mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben.

Erfassung der Internationalisierung von Hochschulen in der amtlichen Statistik

ausländischer Staatsangehörigkeit, die aufzeigt, inwieweit Hochschulen durch eine interkulturelle Heterogenität geprägt sind, und (2) die Zahl der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben. Letztgenannte Zahl gibt über die internationale Bildungsmobilität von Studierenden und Studieninteressierten Auskunft.

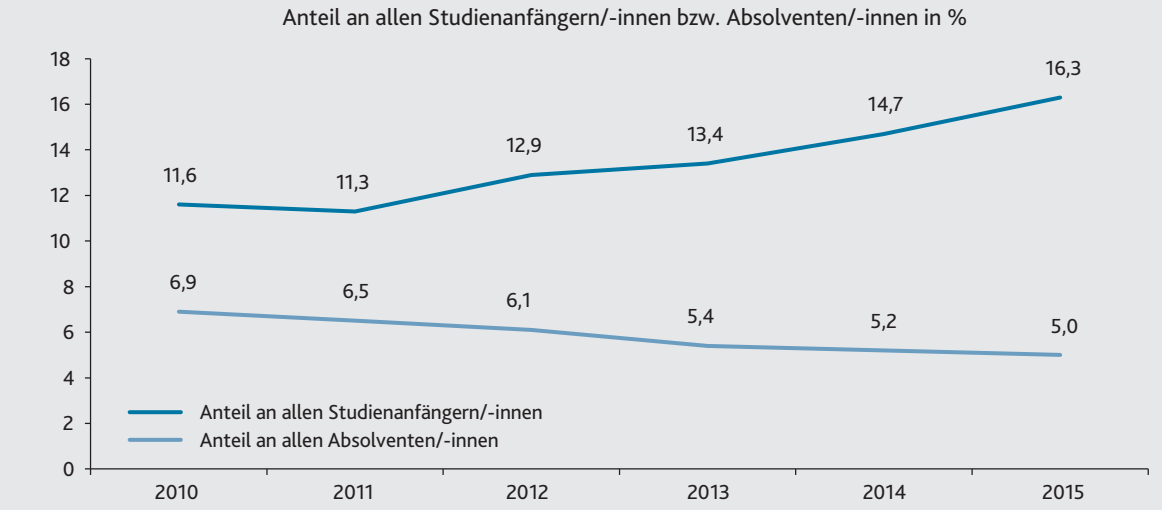
Mit 12 700 jungen Erwachsenen hatte jede bzw. jeder zehnte Studierende im Wintersemester 2015/16 eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit. Am häufigsten hatten auslän-

G 7 Ausländische Studierende und Bildungsausländer/-innen[1] 2015/16 nach Geschlecht und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten



1 Studierende mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben.

G 8 Bildungsausländer/-innen[1] 2010–2015



1 Studierende mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben. Berechnung des Anteils an der jeweiligen Bezugsgruppe durch das Statistische Bundesamt.

Die meisten ausländischen Studierenden mit türkischer Staatsangehörigkeit

dische Studierende eine türkische (1 350), luxemburgische (981) oder chinesische Staatsbürgerschaft (780). Auffällig ist, dass bereits an siebter Stelle Kamerun (463) als Land der Staatsangehörigkeit folgt. Dies ist im Wesentlichen auf die Anpassung des Schulgesetzes zurückzuführen, durch das in Kamerun ein zweisprachiges franko- und anglophones Bildungssystem gesetzlich verankert wurde.[12] Da Englisch und Französisch als Unterrichtssprache vermittelt werden, ist häufig Deutsch die erste Fremdsprache. Nach einer Studie des Auswärtigen Amts in Kooperation mit anderen Institutionen wie dem Goethe-Institut war Kamerun 2015 mit 229 200 Personen das Land mit den meisten Deutschlernenden in ganz Afrika.[13]

Von den nicht deutschen Studierenden waren 2015/16 rund 9 100 junge Erwachsene eingeschrieben, die nicht nur eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, sondern auch ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben. Diese Studierendengruppe wird als Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer bezeichnet. Während Studierende aus Luxemburg, China, Indien und Kamerun am häufigsten in dieser Gruppe vertreten waren, spielten türkischstämmige Studierende keine Rolle. Dies ist darauf zurückzuführen, dass zwar viele Studierende eine türkische Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben.

Die meisten Bildungsausländerinnen und -ausländer mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit

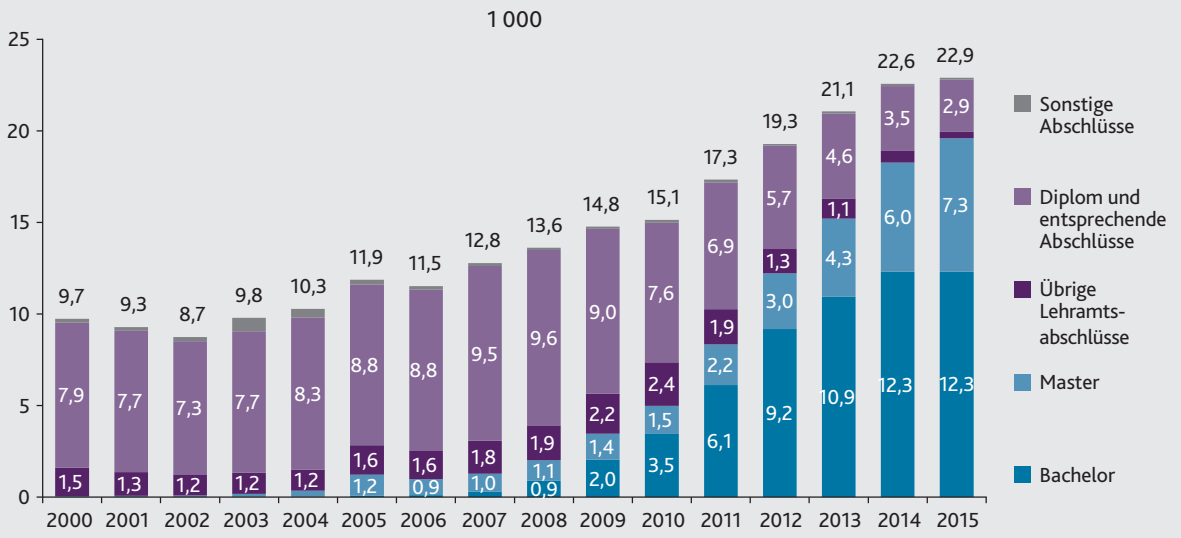
Steigender Anteil bei den Studienanfängerinnen und -anfängern, …

Durch die Fördermaßnahmen zur internationalen Bildungsmobilität stieg der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studienanfängerinnen und Studienanfängern von 2010 bis 2015 kontinuierlich an. Auffällig ist, dass zwar zunehmend mehr nicht deutsche Personen mit einer im Ausland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung ein Studium in Rheinland-Pfalz

12 Tcheumbeua, B.: Anglophon, frankophon, kamerunisch? Schulsystem oder Schulsysteme in Kamerun heute und morgen. In: Schelle, C. (Hrsg.): Schulsysteme, Unterricht und Bildung im mehrsprachigen frankophonen Westen und Norden Afrikas. Münster u.a. 2013, S. 120.

13 Auswärtiges Amt: Deutsch als Fremdsprache weltweit. Datenerhebung 2015. Berlin 2015.

G 9 Absolventen/-innen 2000–2015 nach Abschlussart[1]



1 Ohne Promotionen.

begannen, deren Anteil an den Absolventinnen und Absolventen gleichzeitig jedoch seit 2010 kontinuierlich abnahm.

... aber sinkender Anteil bei den Absolventinnen und Absolventen

Während der Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer bei Studienanfängerinnen und -anfängern von zwölf auf 16 Prozent stieg, verringerte sich ihr Anteil unter den Absolventinnen und Absolventen von sieben auf fünf Prozent. Eine naheliegende Schlussfolgerung ist, dass es neben mobilitätsfördernden Maßnahmen auch eines Ausbaus der Angebote der sozialen und sprachlichen Integration, des Mentorings und der professionellen Unterstützung bedarf, um ausländische Studierende an der Hochschule zu halten und ihnen einen erfolgreichen Abschluss zu ermöglichen.

Mehr Masterabsolventinnen und Absolventen

Im Prüfungsjahr 2015, das sich aus Wintersemester 2014/15 und Sommersemester 2015 zusammensetzt, schlossen in Rheinland-Pfalz 22 900 junge Erwachsene ihr Hochschulstudium erfolgreich ab. Seit 2000 stieg die Absolventenzahl um 135 Prozent. Einen erfolgreichen Bachelorabschluss erreichten insgesamt 12 300 Studierende, einen Masterabschluss knapp 7 300 Absolventinnen und Absolventen. Erstmals seit der durch die Bologna-Reform initiierten Umstellung des Studiensystems stagnierte in Rheinland-Pfalz die Zahl der Bachelorabsolventinnen und -absolventen im Vergleich zum Vorjahr, während die Absolventenzahl mit Masterabschluss um 22 Prozent zunahm.

Zahl der Bachelorabschlüsse stagniert

Die steigende Zahl der Masterabsolventinnen und -absolventen erklärt sich unter anderem dadurch, dass ein früher Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht ausschließlich positiv bewertet wird. So ergab eine DIHK-Umfrage von rund 2 000 Unternehmen, dass die Zufriedenheit mit Bachelorabsolventinnen und -absolventen von 63 Prozent im Jahr 2011 auf 47 Prozent im Jahr 2015 gesunken ist.[14] Damit ist nicht einmal jedes zweite Unter-

14 Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK): Kompetent und praxisnah – Erwartungen der Wirtschaft an Hochschulabsolventen. Ergebnisse einer DIHK Online-Unternehmensbefragung. Berlin/ Brüssel 2015.

nehmen mit den Bachelorabsolventinnen und -absolventen zufrieden. Wird danach gefragt, ob Bachelorabsolventinnen und -absolventen gut auf den Arbeitsmarkt vorbereitet sind, stimmen nur noch 16 Prozent der Betriebe zu. Mit Masterabsolventinnen und -absolventen sind laut der DIHK-Umfrage hingegen 78 Prozent der befragten Unternehmen zufrieden.

Weiterhin bestehen klassische Diplom- und Magisterabschlüsse

Die klassischen Abschlüsse, beispielsweise Diplom- oder Magisterabschlüsse, gehen seit der Einführung des Bachelor- und Mastersystems erwartungsgemäß zurück. Dennoch haben 2015 noch rund 2 900 Studierende einen Diplom- oder Magisterstudiengang erfolgreich abgeschlossen. Diese Zahl ist nicht ausschließlich auf Absolventinnen und Absolventen auslaufender Studiengänge zurückzuführen. Einige rheinland-pfälzische Hochschulen bieten weiterhin Diplomstudiengänge an. Dies begründet sich mit dem nach wie vor hohen Status des Diplomabschlusses im In- und Ausland.

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat „Schulen, Hochschulen und Berufsbildung“.

Vorschau

In der Mai-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse der Hochschulstatistik 2015/16 vorgestellt. Die Schwerpunkte bilden die Entwicklungen des Hochschulpersonals und das Thema Lehrerbildung.

Konzepte zur Weiterentwicklung der Unternehmensstatistiken

FRIBS und die Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs

Von Rainer Klein

Im Europäischen Statistischen System (ESS) wird mit dem Projekt „Framework Regulation Integrating Business Statistics" (FRIBS) ein Gesetzesvorhaben verfolgt, das alle rechtlichen Vorgaben für die Unternehmensstatistiken in der Europäischen Union (EU) zusammenfassen soll. Die veränderte Rechtsarchitektur soll die Auswertungsmöglichkeiten bestehender Statistiken flexibilisieren und die Reaktionszeiten der Unternehmensstatistik auf Bedarfsänderungen der Nutzerinnen und Nutzer deutlich verkürzen.

Die Weiterentwicklung der Unternehmensstatistiken ist auch vor dem Hintergrund der Globalisierung der Wirtschaft zu sehen. Die wachsende Bedeutung multinationaler Unternehmensgruppen macht Anpassungen im statistischen Produktionsprozess sowie in der Ergebnisdarstellung erforderlich. Während in Unternehmensstrukturstatistiken bisher Betriebe und rechtliche Einheiten dargestellt wurden, sollen die Ergebnisse zukünftig auch für Unternehmensgruppen veröffentlicht werden. In diesem Beitrag werden aktuelle Informationen zu FRIBS und zur Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs vorgestellt.

Weiterentwicklung von Unternehmensstatistiken im Europäischen Statistischen System

Unternehmensstatistiken werden durch das Unternehmensregister ergänzt

Die Vision des Europäischen Statistischen Systems (ESS) umfasst neben den Unternehmensstatistiken (Business Statistics) auch die Bereiche Sozialstatistik (People Europe) sowie Agrar- und Umweltstatistiken (Agriculture, Geospatial Environment). Jede dieser Säulen umfasst eine Reihe von primären Statistiken, die verschiedene Anforderungen erfüllen, die Eingang in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) finden und aus denen Indikatoren für die verschiedenen politischen Ziele und Maßnahmen abgeleitet werden sollen. Dabei soll das statistische Unternehmensregister (URS), die Datenbank mit Unternehmen und Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen, als zentrales Steuerungsinstrument zur Durchführung aller Unternehmensstatistiken fungieren. Geplant ist zudem die verstärkte Auswertung der im statistischen Unternehmensregister gespeicherten Daten. Im Rahmen des ESS wurden Ziele für die Umgestaltung der Unternehmensstatistiken in den Mitglied-

staaten festgelegt. Dies betrifft sowohl strukturelle Unternehmensstatistiken als auch Konjunkturstatistiken. Demnach sollen die europäischen Statistiken untereinander und im Zeitablauf konsistent und zwischen Regionen und Ländern besser vergleichbar sein, flexibler ausgewertet und schneller an Datenbedarfe angepasst werden können.

Zuverlässige und vergleichbare Daten für den Europäischen Binnenmarkt

Wesentlich sind hierbei die abgestimmte Verwendung statistischer Einheiten (z. B. Unternehmen, örtliche Einheit, fachliche Einheit, Unternehmensgruppe), einheitliche Merkmalsdefinitionen, aufeinander abgestimmte Periodizitäten und ein einheitliches Metadatensystem. Die Funktionsfähigkeit des Europäischen Binnenmarktes setzt klare Normen voraus, die für die Festlegung der beobachteten statistischen Einheiten sowie die Erhebung, Übermittlung und Veröffentlichung nationaler und gemeinschaftlicher statistischer Daten anzuwenden sind. Damit sollen Unternehmen, Finanzinstitute, Ministerien und andere Behörden sowie alle sonstigen Marktteilnehmer im Binnenmarkt zuverlässige und vergleichbare Informationen erhalten. Statistische Informationen über die Wirtschaft sind für die Unternehmen zur Beurteilung ihrer Wettbewerbsfähigkeit notwendig und dienen den Gemeinschaftsorganen zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen. Nur wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsame Definitionen statistischer Einheiten verwenden, können integrierte statistische Informationen mit der für die Verwaltung des Binnenmarktes erforderlichen Zuverlässigkeit, Schnelligkeit, Flexibilität und Gliederungstiefe geliefert werden. Welche statistische Einheit für eine bestimmte Erhebung oder Analyse zu verwenden ist, wird in spezifischen Rechtsvorschriften festgelegt.

Europäische Union steckt den methodischen und rechtlichen Rahmen ab

Mit dem Projekt „Framework Regulation Integrating Business Statistics“ (FRIBS) wurde ein Verordnungsentwurf für die gesamte Unternehmensstatistik auf europäischer Ebene erarbeitet. Auf der Ebene der Europäischen Union werden aufgrund des Subsidiaritätsprinzips damit jedoch vornehmlich die methodischen und rechtlichen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung geschaffen. Die Mitgliedstaaten sind für die Erfüllung der Datenanforderungen verantwortlich.

FRIBS-Rechtsarchitektur schränkt Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten ein

Implementierungsverordnungen sollen Flexibilität gewährleisten

Nach den Vorstellungen des europäischen Statistikamtes Eurostat spielt die Rechtsarchitektur im Projekt FRIBS eine entscheidende Rolle. Das Gesetzeswerk besteht aus einem Rahmengesetz, welches die wesentlichen Elemente der Unternehmensstatistik in Form einer Verordnung von Europäischem Parlament und Rat (Basisrechtsakt) festschreiben soll, sowie aus mehreren Implementierungsverordnungen, in denen Eurostat die einzelnen Datenanforderungen sowie die technischen Lieferbedingungen regeln möchte.

Die höhere Flexibilität der Unternehmensstatistiken soll gewährleistet werden, indem bestimmte Teile der Datenanforderungen (z. B. neue oder andere Datenbedarfe) über Implementierungsverordnungen beziehungsweise über delegierte Rechtsakte geändert werden können. Anders als bei den Verordnungen von Rat und Parlament ist bei delegierten Rechtsakten die Mitwirkungsmöglichkeit der Statistischen Ämter in den Mitgliedstaaten begrenzt. Verkürzte Entscheidungsverfahren werden im Wesentlichen durch die Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten erreicht. Es wäre damit

in Zukunft möglich, auf europäischer Ebene – ohne nationale Mitbestimmung – geänderte Datenanforderungen zu beschließen und durchzusetzen, die mit Mehrbelastungen der Auskunftspflichtigen und der Statistischen Ämter verbunden sein können.

Erhebliche Änderungen in einigen Wirtschaftsbereichen

Dienstleistungssektor soll statistisch noch besser abgebildet werden

Die aus FRIBS resultierenden Datenanforderungen und die einheitlichen Variablendefinitionen stehen weitgehend fest. Die wichtigsten Änderungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- In den jährlichen und mehrjährlichen Unternehmensstatistiken wird der Erfassungsbereich der Dienstleistungsstatistik um die Abschnitte P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheit und Sozialwesen) und R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) sowie um den Bereich S96 (Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen) der aktuellen Wirtschaftszweigsystematik WZ 2008 ergänzt.
- In den unterjährigen Konjunkturstatistiken im Dienstleistungsbereich sollen zusätzlich zu den bisher befragten Wirtschaftsbereichen die Abteilungen 68 (Grundstücks- und Wohnungswesen), 77 (Vermietung von beweglichen Gegenständen), sowie die Gruppen 81.1 (Hausmeisterdienste) und 81.3 (Garten- und Landschaftsbau) aufgenommen werden.
- Darüber hinaus soll der Abschnitt K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen) der Wirtschaftszweigsystematik erfasst werden.
- Umsätze im Dienstleistungsbereich sollen in Zukunft monatlich – statt vierteljährlich – nachgewiesen werden und es soll ein Produktionsindex für den Dienstleistungsbereich entwickelt, monatlich berechnet und veröffentlicht werden.
- Als Darstellungseinheit für alle Bereiche der Konjunkturstatistik soll generell die fachliche Einheit (fachlicher Unternehmensteil) gelten.
- Im Bereich der Unternehmensdemografie, die mit Daten des statistischen URS beobachtet wird, sind Erweiterungen geplant. Angaben hierzu sollen vierteljährlich sowie auf regionaler Ebene zur Verfügung stehen.
- Zur Beobachtung der Globalisierung sollen globale Wertschöpfungsketten (Global Value Chains) erfasst werden. Damit sollen Informationen über internationale Verflechtungen von Volkswirtschaften gewonnen werden.
- Lieferfristen für statistische Ergebnisse an Eurostat werden verkürzt, sodass für die Statistikproduktion weniger Zeit zur Verfügung steht.

FRIBS-Gesetzgebungsverfahren startet 2017

Ein Gesetzesentwurf zum Basisrechtsakt FRIBS liegt vor, sodass im Frühjahr 2017 das ordentliche Gesetzgebungsverfahren beginnen kann. Die Verordnung soll Ende 2018 in Kraft treten. Allerdings ist auch geplant, über notwendige Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen zu verhandeln.

Aussagekraft statistischer Ergebnisse hängt in hohem Maße von der Art der dargestellten statistischen Einheit ab

Ergebnisse für örtliche Einheiten lassen sich besser regionalisieren

Im Zusammenhang mit FRIBS spielen auch die Definition und die statistikspezifische Auswahl der statistischen Einheit eine wichtige Rolle. Die Interpretation statistischer Ergebnisse hängt in hohem Maße davon

ab, welche statistische Einheit (etwa rechtlich selbstständige Unternehmen, fachliche Einheiten, örtliche Einheiten oder Unternehmensgruppen) betrachtet wird. Wenn beispielsweise Daten nach Landkreisen und kreisfreien Städten regionalisiert werden sollen, dann eignen sich hierfür statistische Ergebnisse für örtliche Einheiten (Betriebe) deutlich besser als statistische Ergebnisse für Unternehmensgruppen.

Statistisches Unternehmen kann einer oder mehreren rechtlichen Einheiten entsprechen

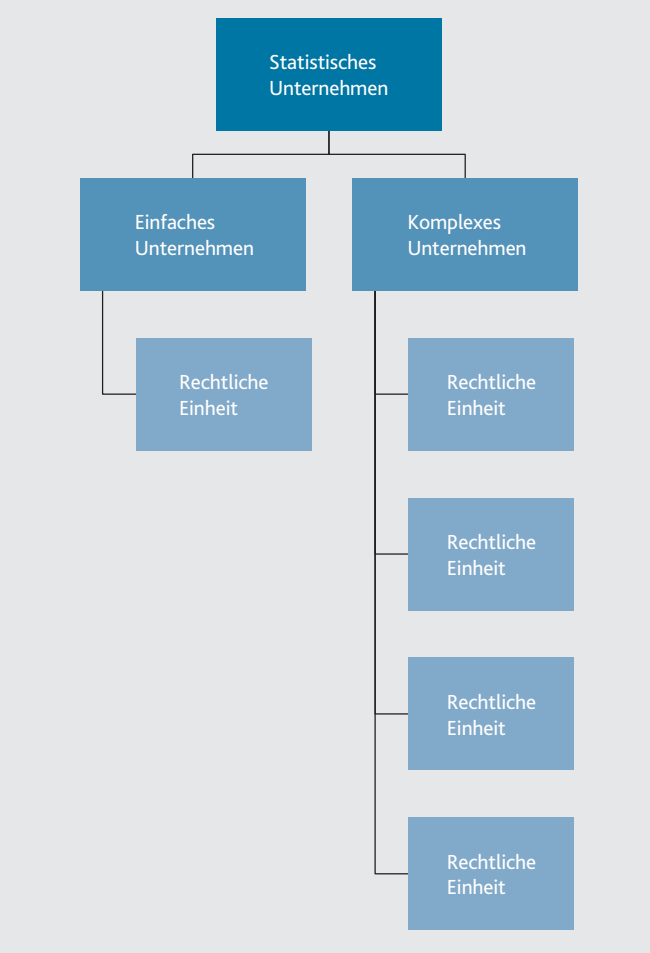
In der EU wird die Verwendung statistischer Einheiten in der Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft geregelt. Das Unternehmen im Sinne dieser Einheitenverordnung entspricht der kleinsten Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine Tätigkeit oder mehrere Tätigkeiten an einem Standort oder an mehreren Standorten aus.

Ein statistisches Unternehmen kann einer einzigen rechtlichen Einheit (einfaches Unternehmen) oder mehreren rechtlichen Einheiten (komplexes Unternehmen) entsprechen. Unternehmensgruppen (Konzerne) setzen sich aus mehreren komplexen Unternehmen zusammen.

EU-Einheitenverordnung wird bisher nicht einheitlich umgesetzt

Die Einheitenverordnung wird von vielen Mitgliedstaaten bisher nicht einheitlich umgesetzt, sodass die Vergleichbarkeit der europäischen Unternehmensstatistiken beeinträchtigt ist. Ein Unternehmen wird

Ü 1 Das Statistische Unternehmen



in Deutschland und vielen anderen Mitgliedstaaten mit der einzelnen rechtlichen Einheit gleichgesetzt. Als rechtliche Einheit gilt dabei die kleinste rechtliche Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Erhebungen mit Auskunftspflicht richten sich in Deutschland an rechtliche Einheiten beziehungsweise örtliche Einheiten (Betriebe). Berichtspflichtig sind in der Regel die Inhaber oder Leiter von Unternehmen oder Betrieben. Als Darstellungseinheiten fungieren Unternehmen, örtliche Einheiten sowie fachliche Unternehmensteile. Die Strukturstatistiken in Deutschland weisen in enger Anlehnung an die verschiedenen

Komplexe Strukturen von Unternehmen werden bisher nicht regelmäßig betrachtet

Statistikgesetze Ergebnisse für Unternehmen oder Betriebe nach. Komplexere Strukturen von Unternehmen werden nicht betrachtet.

Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs in Strukturstatistiken erfolgt losgelöst von FRIBS

Eurostat drängt auf Umsetzung der Einheitenverordnung

Ursprünglich sollte durch FRIBS auch die Einheitenverordnung überarbeitet werden. Aber die Definition der statistischen Einheiten wurde Ende 2014 aus den FRIBS-Entwürfen herausgenommen. Die bestehende Einheitenverordnung von 1993 soll weiter gelten und die Fachstatistiken, wie FRIBS sie regeln wird, sollen auf die dort verankerten Definitionen bezogen sein. Eurostat drängt auf die korrekte Anwendung der europäischen Unternehmensdefinition und fordert von den Mitgliedstaaten entsprechende Anpassungen in den Strukturstatistiken. Eurostat hatte im Mai 2015 seine Einschätzung geäußert, dass Deutschland die EU-Unternehmensdefinition gemäß Einheitenverordnung in der EU-Strukturstatistik nicht korrekt anwende.

Erste Ergebnisse für statistische Unternehmen Mitte 2020

Um in Zukunft den Datenbedarf der Europäischen Union gemäß der Einheitenverordnung erfüllen zu können, sind in den kommenden Jahren wesentliche Änderungen am Produktionsprozess der Unternehmensstatistiken notwendig. Vor diesem Hintergrund wurde Ende 2015 ein entsprechender Beschluss der Amtsleiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ausgearbeitet, der in einem Aktionsplan zusammengefasst wurde. Dieser Aktionsplan wurde im Dezember 2015 an Eurostat übermittelt und im April 2016 akzeptiert. Er sieht die erstmalige Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs in der Strukturstatistik frühestens für das Berichtsjahr 2018 vor. Ergebnisse für statistische Unternehmen wären im Juni 2020 an Eurostat zu übermitteln.

Von der Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs betroffene Strukturstatistiken

- Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau sowie in der Gewinnung von Steinen und Erden
- Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau sowie in der Gewinnung von Steinen und Erden
- Investitionserhebung bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Strukturerhebung im Baugewerbe
- Kostenstrukturerhebung im Baugewerbe
- Jahreserhebung einschließlich Investitionserhebung bei Unternehmen des Baugewerbes
- Investitionserhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Jahreserhebung im Handel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz
- Jahreserhebung im Gastgewerbe
- Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich

Der Aktionsplan umfasst drei wesentliche Elemente:

1. Das Profiling zur Erkennung von statistischen Unternehmen wird eingeführt.
2. Statistische Unternehmen werden im URS dokumentiert.
3. Statistische Unternehmen werden in den Strukturstatistiken verwendet.

Profiling ist eine Methode zur Untersuchung von Unternehmensstrukturen

Unternehmenszusammenhänge werden im URS abgebildet

Komplexere Strukturen von Unternehmen sollen künftig durch ein Profiling erkannt und im URS abgebildet werden. Es handelt sich dabei um eine Methode zur Analyse der rechtlichen, organisatorischen und rechnungslegenden Struktur einer Unternehmensgruppe. Das Profiling ermöglicht es, innerhalb einer Unternehmensgruppe die Unternehmen im Sinne der europäischen Einheitenverordnung zu identifizieren und damit eine Ausgangsbasis für die Gewinnung von Daten für diese Einheiten zu schaffen.

Die konsequente Anwendung der Unternehmensdefinition nach der Einheitenverordnung hat wiederum Folgen für das URS als zentrales Steuerungsinstrument. Die Berichtskreise für die Erhebungen der Unternehmensstatistiken werden regelmäßig aus dem URS bestimmt. Das URS ist eine Datenbank aller wirtschaftlich aktiven Unternehmen und ihrer örtlichen Einheiten, die deren wichtigste Merkmale enthält (Name, Adressen, Umsätze, Beschäftigte, Wirtschaftszweig, Kontrollbeziehungen usw.). Unternehmen und ihre Beziehungen zu den Einheitentypen „rechtliche Einheit" und „Unternehmensgruppen" sollen künftig im URS abgebildet und mindestens jährlich aktualisiert werden.

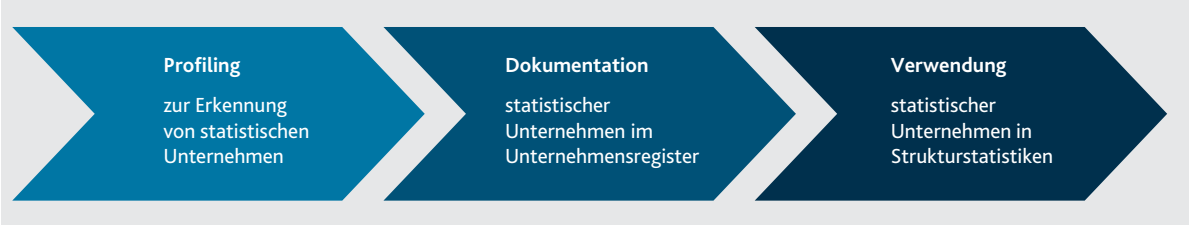
Die Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs in der Strukturstatistik setzt das Profiling und die Einführung und Pflege des statistischen Unternehmens im URS voraus.

Konsequenzen und Forderungen aus der Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs

Gravierende Änderungen in Statistikgesetzen werden vermieden

Die zuständigen Gremien der Statistischen Ämter verständigten sich darauf, dass in Deutschland größere Änderungen von Statistikgesetzen zu vermeiden sind. Allein wegen der Einführung des EU-Unternehmensbegriffs ist prinzipiell keine Änderung der nationalen Gesetze erforderlich, die die Strukturstatistiken regeln. Zuständigkeiten (zentrale und dezentrale Statistiken) und die wirtschaftsbereichsspezifische Ausgestaltung der Strukturstatistiken bleiben unverändert. Bestehende Programme zur Stichprobenziehung werden im Statistischen Bundesamt ergänzt bzw. weiterentwickelt. Bestehende Fachverfahren der Datenaufbereitung bleiben im Wesentlichen erhalten, gegebenenfalls erfolgt eine Anpassung im Rahmen der Wartung und Pflege. Strukturerhebungen werden also weiterhin bei den rechtlichen Einheiten durchgeführt. Die Datenaufbereitung beginnt bei der rechtlichen Einheit, muss aber zukünftig auch für das statistische Unternehmen erfolgen. Die für rechtliche Einheiten vorhandenen Programme zur Tabellierung der Ergebnisse sollen auch für statistische Unternehmen einsetzbar sein.

Ü 2 Wesentliche Elemente des Aktionsplans



Ergebnisse für rechtliche Einheiten werden weiterhin benötigt

Verfahren zur Imputation fehlender Werte und zur Konsolidierung von Umsätzen und anderer Merkmale, die für die Erstellung von Ergebnissen für statistische Unternehmen erforderlich sind, werden in Zusammenarbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entwickelt. Das statistische Unternehmen ist Darstellungseinheit. An Eurostat sind vom Statistischen Bundesamt Ergebnisse für diese statistischen Unternehmen zu liefern. Für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder und für andere Datenkonsumenten werden weiterhin valide Ergebnisse für rechtliche Einheiten auf der Ebene der Bundesländer bereitgestellt. Das Konzept muss den Datenanforderungen im föderalen System der amtlichen Statistik in Deutschland hinsichtlich der Ergebnisdarstellung für Bundesländer (Länderergebnisse) genügen. Unterschiedliche Ergebnisse für rechtliche Einheiten und statistische Unternehmen sind den Datenkonsumenten sachgerecht zu erklären.

Ausblick

Die statistischen Ämter in Deutschland sind auf dem Weg, die EU-Unternehmensdefinition umzusetzen und damit die Unternehmensstatistiken nachhaltig weiterzuentwickeln. In den Gremien des statistischen Verbundes wurde und wird das inhaltliche und organisatorische Vorgehen abgestimmt. Die Anwendung des EU-Unternehmensbegriffs in der Strukturstatistik macht die methodische Entwicklung eines Imputations- und eines Konsolidierungsansatzes sowie Anpassungen der Prozesse in den Fachstatistiken in einem engen Zeitrahmen erforderlich. In dem Zusammenhang muss auch die Entwicklung neuer IT-Lösungen (gemeinsame Datenhaltung, Durchführung der Imputation, Konsolidierung der Ergebnisse) bzw. die Anpassung vorhandener IT-Verfahren erfolgen.

Steuerungsgruppe koordiniert die weiteren Arbeiten

Für die Entwicklung eines Imputations- und eines Konsolidierungsansatzes wurden Bund-Länder-Arbeitsgruppen gegründet. Für die Ausarbeitung eines Imputationsansatzes sind vertiefte Methodenkenntnisse erforderlich. Eine Methodik zur Konsolidierung von Angaben für rechtliche Einheiten zu Informationen für statistische Unternehmen setzt zwingend Kenntnisse über die Rechnungslegung (Einzelabschlüsse und Konzernabschlüsse) in Unternehmen voraus. Die Referentenbesprechungen, die für die verschiedenen Unternehmensstrukturstatistiken zuständig sind, müssen die notwendigen Anpassungen bezüglich der Prozesse und IT-Anwendungen der fachspezifischen Verfahren in ihrer jeweiligen Zuständigkeit initiieren.

Zudem sind statistikübergreifend weitere Themen wie etwa die Entwicklung einer Einführungsstrategie, Fragen der statistischen Geheimhaltung bei Doppelveröffentlichungen und Konsistenzprüfungen zu behandeln. Die Koordination der weiteren Arbeiten wird hierbei von einer Steuerungsgruppe wahrgenommen, die auch den Leitungsgremien der Statistischen Ämter regelmäßig Bericht erstattet.

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Unternehmensstatistiken, Verdienste, Preise“ und ist Mitglied der Bund-Länder-Steuerungsgruppe „Umsetzung des EU-Unternehmensbegriffs in den Strukturstatistiken ab dem Berichtsjahr 2018“.

Die Konjunkturberichterstattung des Statistischen Landesamtes

Dr. Ludwig Böckmann

Das Statistische Landesamt berichtet regelmäßig über die konjunkturelle Lage in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Dazu werden konjunkturrelevante Daten bei Betrieben bzw. Unternehmen in der Industrie, im Baugewerbe, im Handel, im Gastgewerbe und in ausgewählten sonstigen Dienstleistungsbereichen erhoben bzw. aus vorhandenen Verwaltungsregistern gezogen. Hinzu kommen Daten aus anderen Erhebungen und aus Gesamtrechenwerken der amtlichen Statistik. Aus den Daten werden Kennzahlen berechnet. Schwankungen dieser Kennzahlen im Zeitablauf sind nicht nur konjunkturbedingt. Auf die Ergebnisse wirken auch andere Faktoren; kurzfristig gibt es z. B. saisonale Einflüsse und Kalendereffekte. Um die konjunkturelle Lage und Entwicklung beurteilen zu können, müssen die Ursprungswerte von den nicht-konjunkturellen Einflüssen „bereinigt" werden. In diesem Beitrag wird ein Überblick über die Inhalte und die Verfahrensweisen der Konjunkturberichterstattung des Statistischen Landesamtes gegeben.

Was ist Konjunktur und wie wird sie gemessen?

Mehrjährige Schwankungen der ökonomischen Aktivitäten

Als Konjunktur werden die mehrjährigen Schwankungen der ökonomischen Aktivitäten in einer Volkswirtschaft bezeichnet. Auf Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Booms folgen Phasen des Abschwungs und der Depression. Solche mehr oder weniger regelmäßigen Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivitäten sind „ein unvermeidliches, charakteristisches Merkmal einer sich dynamisch anpassenden Marktwirtschaft".[1]

Erste systematische Analyse der Konjunktur bereits Mitte des 19. Jahrhunderts

Seit langem wird versucht, konjunkturelle Schwankungen zu beschreiben, theoretisch zu erklären und zu prognostizieren. Beschreibung, Diagnose und Prognose des Konjunkturverlaufs setzen Indikatoren voraus, die die wirtschaftliche Situation in einer Volkswirtschaft möglichst frühzeitig und zuverlässig anzeigen. Der erste Versuch, die Konjunktur systematisch anhand von Zeitreihen ausgewählter Indikatoren zu beschreiben und zu analysieren, geht auf den französischen Arzt Clement Juglar (1819–1905) zurück. Juglar diagnostizierte für Frankreich und für das Vereinigte Königreich durch die Beobachtung von Diskontsätzen und Preisen konjunkturelle Schwankungen mit einer Zykluslänge von sieben bis elf Jahren und

1 Landmann, O.: Die Entwicklung der Konjunkturtheorie. In: Kommission für Konjunkturfragen: Jahresbericht 2007. 75 Jahre KfK – Ein umfassender Rückblick auf die Konjunkturentwicklung und -politik der Schweiz. Bern 2007, S. 74.

erklärte sie durch Investitionsphasen. Später wurden weitere Zyklen „entdeckt": Joseph Kitchin (1861–1932) fand für die USA und für Großbritannien einen drei- bis vierjährigen Zyklus, der auf Schwankungen in der Lagerhaltung der Unternehmen beruhte. Auf den russischen Ökonomen Nikolai Kondratjew (1892–1938) geht ein langwelliger Zyklus von 50 bis 60 Jahren zurück, den der österreichische Nationalökonom Josef Schumpeter (1883–1950) später mit grundlegenden technologischen Innovationen begründete.[2]

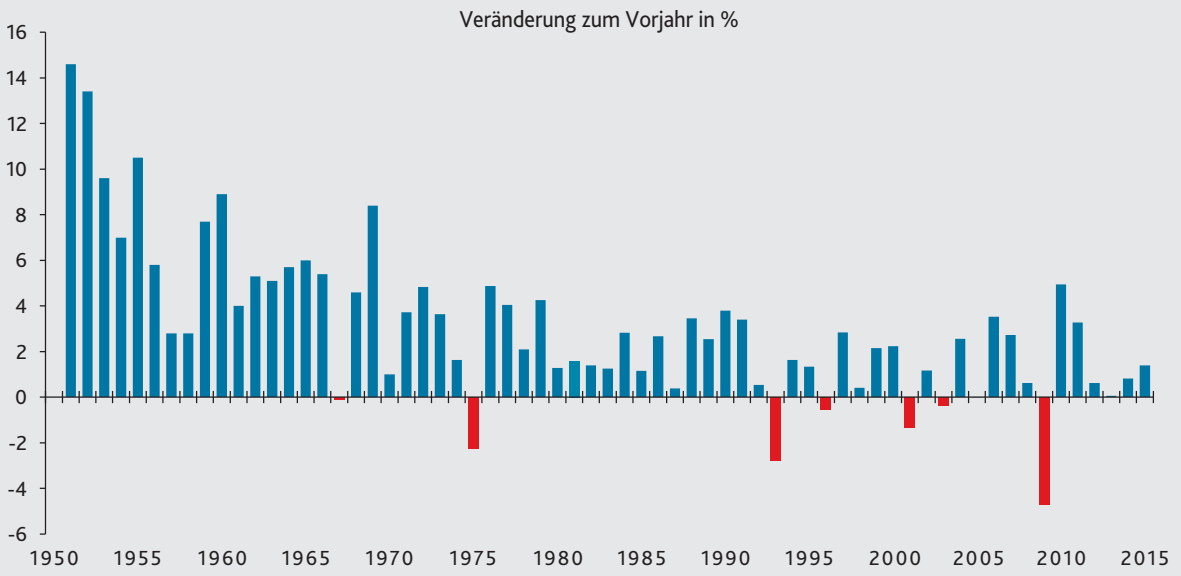
Das Konjunkturphänomen zeigte sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und in Rheinland-Pfalz eher durch die Beschleunigung und die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums; ausgeprägte Konjunkturauf- und -abschwünge waren in dieser Zeit nur selten zu beobachten. Tiefe Rezessionen mit deutlich rückläufigen ökonomischen Aktivitäten gab es in den vergangenen 70 Jahren nur vier Mal, nämlich 1975 als Folge der Ölkrise, 1993 in Form einer Anpassungskrise nach dem Wiedervereinigungsboom, 2001 nach dem Platzen der Dotcom-Blase und schließlich 2009 als Folge der Immobilien- und Finanzmarktkrise in den USA. In der empirischen Wirtschaftsforschung wird die Konjunktur deshalb meistens mithilfe der schwankenden Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials operationalisiert.[3] Das Inlandsprodukt, das ein umfassendes Maß für die wirtschaftlichen Aktivitäten ist, schwankt (nicht unbedingt regelmäßig) um das trendmäßig wachsende Produktionspotenzial. Das Wachstum des Produktionspotenzials wird durch die Entwicklung

Konjunktur als schwankende Auslastung des Produktionspotenzials definiert

2 Vgl. Schumpeter, J.: Konjunkturzyklen. Göttingen 2010, S. 174ff.

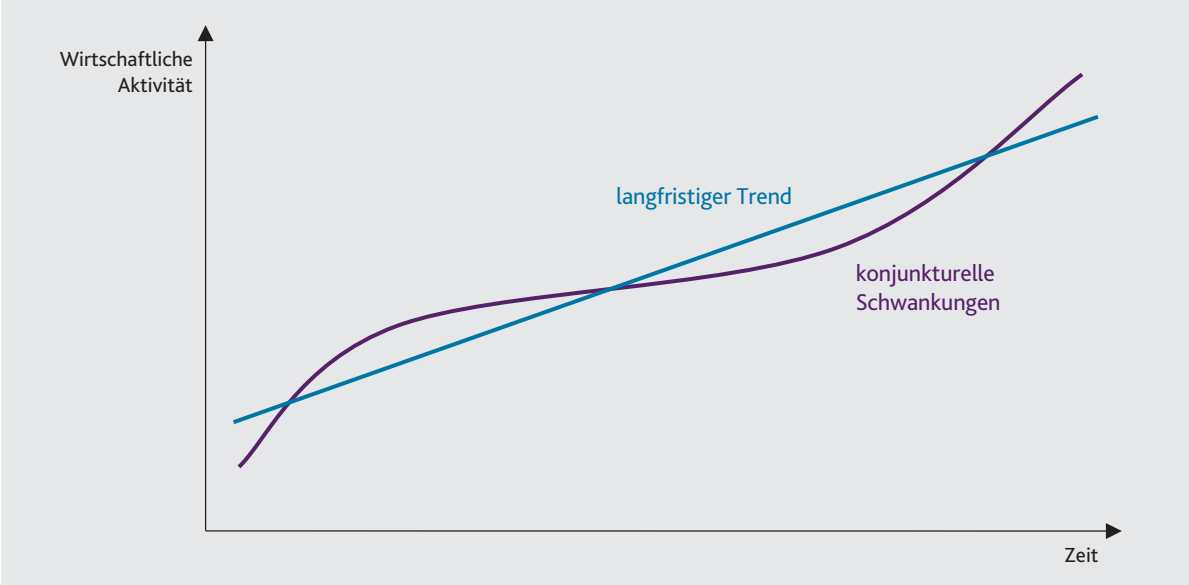
3 Vgl. Maußner, A.: Konjunktur. Berlin/Heidelberg 1994, S. 5f.; Schips, B.: Konjunkturtheorie und empirische Konjunkturanalyse. HWWA Discussion Paper 177. Hamburg 2002, S. 10f.

G 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 1950–2015[1]



1 Die Ergebisse von 1950 bis 1970 (berechnet in Preisen von 1991; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 1998; Ergebnisse der Revision 1991) und von 1971 bis 1991 (berechnet in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2010; Ergebnisse der Revision 2005) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen ab 1991 (berechnet in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2015/Februar 2016; Ergebnisse der Revision 2014) vergleichbar.

G 2 Stilisierter Konjunkturzyklus



des Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und vor allem durch den technischen Fortschritt bestimmt. In der tatsächlichen Entwicklung des Inlandsprodukts spiegelt sich das Auf und Ab der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wider. Es ergeben sich Über- und Unterauslastungen des Produktionspotenzials (respektive seiner Normalauslastung), die als „Output gaps" bezeichnet werden.

Indikatoren zur Beobachtung der Konjunktur

Qualitative Indikatoren zur Beobachtung der Konjunktur

Zur zeitnahen Beobachtung der Konjunktur und zur kurz- und mittelfristigen Prognose des künftigen Konjunkturverlaufs werden zahlreiche qualitative und quantitative Indikatoren herangezogen. Qualitative Indikatoren beruhen auf Einschätzungen von Unternehmen, Konsumenten und Fachleuten, für die die konjunkturelle Lage und Entwicklung entscheidungsrelevant sind. Die Einschätzungen werden durch Befragungen gewonnen. Der am meisten beachtete qualitative Konjunkturindikator in Deutschland ist der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft. Weitere wichtige qualitative Indikatoren sind der ZEW-Index und das GfK Konsumklima:

- Für den Geschäftsklimaindex befragt das Münchener ifo Institut seit 1972 monatlich 7 000 Unternehmen nach ihrer Einschätzung der aktuellen Geschäftslage und nach ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. ifo Index
- Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim ermittelt die Konjunkturerwartungen von Finanzexperten. Dazu befragt das ZEW seit 1991 monatlich rund 350 Experten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen. ZEW-Index
- Der Konsumklimaindex ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg erhebt monatlich bei 2 000 repräsentativ ausgewählten Personen die Konjunkturerwartung, die Einkommenserwartung und die Konsum- und Ausgabenneigung. GfK-Konsumklimaindex

Der Vorteil dieser Indikatoren liegt vor allem darin, dass sie sehr früh zur Beurteilung der konjunkturellen Lage und Entwicklung zur Verfügung stehen.

Quantitative Konjunkturindikatoren der amtlichen Statistik

Quantitative Indikatoren zur Konjunkturbeobachtung berechnen vor allem die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Für die Konjunkturberichterstattung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz werden aus den „harten" Daten der Wirtschaftsstatistiken für die Gesamtwirtschaft, für einzelne Wirtschaftsbereiche und für ausgewählte Branchen zahlreiche quantitative Indikatoren gewonnen:

Indikatoren aus der VGR

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" ermittelt u. a. das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfungen der Wirtschaftsbereiche Industrie, Baugewerbe und Dienstleistungen – allerdings nur für Kalenderjahre. Seit kurzem schätzt das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz auch unterjährige Wachstumsraten für die Wirtschaftsleistung, und zwar mithilfe eines ökonometrischen Verfahrens, das die Jahresergebnisse zur Wertschöpfung auf die vier Quartale eines Jahres „verteilt". Das Verfahren nutzt dazu Informationen, die unterjährig aus diversen Wirtschaftsstatistiken vorliegen. Die Methodik zur Berechnung von Quartalswerten für die Wirtschaftsleistungen wird in einer späteren Ausgabe der Statistischen Monatshefte erläutert.

Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken …

Im Rahmen der Unternehmensstatistiken gewinnen die Statistischen Ämter bei Betrieben bzw. Unternehmen durch Erhebungen mit Auskunftspflicht bzw. aus Verwaltungsregistern Daten, die eine Einschätzung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen und Branchen ermöglichen:

… für die Industrie

- Für die Konjunkturbeobachtung in der rheinland-pfälzischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) erhebt das Statistische Landesamt monatlich bei rund 1 000 Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten (Vollerhebung mit Abschneidegrenze) unter anderem Produktionswerte, Umsätze, Auftragseingänge und geleistete Arbeitsstunden. Damit sind gut sieben Prozent aller Industriebetriebe im Land in die Konjunkturstatistik einbezogen. Umsätze und Auftragseingänge werden differenziert nach Inland und Ausland erfasst und ermöglichen so eine Einschätzung, ob die Industriekonjunktur eher durch inländische oder durch ausländische Entwicklungen beeinflusst ist.

… für das Baugewerbe

- Für das Bauhauptgewerbe befragt die amtliche Statistik etwa 380 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten monatlich zu Umsätzen, Auftragseingängen und geleistete Arbeitsstunden; das sind knapp sieben Prozent aller Betriebe des Bauhauptgewerbes. Die Daten liegen differenziert nach Bauarten (Hoch- und Tiefbau) und Auftraggebern (z. B. öffentlicher oder gewerblicher Tiefbau) vor.
- Im Ausbaugewerbe stehen für die Konjunkturberichterstattung nur Umsätze und geleistete Arbeitsstunden zur Verfügung. Sie werden quartalsweise bei etwa 420 Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfragt (drei Prozent aller Betriebe im Ausbaugewerbe).

… für den Handel

- Für die drei Bereiche des Handels (Groß-, Einzel-, Kfz-Handel), für das Gastgewerbe und für die „Sonstigen Dienstleistungsbereiche" stehen als spezifische Konjunkturindikatoren ebenfalls nur die Umsätze zur Verfügung.

Im Einzelhandel erfolgt die monatliche Erhebung der Umsätze mit einer Stichprobe aus Einzelhandelsunternehmen, die im Jahr mehr als 250 000 Euro umsetzen. Etwa 1 500 Unternehmen bzw. knapp neun Prozent aller Einzelhandelsunternehmen in Rheinland-Pfalz sind in dieser Stichprobe vertreten.

Im Kfz-Handel werden rund 140 Unternehmen mit mindestens zehn Millionen Euro Jahresumsatz oder mindestens 100 Beschäftigten befragt; das sind gut zwei Prozent aller Unternehmen im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel. Im Großhandel erfolgt die Konjunkturerhebung bei etwa 220 Unternehmen mit mindestens 20 Millionen Euro Jahresumsatz oder mindestens 100 Beschäftigten zu ihren Umsätzen; das sind knapp drei Prozent der Großhandelsunternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz. Für die übrigen Kfz- und Großhandelsunternehmen werden die Umsätze aus dem Verwaltungsdatenspeicher entnommen (Mixmodell mit Stichproben- und Verwaltungsdaten). Der Verwaltungsdatenspeicher enthält die Umsätze, die den Finanzverwaltungen im Zuge der Umsatzsteuervoranmeldungen gemeldet werden.

Zur monatlichen Konjunkturstatistik im Gastgewerbe befragt die amtliche Statistik rund 230 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 150 000 Euro (1,6 Prozent aller Unternehmen des Gastgewerbes).

… für die „sonstigen Dienstleistungsbereiche“

In den „sonstigen Dienstleistungsbereichen“, zu denen die Bereiche „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“, „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister“ sowie „sonstige wirtschaftliche Unternehmensdienstleister“ zählen, erhebt das Statistische Landesamt quartalsweise die Umsätze bei 240 Freiberuflern bzw. Unternehmen mit mindestens 15 Millionen Euro Jahresumsatz und/oder mindestens 250 Beschäftigten. Das sind 0,7 Prozent aller Unternehmen in diesen vier Dienstleistungsbereichen. Daten zu allen anderen Einheiten dieses heterogenen Wirtschaftsbereichs kommen – wie für den Kfz- und Großhandel – aus dem Verwaltungsdatenspeicher (Mixmodell).

Um ein zuverlässiges Bild von der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu bekommen, werden also insgesamt rund 3 900 rheinland-pfälzische Unternehmen befragt; das sind 2,3 Prozent aller Unternehmen in Rheinland-Pfalz. Diese Unternehmen generieren 60 Prozent der gesamten Umsätze.

Verbraucherpreisindex

Über die Kennzahlen zur Wirtschaftsleistung hinaus umfasst die Konjunkturberichterstattung des Statistischen Landesamtes auch Indikatoren zur Preisentwicklung und zu den Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Zur Beobachtung der Preise erhebt das Statistische Landesamt monatlich den Verbraucherpreisindex (VPI), der als gesamtwirtschaftliche Kennzahl für die Geldwertstabilität gilt. Aus den Daten der Preiserhebung wird auch die sogenannte Kerninflationsrate berechnet. Sie dient dazu, längerfristige Trends in der Entwicklung des Geldwertes zu erkennen. Deshalb werden bei diesem Index die Preise von Gütern, die besonders schwankungsanfällig sind, nicht berücksichtigt – dazu zählen insbesondere Güter aus den Gruppen „Nahrungsmittel“ und „Energie“. Die Kerninflationsrate ist zwar keine Zielgröße, aber eine wichtige Orientierungsgröße für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Arbeitsmarkt-indikatoren

Daten zur Arbeitsmarktbeobachtung stellt die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung. Für die Konjunkturbeobachtung ist die Zahl der Arbeitslosen bzw. die Arbeitslosenquote sowie die Zahl der gemeldeten offenen Stellen relevant. Die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials lässt sich anhand der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen und des Arbeitsvolumens beurteilen. Sie werden für Rheinland-Pfalz und die anderen Bundesländer vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" bereitgestellt.

Produktionsleistungen, Umsätze, geleistete Arbeitsstunden und die Wertschöpfung sind Indikatoren, die annähernd mit der Konjunktur gleichlaufen und folglich anzeigen, in welcher Lage sich die Wirtschaft am aktuellen Rand befindet. Auftragseingänge sind dagegen Frühindikatoren. Sie laufen der Konjunktur zum Teil um mehrere Monate voraus und zeigen an, wie sich Produktionsleistungen, Umsätze und Arbeitseinsätze in den kommenden Monaten entwickeln könnten. Der Verbraucherpreisindex ist ein sogenannter Spannungsindikator: Rasch steigende Preise signalisieren ausgelastete Produktionskapazitäten, fallende Preise zeigen unterausgelastete Kapazitäten an. Beschäftigung, gemeldete Stellen und Arbeitslose sind nachlaufende Indikatoren. Sie reagieren erst mit Zeitverzögerung auf schwächere Produktionsleistungen und Umsätze und werden deshalb auch als Spätindikatoren der Konjunktur bezeichnet.

Bereinigung der Daten zur Konjunkturbeobachtung

Preisbereinigte Indikatoren

Wünschenswert sind für die Beurteilung der Konjunkturentwicklung grundsätzlich preisbereinigte Indikatoren. Zuwächse der Produktionsleistung, des Umsatzes oder der Wertschöpfung, die nur auf Preiserhöhungen beruhen, verbessern nicht die Auslastung der Produktionsfaktoren in der Volkswirtschaft. Preisbereinigt stehen aber nur die Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft, die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche, der Produktions- und der Auftragseingangsindex für die Industrie sowie die Umsätze in den drei Bereichen des Handels und im Gastgewerbe zur Verfügung. Alle anderen Indikatoren können aufgrund fehlender Informationen nicht von Preiseinflüssen bereinigt werden. Die Entwicklung dieser Kennzahlen kann also sowohl auf Mengen- als auch auf Preisveränderungen beeinflusst sein. Das muss bei der Interpretation berücksichtigt werden.

Saisonale und Kalendereinflüsse

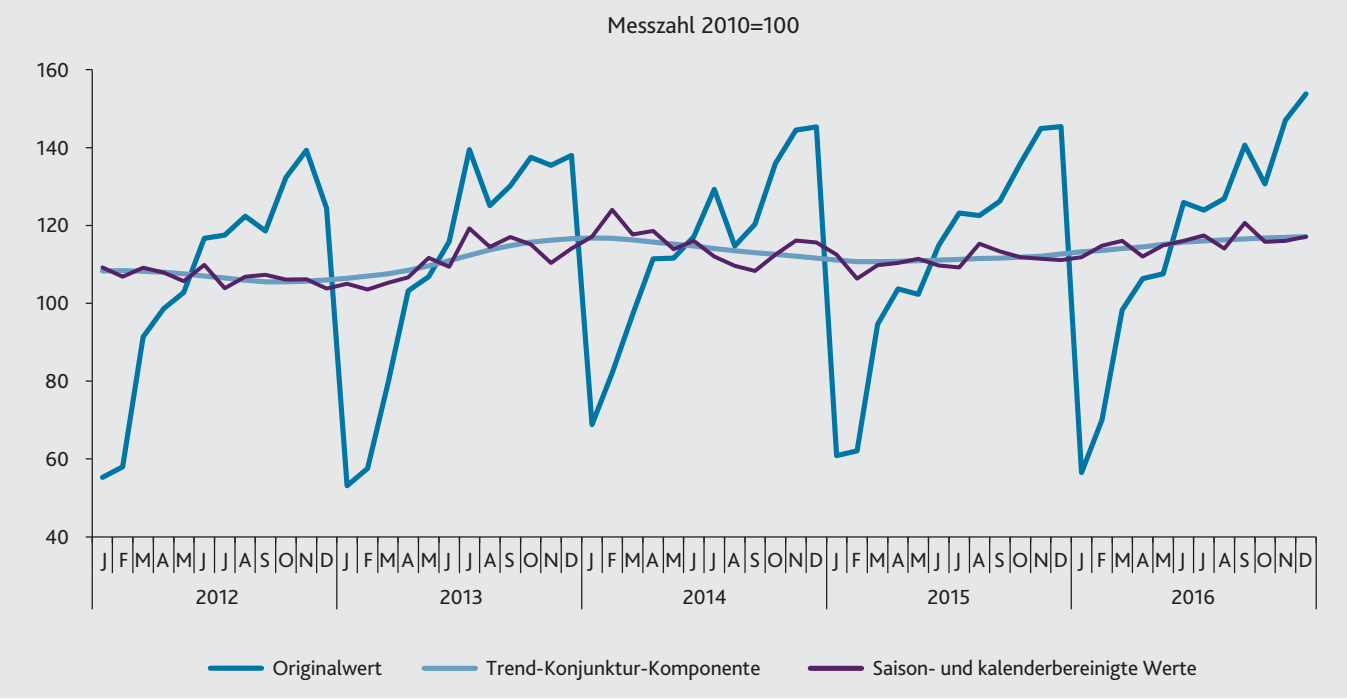
In vielen Bereichen wirken auf die unterjährigen Zeitreihen der Indikatoren saisonale Einflüsse, die den längerfristigen (Wachstums-) Trend und die mittelfristige konjunkturelle Entwicklung überlagern. Deutlich erkennbar ist der (oft witterungsbedingte) saisonale Einfluss beispielsweise in der Zeitreihe der Umsätze im Bauhauptgewerbe. Die niedrigsten Werte werden für diesen Index oft im Januar/Februar und die höchsten Werte im Herbst eines Jahres erreicht. Auch in einigen Bereichen der Konsumgüterproduktion treten ausgeprägte saisonale Schwankungen auf (z. B. vor Ostern oder vor Weihnachten). Im Gastgewerbe gibt es charakteristische Schwankungen durch „Brückentage" und Ferienzeiten. Kalendermäßige Effekte entstehen dadurch, dass sich Feiertage oder Ferienzeiten zwischen Monaten bzw. zwischen Quartalen verschieben. So liegen der Karfreitag und die Osterfeiertage 2017 im April, während sie 2016 im März lagen; sie verschieben sich also vom ersten in das zweite Quartal. Dadurch ändert sich die Zahl der Arbeitstage in einem Monat bzw.

Ü 1 Konjunkturberichterstattung des Statistischen Landesamtes

Bereich	Indikator	Periodizität		
		monatlich	quartalsweise	jährlich
Indikatoren aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen				
Gesamtwirtschaft	preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt	x	KA	WB
Wirtschaftsbereiche				
Industrie	preisbereinigte Bruttowertschöpfung	x	KA	WB
Baugewerbe		x	KA	WB
Dienstleistungsbereiche		x	KA	WB
Indikatoren aus der Erwerbstätigenrechnung				
Gesamtwirtschaft	Erwerbstätige	x	PM + KA	WB
	Arbeitsvolumen	x	x	WB
Wirtschaftsbereiche				
Industrie	Erwerbstätige	x	PM+KA	WB
Baugewerbe		x	PM+KA	WB
Dienstleistungsbereiche		x	PM+KA	WB
Indikatoren der Bundesagentur für Arbeit				
Gesamtwirtschaft	Arbeitslose	KA	x	WB
	Arbeitslosenquote	KA	x	WB
	gemeldete Stellen	KA	x	WB
Gesamtwirtschaft und Wirtschaftsbereiche	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	x	KA	WB
Indikatoren aus der Preiserhebung				
Gesamtwirtschaft	Verbraucherpreisindex	PM+KA	x	PM+WB
	Kerninflation	PM+KA	x	PM+WB
Indikatoren aus den Konjunkturerhebungen bei Unternehmen				
Industrie	Produktionsindex	PM	KA	PM+WB
	Umsatz	PM	KA	PM+WB
	Auftragseingangsindex	PM	KA	PM+WB
	geleistete Arbeitsstunden	x	KA	PM+WB
Ausgewählte Branchen	Produktionsindex	PM	KA	WB
Chemie	Umsätze	PM	KA	WB
Fahrzeugbau	Auftragseingangsindex	PM	KA	WB
Maschinenbau	geleistete Arbeitsstunden	x	KA	WB
Güterhauptgruppen	Produktionsindex	PM	KA	WB
Vorleistungsgüter	Umsätze	PM	KA	WB
Investitionsgüter	Auftragseingangsindex	PM	KA	WB
Konsumgüter	geleistete Arbeitsstunden	x	KA	WB
Bauhauptgewerbe	Umsatz	PM	KA	PM+WB
	Auftragseingang	PM	KA	PM+WB
	geleistete Arbeitsstunden	x	KA	WB
Ausbaugewerbe	Umsatz	x	KA	PM+WB
	geleistete Arbeitsstunden	x	KA	WB
Einzelhandel	Umsatz	x	PM+KA	WB
Großhandel	Umsatz	x	KA	WB
Kfz-Handel	Umsatz	x	KA	PM+WB
Gastgewerbe	Umsatz	x	PM+KA	PM+WB
Sonstige Dienstleistungsbereiche	Umsatz	x	PM+KA	PM+WB

PM = Pressemitteilung, KA = Konjunktur aktuell (Quartalsbericht zur Konjunktur), WB = Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz (Jahresbericht)

G 3 Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe 2012–2016 nach Monaten



in einem Quartal. Das hat Auswirkungen auf die Produktionsleistung und die Umsätze von Unternehmen in diesen Zeiträumen. In den Zeitreihen beispielsweise der Auftragseingänge in der Investitionsgüterindustrie und im Bauhauptgewerbe zeigt sich oft eine weitere Besonderheit: Großaufträge lassen die Auftragseingänge in einem Monat kräftig „nach oben schießen" und im folgenden Monat wieder „einbrechen".

Bereinigung der Datenreihen mit dem Berliner Verfahren

Für die Konjunkturbeobachtung müssen diese Einflüsse aus den Datenreihen „herausgerechnet" werden. Dies geschieht im Statistischen Landesamt mit dem seit vielen Jahren bewährten „Berliner Verfahren". Dieses mathematisch-statistische Verfahren beruht – bewusst ohne eine konjunkturtheoretische Grundlage – auf einem einfachen Zeitreihenmodell. Das Verfahren wurde Ende der 60er-Jahre an der Technischen Universität Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung entwickelt und vom Statistischen Bundesamt eigenständig weiterentwickelt.[4]

Komponenten der Zeitreihe

Das zugrunde liegende Zeitreihenmodell unterstellt, dass sich die Datenreihe in vier additive Komponenten zerlegen lässt, und zwar in

- eine Trendkomponente,
- eine Konjunkturkomponente,
- eine Saisonkomponente
- und eine Restkomponente.[5]

Den Trend einer ökonomischen Zeitreihe bestimmen längerfristige, nichtperiodische Einflussfaktoren, wie z. B. der technische Fortschritt. Die Konjunkturkomponente

4 Vgl. Speth, H.-T.: Komponentenzerlegung und Saisonbereinigung ökonomischer Zeitreihen mit dem Verfahren BV4.1. In: Statistisches Bundesamt: Methodenberichte, Heft 3/2004. Wiesbaden 2004, S. 2f.

5 Vgl. Winkler, P.: Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie. 3. Auflage, Heidelberg u. a. 2010, S. 221ff.

erfasst mittelfristige Schwankungen, die beispielsweise durch Änderungen des Investitionsverhaltens der Unternehmen entstehen. Trend- und Konjunkturkomponente werden oft zur „glatten" Komponente zusammengefasst, weil sie sich nur bei längeren Zeitreihen, die über mindestens zwei Konjunkturzyklen reichen, analytisch voneinander trennen lassen. Die glatte Komponente zeigt die mittel- und langfristige Grundrichtung der Zeitreihe. Die Saisonkomponente umfasst jahreszeitliche oder ereignisbedingte unterjährige Schwankungen. Die Restkomponente nimmt „einmalige", nicht vorhersehbare Einflüsse und Ausreißer auf. Bei vielen unterjährigen ökonomischen Zeitreihen lässt sich von der Restkomponente noch eine Kalenderkomponente separieren, mit der die Zahl der Wochen- bzw. Feiertage erfasst wird.

Durchführung der Zerlegung mit dem Programm BV4.1

„Technisch" erfolgt die Zerlegung der Zeitreihe mit dem Programm BV4.1 (Berliner Verfahren, Version 4.1), das vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt wird.[6] Die Zerlegung umfasst drei Schritte: Im ersten Schritt werden potenzielle Ausreißer identifiziert. Im zweiten Schritt erfolgt eine integrierte Schätzung von Ausreißern und Kalendereinflüssen. Im dritten Schritt werden für die Zeitreihe, die von diesen Einflüssen befreit ist, die Trend-Konjunktur- und die Saisonkomponente geschätzt. Die Schätzungen gehen davon aus, dass sich die Trend-Konjunktur- und die Saisonkomponente durch oszillierende Funktionen mit unterschiedlichen Amplituden und unterschiedlichen Phasenlängen darstellen lassen (Spektralanalyse). Es wird angenommen, dass sich die mittel- und längerfristigen Einflüsse nur langsam und kontinuierlich verändern. Deshalb lässt sich die Trend-Konjunktur-Komponente hinreichend genau durch ein Polynom niedriger Ordnung anpassen. Für die saisonale Schwankung der Zeitreihe wird unterstellt, dass es sich um einen schwach stationären Prozess handelt und dass sich die Schwankung im Zeitablauf nur langsam verändert, sodass der Schätzung der Saisonkomponente eine endliche Fourierreihe (aus Sinus- und Kosinusfunktionen) zugrunde gelegt werden kann.[7]

Als Ergebnis der Schätzung erhält man für die Konjunkturbeobachtung zwei interessante Informationen: Aus dem Verlauf der glatten Komponente kann abgelesen werden, in welchem Phasenabschnitt des Konjunkturzyklus sich der betrachtete Indikator befindet. Der kalender- und saisonbereinigte Indikatorwert respektive die relative Veränderung dieses Wertes gegenüber dem Vorquartal gibt Auskunft über die Lage bzw. die Entwicklung am aktuellen Rand.

Publikationen des Statistischen Landesamtes zur Konjunktur

Die Konjunktur- und Wirtschaftsberichterstattung des Statistischen Landesamtes wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Sie besteht heute aus Pressemitteilungen sowie aus Quartals- und Jahresberichten:

Monatliche Pressemitteilungen

- Pressemitteilungen zur konjunkturellen Lage und Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen und Branchen erscheinen monatlich. Im Vordergrund stehen in diesen Meldungen die kalender- und saisonbereinigten Produktionswerte bzw. Umsätze und – sofern erhoben – die Auftragseingänge.

6 Download des Programms für nichtkommerzielle Zwecke unter: https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zeitreihen/SoftwareZeitreihenanalyse.html

7 Vgl. Speth, H.-T.: Komponentenzerlegung und Saisonbereinigung ökonomischer Zeitreihen mit dem Verfahren BV4.1. In: Statistisches Bundesamt: Methodenberichte, Heft 3/2004. Wiesbaden 2004, S. 5.

Konjunktur aktuell erscheint vierteljährlich

- Der umfassende Quartalsbericht „Konjunktur aktuell“, der seit dem 1. Quartal 2016 erscheint und den monatlichen Konjunkturbericht in den Statistischen Monatsheften ersetzt hat, gibt anhand einer Vielzahl von Indikatoren einen Überblick über gesamtwirtschaftliche, sektorale und branchenspezifische Entwicklungen im Berichtsquartal. Er erscheint regelmäßig zehn bis zwölf Wochen nach Ende des Berichtsquartals. Erst zu diesem Zeitpunkt sind alle relevanten Quartalsdaten verfügbar. Auch in diesem Bericht stehen kalender- und saisonbereinigte Indikatoren im Vordergrund.

Jahresbericht „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“

- Über die Lage und Entwicklung im abgelaufenen Wirtschaftsjahr gibt der Jahresbericht „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“ Auskunft. In diesem Bericht finden sich zahlreiche Indikatoren zur Gesamtwirtschaft, zu den Wirtschaftsbereichen, zum Arbeitsmarkt, zur Preisentwicklung und zum Außenhandel. Berichtet wird über Niveau und Entwicklung der Ursprungswerte der relevanten Indikatoren im Berichtsjahr. Der Jahresbericht erscheint zeitnah etwa drei Monate nach Ablauf des Berichtsjahres. Zu diesem Zeitpunkt liegen die Jahresdaten aus den wichtigsten Wirtschaftsstatistiken und die ersten Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (1. Fortschreibung) vor.

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Abteilung „Analysen, Bildung, Gesamtrechnungen, Öffentlichkeitsarbeit“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 012 [1,2]	4 053 [1,2]	4 029	4 036	4 040	...	...	...	...
darunter Ausländer[3]	1 000	331 [1,2]	383 [1,2]	357	364	371	...	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 636	1 695	2 652	2 069	1 692	...	...	...	...
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	2 786	2 912	3 171	3 269	3 008	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,7	9,3	9,9	8,8	...	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 693	3 898	3 425	3 549	3 444	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,6	10,0	10,7	10,0	...	...	...	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	8	10	11	12	21	...	...	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	3,5	3,7	7,0	...	...	...	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 907	- 986	- 254	- 280	- 436	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 2,9	- 0,7	- 0,8	- 1,3	...	...	...	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 303	14 039	16 111	18 720	17 675	...	...	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 428	8 106	9 067	11 298	10 015	...	...	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 026	9 695	11 368	11 665	12 414	...	...	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 141	3 637	3 942	4 077	3 917	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	2 277	4 344	4 743	7 055	5 261	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	14 152	15 659	17 056	17 696	18 649	...	...	...	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2013	2014		2015				2016	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 299	1 321	1 326	1 332	1 345	1 367	1 353	1 353	1 362
* Frauen	1 000	599	611	619	622	626	636	634	633	635

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2013	2014		2015				2016	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	96	106	104	110	117	122	117	121	128
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	341	353	359	365	373	377	378	379	385
* darunter Frauen	1 000	286	295	300	304	309	312	313	314	317
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	10	12	13	14	11	12	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	422	420	420	422	429	423	422	423
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	278	285	287	289	294	299	296	295	298
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	204	206	207	209	213	216	213	213	215
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	387	396	402	402	403	409	411	412	412

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Arbeitslose	Anzahl	115 741	112 882	108 290	121 103	120 261	106 168	108 362	118 496	117 804
* Frauen	Anzahl	53 744	52 144	49 813	53 877	53 315	48 081	48 409	51 655	51 175
Männer	Anzahl	61 998	60 737	58 477	67 226	66 946	58 084	59 952	66 840	66 628
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	44 689	41 783	39 239	47 212	46 295	38 321	39 808	49 954	49 845
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	71 053	71 098	69 051	73 891	73 966	67 847	68 554	68 542	67 959
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,4	5,2	5,0	5,6	5,5	4,8	4,9	5,4	5,4
* Frauen	%	5,3	5,1	4,9	5,3	5,2	4,7	4,7	5,0	5,0
* Männer	%	5,4	5,3	5,1	5,8	5,8	5,0	5,2	5,8	5,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,9	4,6	4,1	4,5	4,8	4,5	4,5	5,0	5,1
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,2	2,8	3,0	3,0	3,4	3,3	3,4	3,4
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,6	5,3	5,0	5,7	5,7	4,8	4,8	5,2	5,2
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	5,8	5,5	6,2	6,2	5,3	5,3	5,7	5,7
* Ausländer/-innen	%	12,1	12,4	12,6	14,3	14,2	13,9	14,4	15,8	15,8
Deutsche	%	4,8	4,6	4,3	4,8	4,8	4,0	4,0	4,4	4,4
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 407	2 505	2 725	4 098	4 660	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[9]	Anzahl	23 602	27 760	29 601	29 218	30 783	34 449	32 849	33 012	34 934

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[10]	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	228 053	231 358	228 641	228 447	229 729	234 910	237 764	239 904	...
* darunter Frauen	Anzahl	116 813	117 667	116 396	115 987	116 288	117 090	118 120	118 703	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	155 157	157 260	154 497	154 329	155 290	160 238	161 969	163 454	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	59 027	60 383	60 253	60 165	60 459	61 931	63 324	64 027	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	56 583	58 286	58 166	58 095	58 403	59 889	61 315	62 032	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	519	547	520	440	594	472	551	460	526
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	473	493	454	381	536	416	476	397	455
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	4	6	4	6	4	3	1	1
Unternehmen	Anzahl	74	64	55	54	95	51	108	53	92
private Haushalte	Anzahl	442	479	459	382	493	417	440	406	433
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	934	1 025	1 034	1 076	1 080	991	1 413	1 155	1 001
* Umbauter Raum	1 000 m^3	594	652	608	611	683	640	739	679	621
* Wohnfläche	1 000 m^2	112	121	116	111	129	118	142	126	1 170
Wohnräume	Anzahl	4 424	4 881	4 760	4 628	5 150	4 752	5 655	4 942	4 709
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	172	195	192	186	205	196	221	207	190

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	123	125	109	130	105	152	134	144	145
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	11	10	11	14	5	14	13	13	23
Unternehmen	Anzahl	86	94	74	82	78	97	84	86	89
private Haushalte	Anzahl	26	21	24	34	22	41	37	45	33
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	10	9	8	11	5	8	9	27
* Umbauter Raum	1 000 m^3	797	941	424	1 083	2 201	1 463	568	644	961
* Nutzfläche	1 000 m^2	105	111	64	112	213	177	98	95	1 341
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	81	87	70	64	141	98	101	132

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 128	1 221	1 240	1 377	1 472	1 072	1 645	1 355	1 205
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 321	5 674	5 757	5 672	6 409	5 179	6 599	5 649	5 465

Landwirtschaft

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 228	11 523	12 425	12 042	11 402	11 326	12 324	12 470	11 978
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 944	1 983	2 325	2 481	2 114	2 042	2 153	2 530	2 062
darunter										
* Kälber	t	7	7	9	9	18	5	8	9	15
* Jungrinder	t	7	10	28	14	8	6	11	20	16
* Schweine	t	9 234	9 491	10 060	9 498	9 226	9 202	10 116	9 888	9 856
* Eiererzeugung[2]	1 000	15 097	15 747	15 330	15 862	17 702	14 994	15 292	13 623	16 152

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	982	1 009	1 005	1 008	1 007	1 004	1 004	1 002	1 002
* Beschäftigte[4]	Anzahl	251 312	255 724	254 925	254 400	253 333	254 498	253 807	253 781	253 160
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 012	32 274	33 738	33 976	29 441	33 836	31 129	33 717	29 562
* Entgelte	Mill. EUR	1 029	1 065	994	1 382	1 011	1 003	1 001	1 410	1 064
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 107	7 221	7 206	7 258	7 010	7 629	7 023	7 386	6 946
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 006	3 900	3 872	3 825	3 299	3 952	3 738	3 925	3 379
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 846	2 028	2 047	2 087	2 350	2 268	2 020	2 170	2 212
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	83	87	98	100	87	112	109	109	102
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 172	1 206	1 189	1 247	1 273	1 298	1 156	1 182	1 253
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 386	2 269	2 117	2 158	1 951	2 130	2 054	2 144	1 906
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	931	1 037	1 134	1 102	1 222	1 269	1 135	1 158	1 144
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 918	4 047	3 950	3 984	3 889	4 222	3 834	4 036	3 760
Exportquote[6]	%	55,1	56,0	54,8	54,9	55,5	55,3	54,6	54,6	54,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,6	107,8	111,8	109,0	106,2	105,7	105,2	114,0	113,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	98,2	96,9	95,9	97,1	83,9	98,2	95,6	98,8	92,0
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	111,9	119,6	121,0	119,7	127,6	110,7	115,5	133,8	137,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	58,6	56,2	51,4	52,4	41,9	73,5	62,3	63,1	66,4
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	85,3	126,4	168,5	138,3	149,3	131,0	121,6	123,6	134,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	98,2	96,1	94,9	94,7	79,4	93,2	93,5	92,1	88,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,0	121,6	116,4	113,5	130,1	110,0	110,7	133,5	141,0
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	174	180	179	179	178	176	177	176	174
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 764	9 509	9 480	9 490	9 467	9 446	9 458	9 423	9 397
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 190	1 166	1 201	1 235	1 049	1 193	1 091	1 223	1 065
* Entgelte[3]	Mill. EUR	42	42	50	57	39	39	49	57	39
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	321	271	313	318	362	349	366	433	259
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	307	257	298	304	347	337	351	419	245
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 875	18 579	19 092	19 064	18 875	19 421	19 388	19 316	19 171
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 969	1 906	2 264	2 127	1 592	2 272	2 065	2 156	1 616
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	319	310	367	336	271	355	331	350	273
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	642	649	705	710	550	686	657	688	549
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 008	974	1 191	1 082	771	1 230	1 078	1 117	794
darunter Straßenbau	1 000 h	544	500	648	573	405	677	607	612	422
* Entgelte	Mill. EUR	58	59	61	74	66	63	62	78	62

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	254	247	301	321	322	311	289	325	340
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	40	39	47	45	50	55	41	57	57
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	87	88	98	124	109	96	100	105	111
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	127	119	155	151	162	160	148	163	172
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	60	84	81	84	92	80	89	95

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	412	425	426	425	424	423	423	420	419
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	15 644	16 006	15 920	16 182	16 013	15 902	15 920	16 231	16 152
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 937	5 020	4 905	5 136	5 152	4 854	5 036	5 116	5 020
* Entgelte	Mill. EUR	120	126	125	126	134	120	127	127	138
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	425	440	425	431	553	357	428	451	593

Handel[5]

Großhandel[p, 6]

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Beschäftigte	2010=100	106,6	108,6	109,3	109,1	108,3	109,6	109,5	109,6	108,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,4	122,2	121,9	122,1	121,6	118,2	117,8	117,8	117,8
* Umsatz nominal[7]	2010=100	93,2	93,6	97,9	95,8	93,7	96,6	109,6	93,2	90,6
* Umsatz real[7]	2010=100	87,0	87,7	92,2	90,5	88,7	89,8	102,3	86,7	83,8

Einzelhandel[p, 8]

	Einheit	2014	2015			2016			
* Beschäftigte	2010=100	104,7	106,4	107,6	108,5	109,2	107,5	107,9	108,8	109,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	105,7	108,0	108,8	110,4	111,3	109,1	109,5	110,7	111,5
* Umsatz nominal[7]	2010=100	102,3	104,2	108,9	105,7	120,5	104,7	110,1	109,2	123,3
* Umsatz real[7]	2010=100	97,3	99,1	102,9	100,2	115,4	98,8	103,5	102,7	116,2

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[P, 2]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Beschäftigte	2010=100	104,3	105,5	107,6	107,6	107,3	109,2	109,3	110,1	109,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,2	121,1	123,1	123,2	123,0	124,3	124,8	126,3	125,7
* Umsatz nominal[3]	2010=100	98,1	106,1	127,8	114,1	98,0	116,4	119,0	120,1	105,2
* Umsatz real[3]	2010=100	95,4	102,3	122,9	109,9	94,5	110,9	113,4	114,3	100,2

Gastgewerbe[P]

* Beschäftigte	2010=100	102,0	103,4	106,4	101,8	100,9	107,8	106,1	102,7	101,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,7	106,4	108,4	103,7	103,1	111,7	110,7	107,6	106,2
* Umsatz nominal[3]	2010=100	80,7	80,9	89,9	72,5	81,0	99,5	95,1	73,8	81,2
* Umsatz real[3]	2010=100	74,5	73,0	80,4	65,1	72,6	87,0	83,6	64,8	71,3

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	684	708	880	541	450	1 015	905	537	464
* darunter von Auslandsgästen	1 000	154	157	158	93	92	206	163	89	86
* Gästeübernachtungen	1 000	1 762	1 813	2 234	1 246	1 138	2 494	2 300	1 213	1 122
* darunter von Auslandsgästen	1 000	439	447	426	234	249	565	437	223	219

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 770	1 772	2 028	1 811	1 958	1 930	1 960	2 024	1 867
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 232	1 135	1 451	1 229	1 288	1 509	1 515	1 364	1 235
* Getötete Personen	Anzahl	15	16	26	17	18	18	18	16	14
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	8	14	7	6	6	7	10	10
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	8	7	5	6	4	1	3
Radfahrer	Anzahl	4	3	1	1	-	3	3	1	-
Fußgänger	Anzahl	2	1	2	1	4	2	3	3	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 593	1 460	1 858	1 616	1 646	1 881	1 883	1 826	1 603

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
schwer verletzte Personen	Anzahl	305	274	343	311	283	412	353	312	289
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	134	126	178	157	158	134	116	167	166
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	77	70	78	66	33	142	117	64	40
Radfahrer	Anzahl	48	41	40	44	39	90	78	48	19
Fußgänger	Anzahl	29	25	29	34	49	26	23	19	47

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 953	12 896	12 416	12 382	10 869	13 801	12 162	12 487	12 450
darunter										
Krafträder	Anzahl	613	680	284	188	238	701	453	297	811
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 050	10 853	10 608	10 744	9 241	11 717	10 508	10 692	10 242
* Lastkraftwagen	Anzahl	878	924	1 063	1 027	943	930	887	1 101	986
Zugmaschinen	Anzahl	328	345	384	300	325	377	275	300	273

Personenbeförderung

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 611	53 397	56 127	45 499	55 378	61 451	61 933	50 880	...
Personenkilometer[3]	Mill.	510	494	528	427	509	630	646	543	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Güterempfang	1 000 t	1 065	1 007	917	913	805	1 120	926	784	867
* Güterversand	1 000 t	813	777	689	709	719	722	759	638	781

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 010	4 277	4 568	4 207	4 114	4 045	4 767	4 214	4 434
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	291	311	320	316	316	317	331	307	328
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 677	3 910	4 175	3 825	3 728	3 645	4 313	3 775	3 965

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	22	23	22	20	16	23	21	19
* Halbwaren	Mill. EUR	159	151	168	135	135	131	150	135	137
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 494	3 738	3 984	3 668	3 574	3 498	4 140	3 618	3 810
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	931	947	995	955	778	939	992	925	954
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 563	2 790	2 989	2 714	2 796	2 559	3 148	2 693	2 855
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 731	2 932	3 209	2 943	2 895	2 761	3 378	2 984	3 101
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 399	2 610	2 876	2 629	2 591	2 431	3 035	2 679	2 763
Belgien	Mill. EUR	198	199	211	202	181	193	212	208	204
Luxemburg	Mill. EUR	54	54	53	53	50	42	53	54	55
Dänemark	Mill. EUR	37	39	43	36	37	43	47	45	47
Finnland	Mill. EUR	30	33	28	30	26	24	34	31	28
Frankreich	Mill. EUR	422	424	463	436	421	389	496	424	449
Griechenland	Mill. EUR	33	27	41	25	24	20	40	21	39
Großbritannien	Mill. EUR	279	287	314	284	308	280	325	297	305
Irland	Mill. EUR	14	20	23	23	19	17	22	19	21
Italien	Mill. EUR	224	247	257	220	292	196	269	257	260
Niederlande	Mill. EUR	222	303	366	282	268	249	414	284	284
Österreich	Mill. EUR	155	163	176	175	170	167	186	156	164
Schweden	Mill. EUR	70	74	79	75	73	73	89	83	81
Spanien	Mill. EUR	194	206	203	199	195	187	241	213	239
Portugal	Mill. EUR	32	31	34	30	33	38	44	39	47
* Afrika	Mill. EUR	105	127	144	115	127	124	150	103	150
* Amerika	Mill. EUR	553	584	588	582	471	509	591	517	545
darunter nach USA	Mill. EUR	386	414	417	415	325	330	402	341	367
* Asien	Mill. EUR	591	601	593	538	590	602	612	567	602
darunter nach China	Mill. EUR	162	148	135	120	142	157	141	126	129
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	31	33	29	31	48	36	43	35

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 666	2 851	2 987	3 003	3 166	2 784	2 981	2 876	2 972
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	270	277	250	262	308	221	263	221	248
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 281	2 436	2 569	2 458	2 702	2 381	2 495	2 401	2 465
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	39	42	35	39	36	31	36	41
* Halbwaren	Mill. EUR	293	255	339	225	204	189	205	231	226
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 947	2 142	2 187	2 198	2 458	2 156	2 259	2 133	2 198

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	550	558	647	560	532	519	532	475	504
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 397	1 585	1 541	1 638	1 926	1 637	1 727	1 658	1 694
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 983	2 087	2 244	2 175	2 099	2 060	2 238	2 150	2 271
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 726	1 867	2 005	1 974	1 928	1 884	2 019	1 948	2 059
Belgien	Mill. EUR	290	271	366	279	285	242	254	264	259
Luxemburg	Mill. EUR	45	47	52	50	49	51	53	50	58
Dänemark	Mill. EUR	19	22	22	25	20	19	23	20	18
Finnland	Mill. EUR	8	12	13	14	13	10	13	13	13
Frankreich	Mill. EUR	244	243	238	292	263	211	257	248	258
Griechenland	Mill. EUR	8	7	8	8	6	6	11	7	9
Großbritannien	Mill. EUR	111	105	128	113	113	91	97	95	110
Irland	Mill. EUR	25	99	9	68	90	232	111	118	132
Italien	Mill. EUR	163	166	151	183	169	154	180	175	182
Niederlande	Mill. EUR	260	296	364	291	259	253	323	316	326
Österreich	Mill. EUR	86	103	111	121	138	91	126	127	112
Schweden	Mill. EUR	43	48	52	47	44	55	60	40	65
Spanien	Mill. EUR	105	104	124	112	112	100	129	103	123
Portugal	Mill. EUR	15	16	17	17	15	16	18	18	20
* Afrika	Mill. EUR	51	41	31	30	32	51	46	46	55
* Amerika	Mill. EUR	243	313	272	393	638	219	284	249	238
darunter aus USA	Mill. EUR	173	239	194	319	550	173	207	198	177
* Asien	Mill. EUR	385	405	436	402	393	448	405	426	403
darunter aus China	Mill. EUR	164	182	188	175	199	205	178	176	169
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	4	4	7	7	5	6

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 929	2 915	2 848	2 622	2 475	2 790	2 423	2 441	2 512
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	466	475	446	424	458	462	390	376	438
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 920	1 900	1 890	1 742	1 480	1 855	1 579	1 525	1 484
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 879	2 881	2 763	2 748	3 875	2 734	2 490	2 590	3 884
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	414	421	382	371	586	372	329	347	518
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 961	1 973	1 905	1 934	2 750	1 902	1 722	1 762	2 792

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Insgesamt	Anzahl	524	477	467	508	453	480	437	467	476
davon										
* Unternehmen	Anzahl	81	75	76	62	68	77	73	69	76
* Verbraucher	Anzahl	320	282	268	326	272	284	267	278	276
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	105	103	99	101	100	90	83	106	110
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	19	17	24	19	13	29	14	14	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	96	88	106	63	102	60	61	65	120

Handwerk[2]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	98,6	98,6	98,2	100,1	98,5	97,9	98,1	99,6	98,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	101,4	103,8	103,1	107,5	118,9	89,8	109,8	109,9	117,0

Preise

	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	106,8	107,0	107,0	106,3	106,7	108,1	109,0	108,4	109,0
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	104,8	106,3	106,8	107,1	107,2	108,3	108,3	108,5	108,5

Verdienste[7]

	Einheit	2015	2016	2015			2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 907	...	3 576	3 576	3 612	3 604	3 640	3 669	...
* Frauen	EUR	3 372	...	3 122	3 131	3 154	3 190	3 198	3 222	...
* Männer	EUR	4 121	...	3 756	3 755	3 796	3 768	3 816	3 849	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 434	...	6 531	6 566	6 636	6 511	6 572	6 646	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 506	...	4 156	4 181	4 209	4 169	4 199	4 232	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 319	...	3 062	3 058	3 088	3 080	3 115	3 139	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 756	...	2 572	2 574	2 586	2 571	2 609	2 643	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 111	...	2 021	2 024	2 031	2 092	2 146	2 159	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2015	2016	2015			2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 282	...	3 816	3 806	3 863	3 763	3 820	3 854	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 877	...	3 460	3 519	3 527	(3 635)	(3 590)	3 662	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 472	...	3 948	3 919	3 984	3 902	3 958	3 966	...
* Energieversorgung	EUR	5 168	...	4 456	4 528	4 552	4 448	4 492	4 598	...
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 372	...	3 145	3 130	3 204	3 200	3 223	3 261	...
* Baugewerbe	EUR	3 351	...	3 187	3 241	3 226	3 008	3 079	3 230	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 671	...	3 423	3 431	3 456	3 500	3 523	3 549	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 496	...	3 219	3 241	3 265	3 242	3 287	3 293	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 905	...	2 726	2 731	2 743	2 802	2 826	2 845	...
* Gastgewerbe	EUR	2 219	...	2 085	2 104	2 161	2 158	2 155	2 147	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 209	...	4 752	4 722	4 759	4 810	4 852	4 892	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 184	...	4 321	4 346	4 391	4 372	4 353	4 469	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	...	(3 409)	(3 470)	(3 605)	/	/	(3 622)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 031	...	4 401	4 366	4 422	4 536	4 574	4 522	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 274	...	2 183	2 200	2 228	2 334	2 367	2 368	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 642	...	3 531	3 561	3 542	3 563	3 591	3 644	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 249	...	4 136	4 202	4 163	4 160	4 209	4 239	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 783	...	3 555	3 567	3 588	3 540	3 560	3 606	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	-3 587	...	(3 330)	3 257	(3 392)	3 531	3 543	3 577	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 295	...	3 082	3 088	3 138	3 143	3 147	3 152	...

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	124 868	122 284	120 613	122 178	124 927	124 910	125 677	124 745	125 831
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 066	10 371	10 437	9 901	10 314	10 446	10 770	10 468	10 363

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 109	11 456	11 170	11 134	11 942	12 152	12 104	11 693	11 548
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 693	100 457	99 006	101 143	102 671	102 312	102 803	102 584	103 920
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 843	116 191	114 545	116 013	119 231	119 329	119 966	119 131	120 240
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 825	105 382	103 815	105 394	108 340	108 491	109 077	108 336	109 565
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 018	10 809	10 730	10 619	10 891	10 838	10 889	10 795	10 675
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 025	6 093	6 068	6 165	5 696	5 581	5 711	5 614	5 591
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	114 331	115 850	114 532	117 274	117 893	116 446	117 935	115 669	119 059
Sichteinlagen	Mill. EUR	55 411	60 249	58 709	62 506	63 055	62 391	64 562	66 064	69 254
Termineinlagen	Mill. EUR	25 128	23 065	23 215	22 608	22 434	22 804	22 413	18 880	18 863
Sparbriefe	Mill. EUR	5 817	5 078	5 147	4 995	4 833	3 892	3 737	3 589	3 415
Spareinlagen	Mill. EUR	27 976	27 460	27 461	27 165	27 571	27 359	27 223	27 136	27 527
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	111 895	113 579	112 080	115 084	115 837	114 262	115 636	114 000	117 372
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 955	110 920	109 442	112 439	112 962	111 883	113 059	111 446	114 321
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 940	2 659	2 638	2 645	2 875	2 379	2 577	2 554	3 051
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 436	2 271	2 452	2 190	2 056	2 184	2 299	1 669	1 687

Steuern

	Einheit	2014	2015			2016				2017
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 652	3 941	4 075	4 883	3 470	3 608	3 995	5 411	3 683
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 158	1 167	1 155	1 832	887	609	1 146	2 240	816
Lohnsteuer	Mill. EUR	795	835	1 090	1 015	662	626	1 087	1 052	734
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	156	165	481	-	-	-	461	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	166	164	5	427	46	- 8	- 11	687	30
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	102	90	73	129	52	20	36	108	72

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2014	2015			2016				2017
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	29	28	44	8	36	5	38	5	30
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	17	37	-	-	-	31	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	66	48	- 57	254	91	- 34	- 4	388	- 50
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	6	- 12	- 41	-	-	-	- 21	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 494	2 774	2 920	3 050	2 584	2 999	2 849	3 170	2 867
Umsatzsteuer	Mill. EUR	499	536	575	615	549	633	403	595	608
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 995	2 238	2 344	2 436	2 035	2 367	2 446	2 575	2 259
Zölle	Mill. EUR	203	225	224	211	196	219	213	208	200
Bundessteuern	Mill. EUR	87	77	65	162	54	63	64	189	59
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	31	66	11	33	30	67	19
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	49	34	96	43	30	34	121	40
Landessteuern	Mill. EUR	75	77	71	83	66	74	75	87	74
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	26	24	23	30	14	18	19	21	14
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	32	36	34	35	32	40	41	44	42
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	13	10	14	16	12	12	17	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	2	2	2	3	3	2	2	3

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	597	648	688	660	672	637	737	666	760
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	130	135	139	154	124	131	140	151	127
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	445	488	523	479	523	481	567	485	609
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	18	20	21	21	21	21	26	24	20

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	925	1 022	1 072	1 008	1 336	659	1 114	1 041	1 391
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	369	400	446	385	358	466	481	384	442
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	363	414	416	394	736	33	415	379	700
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	41	48	45	48	94	4	48	48	98

	Einheit	2014	2015			2016				2017
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	880	914	964	1 230	830	767	823	2 225	914
Landessteuern	Mill. EUR	75	77	71	83	66	74	75	87	74
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	442	442	431	687	387	198	434	863	346
Lohnsteuer	Mill. EUR	277	293	400	314	282	208	407	326	312
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	71	70	2	181	20	- 3	- 5	292	13
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	48	43	37	61	24	8	18	48	33
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	13	19	3	16	2	17	2	13
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	24	- 28	127	45	- 17	- 2	194	- 25
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	342	372	459	396	385	434	307	1 213	483
Umsatzsteuer	Mill. EUR	252	271	288	285	288	332	211	876	378
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	90	101	171	111	97	102	95	336	105
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	1	17	- 2	16	2	17	3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	6	- 1	6	1	6	1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	2	34	- 4	33	4	33	6
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	0	7	- 1	7	1	7	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 881	2 010	2 053	2 546	1 709	1 811	1 977	2 767	1 728
Bundessteuern	Mill. EUR	87	77	65	162	54	63	64	189	59
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	505	506	492	807	387	257	489	995	348
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 285	1 421	1 495	1 560	1 270	1 475	1 422	1 567	1 317
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	1	17	- 2	16	2	17	3

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Februar 2017

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung – Ergebnisse des Mikrozensus 2015
Kennziffer: A1053 201500

Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2015
Kennziffer: A4023 201500

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Rinderbestände und Rinderhaltungen im November 2016
Kennziffer: C3073 201622

Schweinebestände und Schweinehaltungen am 3. November 2016
Kennziffer: C3083 201622

Schafbestände und Schafhaltungen am 3. November 2016
Kennziffer: C3093 201600

Anbau und Ernte von Strauchbeeren 2016
Kennziffer: C1113 201600

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2016
Kennziffer: D1023 201611

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im November 2016 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201611

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe 2015 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2043 201500

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe 2015 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E2043 201500

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im November 2016
Kennziffer: E4023 201611

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 2016 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201612

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Dezember 2016
Kennziffer: E1033 201612

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Dezember 2016
Kennziffer: E1113 201612

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im November 2016
Kennziffer: F2033 201611

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im November 2016
Kennziffer: G1023 201611

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Dezember 2016
Kennziffer: G4023 201612

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2016
Kennziffer: H1023 201611

Binnenschifffahrt im November 2016
Kennziffer: H2023 201611

Sozialleistungen

Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger/-innen am 15. bzw. 31. Dezember 2015 – Ergebnisse der Pflegestatistik
Kennziffer: K2013 201501

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gewerbesteuer 2012
Kennziffer: L4133 201201

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2012 – Veranlagungen
Kennziffer: L4023 201200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Januar 2017
Kennziffer: M1013 201701

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2016
Z1013 201610

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Februar 2017
Kennziffer: Z2201 201702

Rheinland-Pfalz regional – Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen (Ausgabe 2015)
Kennziffer: Z2401 201500

Faltblatt: Mikrozensus 2017

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile – Stand: Januar 2017
Kennziffer: A1132 201701

Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland – Krankenhausverzeichnis – Stand: 31.12.2015
Kennziffer: A4015E 201500

Amtliches Verzeichnis der Verbandsgemeinden und Gemeinden – Stand: Januar 2017
Kennziffer: A5014 201700

Gesundheitspersonalrechnung, Gesundheitsausgabenrechnung, Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz – Ausgabe 2016
Kennziffer: P2015 201600

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Simone Emmerichs

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.